

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf.
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern- und Belegblätter 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Belegblätter und Belegblätter 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt 20 Pf., (täglich gedruckt 10 Pf.), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer zahlen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abzugeben. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 8. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Rechtshenchler und Rechtsbrecher!

Im Dreiklassenhaus stand auch am Sonnabend noch der Justizetat zur Beratung. Noch hielten im Saale die schönen Phrasen der ordnungsparteilichen Redner nach, daß der hegerische Begriff Massenjustiz in das Jabelreich gehöre, daß auch in der westpreussischen Provinz Preußen die unbestechliche Justitia, die Göttin mit der Binde vor den Augen, das Szepter führe. Nur das eiserne Recht walte ohne Ansehen der Person. Unerreichbar jeder Beeinflussung der Mächtigen, jeder Einschüchterung von unten herrsche das dreimal heilige Recht. Und ein schöner Verleumder, wer es wagt, das unheimliche, unbeugsame Rechtsgefühl der herrschenden Gewalten anzuzweifeln!

Und dann, plötzlich, ungeahnt, kam die Probe auf das Exempel. Unverhofft lachte den roten „Verleumdern“ das alte Schweineglück, warf ihnen Fortuna einen Akt blutigster Selbstverhöhnung der Graßhüter des unentweiheten Rechts als Gottesgeschenk in den Schoß.

Die Ordnungsparteien, die noch soeben das Recht und nichts als das Recht als den unwandelbaren Leitstern preussischer Justiz gepriesen hatten, und unter denen selbst so mancher Richter sitzt, begingen selbst den unglaublichsten Rechtsbruch, bekamen sich selbst in der nacktesten Form zur nacktesten, brutalsten Gewalt. Und da sollte es noch einen Leichtgläubigen geben, der noch auf die Deklamationen solcher Rechtshüter hineinfiele?!

Die Generaldebatte über den Justizetat war geschlossen. Man befand sich in der Debatte über die Spezialtitel. Beim Titel „Amts- und Landgerichte“ wurden zunächst allerhand Lokalwünsche und Anregungen organisatorischer Natur vorgebracht. Dann wollten verschiedene Redner, neben den Sozialdemokraten Liebnecht und Braun auch der Fortschrittler Cassel, alter Gepflogenheit des Hauses gemäß auf Spezialangelegenheiten von allgemeinerer Bedeutung eingehen. Der Präsident — bezeichnender Weise der „liberale“ Vizepräsident Krause — widersetzte sich und erklärte kategorisch, daß er das unter keinen Umständen zulassen werde.

Gleich beim Genossen Liebnecht kam es zur Katastrophe. Liebnecht wollte, wie er in der Generaldebatte bereits angekündigt, auf den Fall der Witwe Hamm eingehen, der sich, wenn nicht alle Zeichen trügen, als furchtbarer, unfähbarer Justizmord herausstellen wird. Unser Genosse begann mit ein paar einleitenden Sätzen, in denen er die behördliche und parlamentarische Hilfsaktion für die Firma Krupp zu der himmelschreienden Gleichgültigkeit in Parallele setzte, die Justizhöfen und Parlament dem Schicksal dieses proletarischen Opfers eines verhängnisvollen Justizirrtums entgegenbrachten. Aber schon das Wort „Krupp“ wirkte auf den nationalliberalen Präsidenten wie ein Pfeil durch ein Tarantelbiß. Er verwies Liebnecht jedes Zurückgreifen auf die Generaldebatte.

Liebnecht entgegnete, daß er gar nicht daran denke, die Generaldebatte wieder aufzunehmen, sondern daß seine Worte nur die Einleitung zu der Erörterung des Falles der Witwe Hamm darstellten. Aber der Herr Vizepräsident war durch das Schreckenswort Krupp derart aus aller Fassung gebracht worden, daß er auch den Einzelfall der Witwe Hamm nicht mehr zur Erörterung zulassen wollte. Die Sozialdemokraten glaubten anfangs bei dieser Proklamation der präsidialen Diktatur, die jeder Tradition des Hauses Hohn sprach, zu träumen. Aber Herr Krause bewies, daß es ihm ernst war. Er beharrte trotz des energischsten Protestes Liebnechts auf seinem Machtgebot. Und als er auf Liebnechts Forderung das Haus befragte, gab dieses mit Ausnahme der Freisinnigen und Polen dem nationalliberalen Unstürzler aller bisherigen Geschäftsgepflogenheiten des Hauses recht!

Voller Befremden stellte nunmehr der fortschrittliche Abgeordnete Cassel an den Präsidenten die Frage, ob er denn auch die Erörterung des Richterersahes durch die Generaldebatte als erledigt ansehe und demgemäß nicht mehr zulassen wolle. Der nationalliberale Vize bejahte die Frage, worauf Cassel auf das Wort verzichtete, jedoch nicht ohne den Vorbehalt, demnächst auf Grund der Akten aus den früheren Jahren den Beweis der entgegengesetzten Praxis des Hauses zu führen. Das dritte Opfer der präsidialen Willkür wurde dann Genosse Braun, dessen Appell an die Logik und dessen Hinweis auf die Praxis des Hauses ebensowenig Gnade vor dem Präsidenten fanden, wie Liebnechts Vorstellungen und Cassels Proteste.

Auch hier wurde jedoch wieder das Urteil des Hauses angerufen. Und bevor das Haus abstimmte, kam es zu einer ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte, in der den „Ordnungs-

parteien“ die Sachlage in der erschöpfendsten und unverkennbarsten Weise vor Augen geführt wurde. Es konnte also keine Rede mehr davon sein, daß sie blindlings auf die Auffassung ihres präsidialen Nachhabers hineinfelen, daß sie das Für und Wider nicht kannten. Nein: obwohl der Mehrheit das schreiende Unrecht ihres Sachwalters zur Evidenz bewiesen wurde, stellten sie sich auch bei der zweiten Abstimmung wie ein Mann auf die Seite des Rechtsbruchs!

Adolf Hoffmann hatte — er kennt die ja auch von Herrn Liman attestierte geistige Schwerfälligkeit der Junker samt ihres auf die päpstliche und Kruppische Unfehlbarkeit eingeschworenen Anhangs — den Vorschlag gemacht, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu vertagen, damit man sich aus den Protokollen der Verhandlungen früherer Jahre ein Urteil über die bisher geübte Praxis bilden könne. Darauf war man natürlich aus dem berühmten Gefühl für Recht und Sachlichkeit nicht eingegangen. Aber das war schließlich auch nicht nötig. Denn die sozialdemokratische Fraktion hatte sich rasch genug die Protokolle früherer Justizetatsdebatten verschafft, um aus ihnen nachweisen zu können, daß bisher niemals die Erörterung von Einzelfällen bei Behandlung der Spezialtitel abgeschnitten worden war! Ebensovienig war je bei anderen Etats, zum Beispiel dem Kultusetat, wie Herr Cassel bestätigte, ein solcher Versuch gemacht worden.

Die Diktatur des Herrn Krause bedeutete also ein völliges Novum, einen Bruch mit aller bisherigen parlamentarischen Praxis, den Versuch, jede gründlichere Erörterung von wichtigen Einzelfällen zu vereiteln! Aber es wurde dem so befreundlich irrenden Vizepräsidenten nicht nur nachgewiesen, daß seine Geschäftsführung die ganze bisherige Praxis über den Haufen werfe, sondern es wurde ihm und dem Hause auch vom Standpunkte des Budgetrechts und des gesunden Menschenverstandes aus demonstriert, daß eine solche Art präsidialen Waltens jede geordnete und vernünftige Verhandlung überhaupt unmöglich mache. Denn dadurch zwingt man ja die Etatredner, ihre Generalreden ins Uferlose auszudehnen und mit einer Fülle von Einzelfällen zu belasten, die jede Verhandlung zur Farce machten.

Daß Herr Krause unbelehrbar blieb, ist psychologisch schließlich verständlich. Er hatte sich nun einmal festgerannt und vermochte nicht die Courage zu einem Selbstbesäuen aufzubringen. Aber daß die Mehrheit des Dreiklassenhauses seinen unglaublichen Willkürakt billigte — zum zweiten Male billigte, nach der eingehenden Geschäftsordnungsdebatte! — das ist ein neues Dokument der Schande dieses an schmachvollen Grundgebungen schon so überreichen Geldsaarparlaments!

Um die ganze moralische Ungeheuerlichkeit des Beschlusses zu würdigen, der auf den Gewaltakt des Vizepräsidenten das Siegel drückte, muß man Zeuge der Verhandlung gewesen sein. Nicht ein Redner der Mehrheit riskierte die Blamage, dem sachlich so schwer bedrängten Vizepräsidenten zu Hilfe zu kommen. Sie murmelten wohl, als sich die Entrüstung der sozialdemokratischen Fraktion zunächst in heftigen Zwischenrufen entlud, aber sie saßen stumm, wie vor den Kopf geschlagen da, als ihr und ihres Präsidenten Willkürakt von einem Redner nach dem andern an den Pranger gestellt wurde! Gegen alle budgetrechtlichen Argumente, gegen alle Beweise aus der Praxis des Dreiklassenhauses hatten sie auch nicht einmal ein fadenscheinigstes Scheinargument vorzubringen. Ja: als ihnen einer der Redner zurief, daß sie nur deshalb für Herrn Krause stimmten, um den Präsidenten nicht bloßzustellen, daß sie aber im Herzen von dem guten Recht der niedergestimmten Minderheit völlig überzeugt seien, erhob sich auch nicht der schüchternste Widerspruch! Man hatte nichts zu entgegnen, nicht das mindeste zur Entschuldigung der Vergewaltigung vorzubringen — aber man stimmte einfach, man erdrückte das Recht und seine Vertreter durch das Gewicht des Kadavers und des Geldsackes, der ja im Dreiklassenparlament allmächtig ist!

Wie verzweifelt muß die Situation für die verbündeten Reaktionsparteien gewesen sein, wenn sich aus ihnen allen, den agrarischen Heißspornen, den siebenmal gestieften Zentrumsjesuiten und den gerissenen juristischen Dialektikern der Nationalliberalen auch nicht ein einziger fand, der etwas gegen die Brandmarkungen der Sozialdemokraten vorzubringen wußte!

Manche von denen, die dem nationalliberalen Vizepräsidenten am Sonnabend blindlings Heeresfolge leisteten, mögen seinen Geniestreich bereits vermüht haben. Und

gewiß gehörte ein nicht gewöhnlicher Grad von Fassungslosigkeit dazu, durch präsidiale Ungeheuerlichkeiten der Reaktion diese Suppe einzurühren. Aber Herr Krause ist doch schließlich nur das Opfer der Politik geworden, die der ganze preussische Ordnungsklügel geübt und propagiert hat. Der Politik der Vertuschung, der Verhehlung der übelriechendsten Korruptionskandale! Die unbequeme Kritik sollte unterbunden werden, das war der Zweck aller ordnungsparteilichen Aktionen, diesem höheren Zwecke glaubte auch Herr Krause dienen zu müssen.

Und der Endzweck war und ist, der sozialdemokratischen Kritik überhaupt einen soliden Maulkorb anzulegen!

Aber der Zweck der Hebung ist erkannt und die Arbeitermassen werden den preussischen Gewaltpolitikern die Antwort nicht schuldig bleiben!

Rüstungsheke und persönliches Regiment.

Stockholm, 6. Februar. (Fig. Ber.) Als Hauptpunkt der konservativen Demonstration für vermehrte Rüstungen muß der Augenblick angesehen werden, wo der König als Demonstrationsredner offen vor versammeltem Volk gegen seine eigene Regierung demonstrierte. Die Regierung hat durch den Premierminister öffentlich erklärt, daß sie die Hebung der Infanterie nicht erhöhen kann, ohne erst die Wähler zu befragen. Und zwar weil ihre Partei wie auch die anderen Parteien, an dementsprechende Wahlparole gebunden ist. Die Regierung hat mit vollem Recht durch Herrn Staaff erklärt, daß den Wählern gegebene Versprechen gehalten werden müssen, und davon will sie nicht abgehen, weil sie keine Korruption in der Politik grobziehen will. Der König aber erklärt den um ihn versammelten Bauern, daß Wahlversprechen nicht gehalten werden brauchen, sondern daß man sehr wohl ohne die Wähler zu befragen und unbekümmert um gegebene Versprechungen dem Lande eine Ausgabe für den Militarismus auferlegen kann, die weit über das Maß hinausgeht, das bisher in Schweden eine Regierung zu bieten wagte. Den König scheidet die Korruption, die in dieser Zumutung liegt, wenig an; die Regierung dagegen will den Schild der Politik reinhalten, zum mindesten will sie ihre eigene Partei nicht damit beflecken, daß sie Mandate durch ein Versprechen erlischen hat, das sie gar nicht halten will.

Herr Staaff hat denn auch schnell die Situation erfasst. Der Deputation des „Bauernzuges“, die ihn aufwartete, erklärte er, daß die Regierung zwar alles tun wird, um die Landesverteidigung zu stärken, daß aber auf der anderen Seite die Bevölkerung draußen im Lande nicht allen Schwindeln glauben darf, der von den Rüstungsagitatoren verbreitet wird. Herr Staaff nannte Beispiele, wie von den Rüstungshebern gezwungen wird, und erklärte der Deputation, daß eine besondere Gefahr für die Sicherheit des Landes gar nicht vorhanden ist.

König und Staatsminister haben also am gleichen Tage gegeneinander geteufelt. Der König verteidigt den Wortbruch Wählern gegenüber und tut mit den Rüstungshebern ins gleiche Horn. Der Staatsminister weist den Schwindeln der Rüstungsheber zurück; eine Gefahr liegt nicht vor.

Es ist eigenartig, daß das Berliner Organ des „entschiedenen Liberalismus“ diese Situation nicht bemerkt hat. Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich vielmehr von seinem Stockholmer Korrespondenten über den Bauernzug in einer Weise berichten, als sei dieser zur Unterstützung der liberalen Regierung nach Stockholm gekommen, während in Wirklichkeit die Konservativen den Bauernzug organisiert haben, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Und der König hat sich dieser Aufgabe des Auges angepaßt. Damit bewiesen wird, daß der Draht zwischen dem Schloß und den Rüstungshebern ausgezeichnet funktioniert. Das liberale Berliner Blatt sollte doch nicht vergessen, daß Schweden zurzeit eine liberale Regierung hat, während sein schwedischer Korrespondent ein reaktionärer Seher ist.

Protest gegen die Königsdemonstration.

Stockholm, 7. Februar. Die heutige Sitzung der Kammern, in der die Vorlage über die Zivilliste des Königs auf der Tagesordnung stand, nahm einen stürmischen Verlauf. In der zweiten Kammer sprach zunächst der Führer der Sozialdemokraten Branting und erklärte, daß er und seine Partei demonstrativ gegen die Vorlage stimmen wollten. Branting unterzog die gestrige Rede des Königs einer außerordentlich scharfen Kritik und nannte sie eine ungehörige Rede. Der Präsident unterbrach den Redner und ersuchte ihn, seine Ausdrücke zu mäßigen. Darauf hob der Führer der Liberalen Sammlungsparthei Eden unter starker Zustimmung seiner Partei das unkonstitutionelle in der Rede des Königs an den Bauernzug hervor. Der Führer der Rechten Lindman führte aus, daß er es nicht für richtig halte, die Person des Königs in die Debatte zu ziehen. Zuletzt sprach Staatsminister Staaff, er teilte mit, daß die Regierung in corpore heute vormittag beim König in Audienz erschienen wäre, um ihre ersten Befehrsnisse

Über die entstandene Situation und den Anlaß dazu auszusprechen. Er habe da auch dem König eine bedeutende Vorleistung gemacht. Weitere Mittelungen zu machen, sehe er sich augenblicklich nicht in der Lage, doch würden die nächsten Tage volle Klarheit bringen.

Die Zweite Kammer nahm darauf die Vorlage mit 137 gegen 57 Stimmen (die der Sozialdemokraten) an.

In der Ersten Kammer war die Annahme der Vorlage von einer kurzen Debatte begleitet, in welcher Kvarngelius (Regierungspartei) die Ansicht seiner Partei über die Verpflichtung des Königs, bei seinen konstitutionellen verantwortlichen Ratgebern Rat einzuholen, aussprach. Steffen und Lindblad (Göteborg) vertraten die sozialdemokratischen Gesichtspunkte, nachdem der Führer der Rechten, Trygger, das Recht des Königs verteidigt hatte, sich in einer großen und wichtigen Frage dem Volke gegenüber auszusprechen, und nachdem noch der Minister des Aeußeren und einige andere Redner das Wort ergriffen hatten, wurde zur Abstimmung geschritten. Die Vorlage wurde mit 116 gegen 14 Stimmen angenommen.

Um das Koalitionsrecht.

Sechs Monate Gefängnis wegen Verbens für den Zimmerer-Verband!

Das empörendste aus der Rechtsprechung gegen Arbeiter ist die Verurteilung von Arbeitern, die einen Streik ankündigen, wegen — Erpressung. Das Leipziger Landgericht hat im Jahre 1887 diese Rechtsprechung, die ehrliche Arbeiter Erpressern gleichstellt, zum ersten Male angewendet. Das Reichsgericht hat diese Verzerrung des Erpressungsbegriffs gebilligt. Und seitdem ist jeder Arbeiter, der einen Streik für den Fall einer Nichtlohnhöhung androht, der Gefahr einer Anklage wegen Erpressung ausgesetzt. Es erpreßt, wer, um sich oder einem anderen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, durch Drohung oder Gewalt jemanden zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt. Der Versuch ist strafbar. Das Reichsgericht hat die Hineinzerrung des Begriffs des Koalitionsrechts in diesen Begriff dadurch zustande gebracht, daß es den Begriff „rechtswidriger Vermögensvorteil“ dahin auslegt: das sei jeder Vorteil, auf den jemand zur Zeit der Drohung keinen rechtlich verfolgbar Anspruch habe. Drohung sei das Inanspruchstellen eines Übels. Auf Grund dieser ungeheuerlichen Praxis sind viele ehrliche Arbeiter, die Lohnverbesserungen verlangen, wegen — Erpressung bestraft. Ja der Maurer Duda wurde gar in Dresden zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er unter der Androhung der Sperre den üblichen Stundenlohn von 45 Pf. gefordert hatte, während der Arbeitgeber nur 43 Pf. zahlen wollte — die Differenz betrug im ganzen 60 Pf. In ähnlicher Weise ist die Rechtsprechung gegen Arbeiter vorgegangen, die Gelder zum Streifonds sammelten oder Arbeiter zum Eintritt in ihre Organisation zu veranlassen suchten.

Ein solcher Fall hat sich jetzt wieder in Jasterburg zugezogen. Zwei jetzt verurteilte Zimmererarbeiten mit 60 Kollegen an einem Kasernebau. Ein nichtorganisierter Zimmerer wurde zum Beitritt zu dem Verband aufgefordert, weigerte sich aber, das zu tun. Einer der Angeklagten soll eine allgemeine Drohung gegen alle ausgestoßen haben, die dem Verbands nicht beitreten. Der andere Angeklagte hatte dem Polier erklärt, er und seine Kollegen würden die Arbeit einstellen, wenn der Unorganisierter nicht entlassen würde. Darauf verurteilte die Jasterburger Strafkammer die beiden Zimmerer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und den Arbeiter, der zum Polier gegangen war, auch wegen verurteilter Erpressung zu je drei Monaten Gefängnis.

Im Reichstag ist wiederholt auch von bürgerlichen Parteien und in der letzten Legislaturperiode selbst von der Regierung zugegeben, daß diese Hineinkünftelei der Ausübung des Koalitionsrechts in den Erpressungsparagrafen mit geordnetem Rechtsempfinden unvereinbar ist. Leider blieben alle auf Beseitigung solcher Praxis gerichteten Bestrebungen erfolglos. Ja, der erste wie der zweite Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch haben diese Praxis gebilligt und gar vorgeschlagen, nicht nur Gefängnis, sondern selbst Zuchthausstrafe zuzulassen.

Die Arbeiterklasse muß ohne Unterschied der politischen Anschauung der einzelnen Arbeiter verlangen, daß das Gesetz küp und klar solchen ungeheuerlichen Gesetzesanwendungen einen Riegel vorschiebt.

Politische Uebersicht.

Vom Kaligeseh.

Am Sonnabend hatte sich der Reichstag mit der Ausführung des Kaligesehes vom 25. Mai 1910 zu beschäftigen.

Das Gesetz hat jedem Kaliverksbesitzer eine Abgabe auferlegt. Das Geld fließt in die Reichskasse. Es ist zur Deckung der Kosten, die dem Reich aus der Ausführung des Gesetzes entstehen, und zur Hebung des Kalialbates zu verwenden. Die Einnahmen und Ausgaben sind in den Reichshaushaltsplan einzustellen. Daher im Reichstage jedes Jahr die Auseinandersetzung darüber, wie sich das Kaligeseh bewährt.

So mehr aber über die Angelegenheit gesprochen wird, um so klarer tritt zutage, daß die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge, dem Reich die Verwertung der Kalischätze vorzubehalten, ein großer Fehler gewesen ist. Der jetzige Zustand ist unbaltbar. Die Regierungen bereiten denn auch bereits seit längerer Zeit eine Aenderung des Gesetzes vor.

Genosse Sachse verlangte, daß die Regierungen endlich den Entwurf an den Reichstag gelangen lassen. Ferner schilderte er die schlimmsten Mismstände, deren Beseitigung durch das neue Gesetz notwendig ist.

Der Regierungsvertreter Unterstaatssekretär Dr. Richter teilte mit, daß der Entwurf in den nächsten Wochen dem Reichstag zugehen wird.

In der Aussprache beteiligten sich noch die Abgg. Rix und Erzberger vom Zentrum, Dr. Bärwinkel und Stöbe von den Nationalliberalen, Gothein von der Fortschrittliche Volkspartei, von Brodhuisen von den Konservativen und der Eläß-Bohringer Dr. Saegv. Auch sie brachten viele Bedenken vor und verlangten Abhilfe, die freilich meistens den Forderungen der Sozialdemokraten entgegensteht. Jedoch kann der Reichstag hierüber erst bei der Beratung des Entwurfs zur Aenderung des Kaligesehes entscheiden.

Montag Fortsetzung der Beratung des Haushaltsplans für das Reichsamt des Innern. Die Beratung beginnt bei den Ausgaben der Behörden für die Untersuchung von Seemünzfällen.

Spottet ihrer selbst!

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ hat ihr Herz für die Armen und Unterdrückten entdeckt, denen die Kriegsrüstungen ihr letztes Stück Brot verteuern. Zunächst handelt es sich allerdings nur um die Türken, über die in Nr. 60 folgendes zu lesen steht:

„Die von den Jungtürken unter dem Namen „Osmanischer Flottenverein“ veranstalteten Geldsammlungen für den Ankauf von Schlachtschiffen, werden weiter in der rücksichtslossten Weise betrieben. Die schon seit vielen Monaten nicht bezahlte Beamtenlohn, die sich aus allen Parteien des Landes und dessen verschiedensten Völkern zusammensetzt, hat längst ein volles Monatsgehalt als Flottenbeitrag zeichnen müssen. Nun soll eine Steuer auf Brot eingeführt werden und zwar 5 Para für Olla, so daß auch die ärmsten Schichten der Bevölkerung im gesamten Osmanenreiche zur Rüstung gegen die Hellenen herangezogen werden. Und diese Kermsten haben in den Zeiten der durch die Kriege und die anhaltende Geldbedürftigkeit verursachten Lebensmittelteuerung wahrlich nichts übrig!“

Bei uns stehen die Dinge genau ebenso. Die Rüstungen des Deutschen Reiches verschlingen einen großen Teil der Einnahmen, die ebenso wie bei den Türken auf Verteuerung des Brotes und der wichtigsten Genußmittel aufgebaut sind. Bei der Konsequenz, mit der die „Deutsche Tageszeitung“ alles von ihr als richtig Erkannte verfolgt, zweifeln wir nicht einen Augenblick, daß sie von jetzt ab Schuler an Schuler mit der Sozialdemokratie den Brotwucher bekämpfen wird.

Koalitionsrecht und Arbeitsintensität.

Bekanntlich hat die bayerische Regierung einen systematischen Kampf gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband aufgenommen, angeblich, weil er den Streik als ein Kampfmittel der Staatsarbeiter propagiere, in Wirklichkeit nur, um der hierischen Konfuzerorganisation den unangenehmen Nebenbuhler vom Halse zu schaffen; besonders augenfällig mußte das ja werden, nachdem der Süddeutsche Eisenbahnerverband ausdrücklich erklärt hatte, daß er darauf verzichte, für seine Mitglieder das Streikrecht in Anspruch zu nehmen, ohne daß deshalb die Regierung ihr Beitrittsverbot zurückgezogen und das Vorgehen gegen die Mitglieder des Verbandes eingestellt hätte.

Eine eigenartige Beleuchtung erfährt dieser Kampf gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner jetzt durch einen Aufsatz, den Eugen Fränkel im 3. Heft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, der von den Professoren Sombart, Kay Weber und Michels herausgegebenen angesehenen wissenschaftlichen Zeitschrift, veröffentlicht. Eugen Fränkel untersucht darin die Lage der Arbeiter in den Werkstätten der bayerischen Staatsbahnen. Dabei kommt er auch darauf zu sprechen, daß im Werkstättenbetrieb der Staatsbahnen die Gegensätze zwischen der politisch-bureaucratischen und der technisch-wirtschaftlichen Verwaltung oft hemmend wirkten, und fährt fort:

„Ich erwähne nur z. B., daß sämtliche Vorstände, mit denen der Verfasser über diesen Punkt gesprochen, die Mitglieder des gegenwärtig vom bayerischen Verkehrsminister so heftig bekämpften und zu einem langsamen Absterben verurteilten Süddeutschen Eisenbahnerverbandes einstimmig und rückhaltlos als recht tüchtige und kenntnisreiche Arbeiter und zugleich als sehr fleißige und objektive Vertreter ihrer Arbeiterauschüsse bezeichnen haben und daher ihre Verdrängung außerordentlich bedauern würden und daß ihnen ein gewisser Schematismus in der Lösung aufgezwungen ist, den man als starken Gemisch aus für die Arbeitsintensität ihrer Untergebenen empfindet.“

Es handelt sich hier um einen neuen Beleg dafür, daß gute Arbeitsleistungen und gute Organisationsverhältnisse in einer gewissen Wechselwirkung stehen; daß eine Zerstörung der Organisation, eine Vernichtung der Koalitionsfreiheit gleichzeitig ein Nachlassen der Arbeitsfreude und der Arbeitsintensität bedeuten. Das ist ja auch nur zu gut verständlich. Wenn es schon an sich nicht die schlechtesten Arbeiter sind, die Einsicht und Tatkraft genug besitzen, um sich einer modernen Berufsvereinigung anzuschließen, so muß die Erziehungsbildung, die von dieser Arbeiterorganisation an ihren Mitgliedern geleistet wird, noch dazu beitragen, die vorhandenen Kräfte und Fähigkeiten der Arbeit dienlich zu machen. Andererseits muß die Vorkenntnisbildung eines Rechtes, das der Arbeiter als sein wichtigstes empfindet, das ihm die Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens und damit ein gewisses Machtgefühl verleiht, ganz naturgemäß dahin wirken, daß das Interesse und die Lust an der Arbeit zurückgehen.

Das Nachlassen der Arbeitsleistungen ist, solange es sich um Privatbetriebe handelt, schließlich nur ein Nachteil für den Unternehmer. Bei den Staatswerkstätten aber handelt es sich um Betriebe, an denen die Gesamtheit der Steuerzahler interessiert ist. Es kann ihr nicht gleichgültig sein, wenn mit der Entziehung der Staatsarbeiter auch noch eine starke Hemmung der Arbeitsintensität Hand in Hand geht. Die Bemerkungen Fränkels, die auf so unangenehme Quellen wie die Aussagen der Leiter der Werkstätten selbst zurückgehen und sich ohne jede Tendenz in einer rein wissenschaftlichen Untersuchung befinden, sollten von neuem mahnen, gegen den Koalitionsrechtsraub an den Staatsarbeitern, der ja nicht nur in Bayern geübt wird, sondern z. B. in Preußen alte Tradition ist, vorzugehen. Es handelt sich dabei um ein Lebensinteresse breiter Schichten erst ausgedeuteter, unwürdig behandelte Staatsarbeiter, es handelt sich aber auch um das Interesse aller, die jede Minderung der finanziellen Ergebnisse in den Staatsbetrieben mit erhöhten Steuern und Abgaben zu bezahlen haben.

Der Brief des Kardinals.

Die „Kölner Korresp.“ des Grafen Oppersdorff tritt mit großer Schärfe der Meinung entgegen, als habe es sich bei der bekannten Erklärung des Kardinals Kopp um einen Rückzug gehandelt. Denn es komme auf folgendes an:

Die fünf Punkte der Schulteschen Interpretation, die an dem Inhalt der für die christlichen Gewerkschaften so unerfreulichen Enghliffa in Wirklichkeit nichts änderten, stellten das äußerste Entgegenkommen gegenüber den „Christlichen“ dar. Diese Milde wurde nicht nur von Kardinal Kopp selbst bedauert, wie der Brief an den Grafen Oppersdorff beweist, sondern sie wurde „auch von einer anderen kirchlichen Stelle nicht gebilligt“. Man bedenke: nicht gebilligt, d. h. desavouiert. „Nicht billigen“ mag so stemlich der scharfe Ausdruck sein, den man an der gedachten kirchlichen Stelle in einem solchen Falle zu gebrauchen pflegt! Möchte also die Schultesche Interpretation den wertvollen Sinn der Enghliffa intakt lassen, sie wurde trotzdem noch den Offener Ereignissen weder durch den Kardinal und Fürstbischof von Breslau

noch durch die „andere kirchliche Stelle“ gebilligt. Wir vermuten, daß die Verhandlungen vor dem Kölner Schöffengericht ein anderes Aussehen erhalten hätten, wenn bekannt geworden wäre, daß die Baderbörner Interpretation weder durch den Herrn Kardinal Kopp noch durch die andere kirchliche Stelle gebilligt wurden!

In der Tat ist das Wesentliche, das Verhalten der „anderen kirchlichen Stelle“, d. h. des Papstes. Und dieser ist gegen die christlichen Gewerkschaften und für die Auffassung Kops.

Uebrigens wird ja der Papst jetzt direkt angerufen werden. Das Organ des Vatikan, „Unita cattolica“, hatte nämlich bemerkt, Kardinal Kopp habe mit seiner Erklärung nur die Ehre des Bischofs Schulte retten wollen. Das hat nun Herr Schulte veranlaßt, sich unzugänglich an den Heiligen Stuhl zu wenden, um gegen diese „Entstellung der Tatsachen“ Verwahrung einzulegen.

Außerdem aber steht eine neue päpstliche Enghliffa bevor. Diese werde die konfessionellen Vereine vorziehen, aber auch die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften dulden. Sehr zuberichtlich scheint man im Zentrumslager dieser neuen Einmischung nicht entgegenzusehen.

Wie sie sich lieben!

Von der Polemik im katholischen Lager entwirft die katholische „Westfälische Rundschau“ folgendes Bildchen:

„Wäters Aufruf herrscht im katholischen Lager. Der Brief des Kardinals Kopp an den Grafen Oppersdorff hat alle Bande frommer Scheu gesprengt und bietet der Welt sogar das unerhörte Schauspiel des erbitterten Krieges zweier Bischöfe. Alle niedrigen Instinkte werden aufgerührt, aus den Augen der kämpfenden lobert der Haß, jedes Wort atmet Bosheit und Rachsucht, jeder möchte auf den andern mit Dolch und Revolver losgehen. Von der höheren Ethik des Christentums ist keine Spur mehr zu finden. Wo bleibt der Geist der Liebe und der Gerechtigkeit, die Wärme gemeinsamen Zusammenlebens in allen diesen leidenschaftlichen persönlichen Anfeindungen, wie sie in vielen Zentrumslägern unzählige Spalten füllen? Das Bombardement richtet sich zunächst gegen Kardinal Kopp, auf ihn haut man los, aber den Papst meint man; denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß Kopp in dieser hochwichtigen Frage sich einseitig mit dem Papst. Der Sturm auf katholische Wäters gegen einen Bischof, gegen einen Kardinal ist an Schärfe kaum noch zu überbieten. Fast scheint es, als ob alle „modernisierenden“ Zentrumsläger, die „Königliche Volkszeitung“ voran, sich in eine Verschwörung gegen Rom und den Papst zusammengeschlossen haben. Den Schaden hat allerdings die kirchliche Autorität, und viele Jahre werden nicht hinreichen, um diesen Schaden gut zu machen.“

Wenn zwei sich streiten, erfährt der dritte manchmal die Wahrheit.

Die gefälschten Futtermittel.

Einen „offenen Brief“ an den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Gutsbesitzer Hofers-Veinlaufen veröffentlicht der Geschäftsführer des Bundes der Landwirte für die Provinz Ostpreußen, Haupt, in der konservativen „Ostpreussischen Zeitung“. Danach soll Genosse Hofers in der Landtagsdebatte vom 21. Januar gesagt haben, die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte in Johannisburg habe nach Zeitungsmeldungen den Bauern gefälschte Futtermittel verkauft. Diese Behauptung sei erfunden. Es gebe in Johannisburg keine Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte; es seien niemals von einer Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte gefälschte Futtermittel verkauft worden und die betreffende Behauptung sei auch nicht durch die Presse gegangen. Formal ist das vielleicht zutreffend, aber die Bauern sind doch betrogen worden und zwar von der Masurischen Landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaft, die den Agrarier und damit auch dem Bund der Landwirte durchaus nicht fernstehen dürfte. Die Genossenschaft hatte stark mit Sand durchsetzte Leinwandmehle verkauft und auf ihrem Speicher waren Haferpelzen in Gerstenschrot eingemischt und als vollwertig verkauft worden. Als das die Aufsichtsorgane der Genossenschaft für unklar erklärten, beschuldigte Winterkulturdirektor Reichowski den Direktor der Genossenschaft Widley der unredlichen Handlungsweise, und als es nun zu einer Verleumdungsklage kam, sagten vor Gericht drei Speicherarbeiter der Genossenschaft unter ihrem Eide aus, Direktor Widley hätte sie beauftragt, Reisflocke, Hirseflocke, Gerstenschrot in Roggen- und Weizenkleie bezu. Getreideschrot einzumengen und dieses Gemenge wäre als Gerstenschrot an die Kunden abgegangen. Weiter sagte ein Zeuge, Direktor Widley hätte besohlen, schweres weißes Wehl in Kleie zu mengen. Nach diesen Aussagen stellte das Schöffengericht fest, daß der Wahrheitsbeweis für das behauptete unredliche Geschäftsgebahren erbracht sei.

Zentrumshilfe für Herrn Liebert.

Die ultramontane „Sächsisch-Vollzeitung“ befaßt sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl am 14. sächsischen Wahlkreis. Das Blatt kündigt die ganze Größe der Gefahr an, die darin liegt, daß der Kreis an die Sozialdemokratie verloren zu gehen droht. Dem Zentrum liegt aber daran, daß Herr v. Liebert gewählt wird und deshalb wird von einer besonderen Zentrumslandidatur abgesehen und die Zentrumswähler sind angewiesen, gleich im ersten Wahlgang für Liebert zu stimmen. Das Zentrum erweist sich damit als ungemein selbstlos. Vor einigen Jahren hat der Geschäftsführer des Liebertschen Reichsverbandes, Dr. Wobenschen, an einen Zentrumsmann — dessen Parteistellung er natürlich nicht kannte — geschrieben: wenn der Reichsverband die Sozialdemokratie überwunden habe, dann läme das Zentrum an die Reihe, und im Reichstage hat Herr v. Liebert gegen die Aufhebung des Zentrumsgeiehes gestimmt. Viel kann diese Hilfe für Liebert freilich nicht bedeuten, denn das Zentrum erhielt bei den letzten Wahlen in diesem Kreise ganze 50 Stimmen.

Agrarier-Patriotismus und Wehrsteuerbeiträge.

Der Landrat des westpreussischen Kreises Stuhm erzählte jüngst auf einer Kaisergeburtstagsfeier, viele Eingeseffene seines Kreises wären so patriotisch gefimmt, daß sie ihn bei der Festsetzung der Wehrsteuer gebeten hätten, ihre Befragungen möglichst hoch zu taxieren, nur damit sie für das teure Vaterland mehr Wehrsteuer zahlen könnten. In diese Ungelegenheit der Herren Agrarier zu glauben fiel etwas schwer. Unser Danziger Parteiblatt sprach denn auch sofort die Vermutung aus, daß die Agrarier, die bezerrige Wünsche geäußert hätten, sich wohl nur bei dem Verkauf ihrer Güter eine bessere Position schaffen wollten. In der konservativen „Eibinger Zeitung“ (Nr. 26) bestätigt jetzt ein Landwirt diese Vermutung. Neben Herzens meint der gute Mann:

„In der „Eibinger Zeitung“ vom 28. d. M. las ich aus dem Kreise Stuhm die Mitteilung, daß viele Kreisangehörige bei Festsetzung des Wehrbeitrags gebeten haben, den Wert der Grundstücke höher zu bemessen, um mehr Wehrbeitrag zahlen zu dürfen. Dasselbe ist übrigens auch im Kreise Kulm geschehen. Ich möchte nun meine Bezugsgenossen darauf aufmerksam machen, daß dieses Verfahren in ihrem eigenen Interesse liegt und auch die Landwirte außerhalb des Kreises Stuhm und Kulm nach diesem Vorbild handeln sollten.“

Ich glaube nicht, daß meine Berufsgenossen in den Kreisen Stuhm und Kulin den Wert ihres Grundstücks höher angeben werden, als er in Wirklichkeit ist. Ich bin der Meinung, sie werden nur gebeten haben, den Wert ihres Grundstücks höher angeben zu dürfen, als es der Gesetzgeber verlangt. Sollten wir den Wachsen (Grundsteuer-)Reinertrag als Grundstückswert gelten lassen — wie es der Gesetzgeber fordert —, so würden die meisten von uns von der Wehrsteuer befreit bleiben, denn das Gros der Landwirte hat viel mehr Hypotheken auf dem Grundstück, als der Wachs (Grundsteuer-)Reinertrag ausmacht. Wir handeln nur in unserem eigenen Interesse, wenn wir uns an diese gesetzlichen Vorschriften nicht halten. Verlaufen wir nämlich, oder geht das Grundstück durch Erbgang in andere Hände über und sein wirklicher Wert muß festgestellt werden, so wird der Wertzuwachs einer besonderen Steuer unterworfen. Als Wertzuwachs gilt derjenige Teil des Grundstückspreises, der über die Wehrsteuerveranlagung hinausgeht. Da nun die Wertzuwachssteuer oder Vermögenszuwachssteuer, wie sie genannt wird, ganz wesentlich höher ist als die Wehrsteuer, liegt es auf der Hand, daß meine Berufsgenossen in den Kreisen Stuhm und Kulin nicht nur patriotisch, sondern auch klug gehandelt haben. Ich kann es deshalb den Landwirten nicht dringend genug ans Herz legen, ebenso zu verfahren. Die Vermögenszuwachssteuer ist viermal so hoch als die Wehrsteuer. Jegliche Ersparnisse zücken sich also später."

Ueber die agrarischen Gemütsmenschen kommt doch nichts.

Die Arbeitslosigkeit.

Wie groß die Arbeitslosigkeit ist, zeigt u. a. auch die Benutzung des städtischen Arbeitsnachweises von Zürich i. S. Im Jahre 1913 lagen in der Abteilung für Männer 9256 Stellengesuche vor. Dagegen erfolgten nur 4135 Stellenangebote; auf 100 offene Stellen kommen also 223 Stellensuchende. In der Abteilung für weibliche Arbeitskräfte, wo sonst die Stellengesuche die Stellengesuche überwiegen, änderte sich das 1913. Es suchten 3393 Personen Arbeit und nur 2846 Stellen wurden angeboten. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im Januar 1914 noch bedeutend verschlechtert. In der männlichen Abteilung standen 931 Stellengesuche nur 161 Stellenangebote gegenüber. Auf 100 offene Stellen kommen also 590 Arbeitslose. In der weiblichen Abteilung sind 355 Stellengesuche und 236 Stellenangebote gezählt worden.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion der Stadt Altenburg brachte in der letzten Sitzung einen Antrag ein, 5000 M. für Notstandsarbeiten und Arbeitslosenunterstützung bereit zu stellen. Bei Notstandsarbeiten soll für Verheiratete ein Stundenlohn von 85 Pf., für Ledige 80 Pf. gewährt werden. Personen, die nicht beschäftigt werden können oder die sich zu Notstandsarbeiten nicht eignen, soll pro Tag eine Unterstützung von 1 Mark und für jedes Kind 15 Pf. bis zum Höchstbetrage von 45 Pf. für drei und mehr Kinder, für Ledige ein Betrag von 70 Pf. gewährt werden.

In einer Erklärung protestierten unsere Genossen gegen die Verschleppung der Angelegenheit, forderten die Beschleunigung der Arbeitslosenräumung und die Erledigung des Antrages unter allen Umständen in der Sitzung am 19. Februar.

Emile Landrin.

Paris, 7. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“) Die französische Partei hat wieder einen schmerzlichen Verlust erlitten. Mit Emile Landrin, der gestern in Paris starb, ist ein alter und bewährter Genosse unserer Bewegung entzogen worden. Landrin, 1841 geboren, war von Beruf Ziseleur. Er gehörte schon der ersten Internationale an. Im zweiten Prozeß gegen die Internationale wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Am Kommuneaufstand nahm er regen Anteil. Nach der Eroberung von Paris entkam er nach London. Als ihm die Amnestie erlaube nach Paris zurückzukehren, wurde er 1893 in den Gemeinderat gewählt und war dort bald Führer unserer Fraktion. Landrin gehörte der Richtung der Blanquisten an, war aber schon vor Amsterdam einer der eifrigsten Förderer der Einigung. Landrin war auch Mitglied des Parteivorstandes. Das französische Proletariat verliert in ihm einen treuen und guten Berater.

Dänemark.

Eine Schwankung der Liberalen.

Die liberale Partei hat bereits zu dem von uns gestern mitgeteilten an sie gerichteten Schreiben der Regierung betreffend endgültige Vorschläge zur Durchführung der Verfassungsreform Stellung genommen. Demnach hat sie mit Mehrheit beschlossen, der Regierung mitzuteilen, daß die direkte Wahl der Abgeordneten zur Ersten Kammer im Parlament größere Aussicht hat, angenommen zu werden, als die Wahl durch die Gemeindeverwaltungen. Allerdings müsse eine Altersgrenze von 35 Jahren an das Wahlrecht geknüpft werden. Demnach würden alle Männer und Frauen das Wahlrecht zu beiden Kammern bekommen, die Altersgrenzen werden aber verschieden. Für die Wahl zur Ersten Kammer muß der Wähler 35 Jahr alt sein, für die Wahl zur Zweiten Kammer nur 25 Jahre. Beschlossen wurde zugleich, daß dieser Änderungsantrag von Parteivorgesetzten eingebracht wird, daß also Herr J. C. Christensen diesen Antrag in der Kommission stellen und vertreten soll.

Der Antrag bedeutet zweifellos eine Verschlechterung der von der Zweiten Kammer angenommenen Vorlage. Ob er leichter eine Mehrheit in der Ersten Kammer findet, als die Wahl durch die Gemeindeverwaltungen, wird sich bald zeigen. Ueber die Stellung unserer Genossen läßt sich noch nichts mitteilen.

Griechenland.

Die Räumung Albanien.

Paris, 7. Februar. Aus Athen wird gemeldet: Die griechische Regierung hat auf Grund der Besprechungen, welche Ministerpräsident Venizelos in den verschiedenen Hauptstädten hatte, verfügt, daß die Räumung der Albanien überwiesenen Gebiete von Epirus am 1. März beginnt und am 31. März beendet sein soll.

Rußland.

Prozeß der Seeleute der Schwarzmeerflotte.

Wie aus Odessa berichtet wird, sind in dem dortigen Hauptgefängnis über 100 Personen, meist Matrosen, interniert, die laut Artikel 102 des Strafgesetzbuches (Umsturz der bestehenden Staatsordnung) zur Verantwortung gezogen werden. Sämtlichen Angeklagten wird die Zugehörigkeit zum Verband der Seeleute der Schwarzmeerflotte (einem geheim existierenden, weil von den Behörden nicht genehmigten) Fackelherd zur Last gelegt. Außer den verhafteten Seeleuten sind in demselben Prozesse angeklagt: der

Redakteur des Fachorgans „Der Seemann“, Genosse A. Adamowitsch, der in Alexandria verhaftet, schwächlicher Weise an Rußland ausgeliefert wurde; ferner die aus der administrativen Verbannung zurückgeholten: Dr. A. Jaffe, Dr. A. Kabinowitsch, N. Jakowlew u. a. Die Verhandlungen in dem Prozeß sind für den März angelegt. Sämtlichen Angeklagten droht der Verlust aller Rechte und Zwangsarbeit von 4 bis 15 Jahre.

Eröffnung des finnischen Landtags.

Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Am 3. d. Mts. erfolgte die Konstituierung des finnischen Landtags in Helsinki. Zum Landtagspräsidenten wurde der Jungfinne, Professor A. J. Stahberg gewählt. Er erhielt im ersten Wahlgange die Mehrheit — 102 Stimmen. Gemäß dem Parteitagbeschluss von 1913 stellte die sozialdemokratische Fraktion keinen eigenen Kandidaten für den Präsidentenposten auf. Sie gab bei dieser Wahl weiße Zettel ab. Dagegen erhob die Fraktion auf den Platz des ersten Vizepräsidenten Anspruch und stellte die Kandidatur des Genossen Oskar Toivo auf, der im vorigen Landtage das Amt des Präsidenten bekleidete. Genosse Toivo wurde mit 123 Stimmen gewählt. Den Platz des zweiten Vizepräsidenten erhielt der Altfinne Lauri Jngman mit 89 Stimmen. — Die sozialdemokratische Landtagsfraktion konstituierte sich am selben Tage. Die Genossen Toivo und Väinö Tanner wurden in das Präsidium gewählt und als Sekretäre die Genossen O. Rhytorpi und A. Quotari.

Japan.

Das Nihtrauensvotum.

Tokio, 7. Februar. Der schriftliche Antrag auf Erteilung eines Nihtrauensvotums an die Regierung wurde heute Nachmittag im Parlament eingebracht. Der Antrag wird am 10. dieses Monats zur Debatte gestellt werden. Die Mitglieder des Kabinetts haben bestimmt erklärt, daß sie nicht die Absicht hätten, zurückzutreten, und daß die Partei der Seihokwai die Regierung auch weiterhin unterstützen werde, ohne sich durch die Mitteilung von Verstärkungen in der Marine beeinflussen zu lassen, es sei denn, daß stärkere Beweise als bisher vorgebracht würden.

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur.

Zum Reichstagskandidaten für Erstein-Rolsheim (Elsas) bestimmte eine Parteiversammlung am letzten Sonntag den Genossen Redakteur S. Grumbach in Paris. Der Wahlkreis ist für die Sozialdemokratie keineswegs aussichtslos. Gegenwärtig vertritt ihn im Reichstag der katholische Priester Nikolaus Desjor, der 1912 mit 14 926 gegen 7305 sozialdemokratische und 5588 fortschrittliche Stimmen gewählt wurde. Die absolute Mehrheit Desjors beträgt also nur 1000 Stimmen.

Die sozialistische Einigkeit in Großbritannien.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

Die auf Anregung des Internationalen Bureaus eingeleitete Einigungssaktion der sozialistischen Organisationen Großbritanniens nimmt einen ungehörigen Verlauf. In den nächsten Wochen werden in den größeren Städten des Landes Versammlungen abgehalten werden, in denen Redner der drei in Betracht kommenden Organisationen gemeinschaftlich für die Einigung eintreten werden. Der Vorstand der B.S.P. hat folgenden Aufruf an die Mitglieder der B.S.P. veröffentlicht:

„Genossen! Am 13. Dezember des vergangenen Jahres fand eine historische Versammlung in London statt. Delegierte der roten Internationale aus Oesterreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Holland, Rußland, den Vereinigten Staaten, Argentinien und anderen Ländern kamen mit ihren britischen Genossen zusammen in der Hoffnung, die Einigkeit zwischen den verschiedenen Sektionen des britischen Sozialismus herzustellen.“

Die Britische Sozialistische Partei wurde zu dem ausdrücklichen Zweck gegründet, alle sozialistischen Kräfte in diesem Lande zu vereinigen. Aus diesem Grunde und dieser Hoffnung vertrauend gab die alte sozialdemokratische Partei ihre Sonderexistenz mit ihren langen und ruhmreichen Traditionen auf und verschmolz sich mit der neuen, größeren Körperschaft.

Heute fordern unsere internationalen Genossen die Sozialisten Großbritanniens, des Russischen Landes des Kapitalismus, auf, eine weitere und bedeutungsvollere Vereinigung herbeizuführen durch die Bildung eines Vereinigten Sozialistischen Rates der drei sozialistischen Organisationen und den Beitritt der B.S.P. zur Arbeiterpartei.

Wenn die B.S.P. in Übereinstimmung mit dem Wunsche der ganzen internationalen sozialistischen Bewegung diesen Schritt tut, so tut sie ihn doch nur als eine ausgesprochene revolutionäre sozialistische Partei, die den Klassenkampf anerkennt und zu allen Zeiten dem kapitalistischen System ihre unerschütterliche Feindschaft erklärt.

Es ist uns vom Internationalen Sozialistischen Bureau und auf der Einigungskonferenz vom 13. Dezember versichert worden, daß in bezug auf diesen Punkt nicht der geringste Zweifel zu bestehen brauche. Die Arbeiterpartei ist selbst der Internationale angeschlossen, und zwar auf Grund des Absatzes A der Statuten des Internationalen Sozialistischen Bureaus, nach dem alle Organisationen, die die wesentlichen Grundzüge des Sozialismus anerkennen, nämlich die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel, die internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiter, die Eroberung der politischen Macht durch das als Klassenpartei organisierte Proletariat, zum Anschluß zugelassen werden.

Dieser Artikel hat die Arbeiterpartei angenommen und damit hat sie der sozialistischen Bewegung der Welt eine Bürgschaft gegeben, die der Glasgower Parteitag der Arbeiterpartei bestätigt hat, indem er die Resolution annahm, die den Sozialismus als das Ziel der Arbeiterbewegung erklärt. Die Unverletzlichkeit unserer Stellung innerhalb der Arbeiterpartei ist deshalb gesichert.

Auf der internationalen Einigungskonferenz am 13. Dezember wurde es überdies ausdrücklich abgemacht und offiziell anerkannt, daß die B.S.P. in nationaler wie lokaler Hinsicht alle ihre Machtbefugnisse als integrierende Körperschaft und alle ihre Rechte bei der Propaganda und der Organisation des revolutionären Sozialismus beibehalten wird. Sie wird sich jedoch als Partei in die Reihen der organisierten Arbeiterklasse stellen, um diese in der einzigen Weise zu beeinflussen, in der sie beeinflusst werden kann, nämlich: indem sie an ihren gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen gegen die Streitkräfte des Kapitalismus teilnimmt.

Daß die Taktik der Arbeiterpartei im Unterhause zu scharfer Kritik berechtigt wird, allgemein von vielen Mitgliedern der Arbeiterpartei selbst anerkannt. Doch so bebauenswert dies auch sein mag, so sollte dies nicht eine befähigende Beurteilung der politischen organisierten britischen Arbeiterbewegung im Gefolge haben. Taktische Fehler können gut gemacht werden, und was auch die Fehler der Arbeiterpartei sein mögen, so darf man doch nicht vergessen, daß die Arbeiterpartei der politische Ausdruck der Arbeiterbewegung dieses Landes ist und daß sie in ihren Reihen gerade die Elemente, die organisierten Arbeiter, enthält, deren Kämpfen um wirtschaftliche Verteilung wir Sozialisten allein Zusammenhang und ein Klassenbewußtes Ziel geben können.

Gerade in diesem Augenblicke der Enttäuschung und der Ernüchterung bietet sich uns eine gute Gelegenheit, uns mit unseren politisch organisierten gewerkschaftlichen Brüdern zu verbinden,

ihre politische Betätigung eine Stärke und Kraft zu verleihen, der sie bisher entbehren, und sie, indem wir Schulter an Schulter mit ihnen marschieren, davon zu überzeugen, daß im Sozialismus allein die Hoffnung auf ihre Befreiung liegt. Dies kann nicht geschehen, indem wir den Feind als einen isolierten Truppenteil, der von der Hauptarmee der Arbeiterklasse getrennt marschiert, angreifen. Angesichts der heimtückischen kapitalistischen Verführung, die die Sache der Arbeiter in der ganzen Welt bedroht, kann es für diese wie für uns nur eine Parole geben: Einigkeit! Einigkeit! Einigkeit!

Die sozialistische Einigkeit kann nicht aufgehoben werden, bis alle Mitglieder der Arbeiterpartei revolutionäre Sozialisten sind. Die Verfassung der Arbeiterpartei sagt ausdrücklich: „Kandidaten und Mitglieder müssen diese Verfassung aufrechterhalten, vor ihren Wählern nur als Arbeiterkandidaten erscheinen, sich streng enthalten, sich mit einer anderen Partei zu identifizieren oder deren Interessen zu fördern und die durch die parlamentarische Praxis geschaffenen Verantwortlichkeiten übernehmen.“ Der Vorsitzende der Einigungskonferenz — unser belgischer Genosse Vandervelde — erklärte, daß die Arbeiterpartei, wenn sie der Internationale angeschlossen bleiben will, als Körperschaft betrachtet werden muß, die das Bestehen des Klassenkampfes anerkennt, und wies darauf hin, daß, falls sich die Arbeiterpartei nicht um ihre eigene Verfassung kümmerte, es Sache der Sozialisten ist, innerhalb der Arbeiterpartei so viel Macht zu erlangen, um ihren Einfluß in der gewünschten Richtung geltend machen zu können.“

Die Konferenz vom 13. Dezember nahm ferner einen Antrag an, demzufolge Anstrengungen gemacht werden sollen, um so bald wie es die Statuten gestatten, die Verfassung der Arbeiterpartei zu ändern, damit sich ihre Kandidaten nicht nur als Arbeiterkandidaten, sondern auch als sozialistische Kandidaten bezeichnen können. Zurzeit ist der offizielle Name Arbeiterkandidat, aber der Wahlauftrag kann ausschließlich dem Sozialismus gewidmet sein und der Kandidat kann sich darin als Sozialist bezeichnen.

Genossen! So zwingend die Gründe auch gewesen sein mögen, die uns in der Vergangenheit bewegen, den Vorschlag zurückzuweisen, daß der Anschluß an die Arbeiterpartei der Angleichung der sozialistischen Einigung sein sollte, heute hat sich die Lage verändert. Die Aufforderung des Internationalen Sozialistischen Bureaus ist ein Ruf an uns, das rote Banner des revolutionären Sozialismus innerhalb der Arbeiterpartei selbst zu errichten, und auf der Konferenz im Dezember erhielten wir Bürgschaft dafür, daß man, indem wir diesem Rufe Folge leisten, nie von uns verlangen wird, sozialistische Grundzüge zu opfern.

Auf dem Amsterdamer Kongreß im Jahre 1904 erklärte sich jede Sektion der britischen Delegation für die von jenem Kongreß angenommenen Einigkeitssresolutionen. Der große Erfolg, den die Einigung in anderen Ländern gebracht hat, sollte uns ermutigen, entschlossen vorzugehen im Vertrauen darauf, daß unsere sozialistischen Grundzüge in Großbritannien wie anderswo unvermeidlich triumphieren müssen. Inzwischen werden wir unser Betätigungsfeld und den Kreis unserer sozialistischen Propaganda- und Erziehungsarbeit sehr erweitern und unseren Genossen in anderen Ländern, namentlich in Rußland, wo die sozialistische Einigkeit noch hergucken ist, ein Beispiel setzen.

Wir sind nicht allein unserer eigenen Zukunft verantwortlich, sondern der ganzen internationalen sozialistischen Bewegung, von der wir ein integrierender Bestandteil sind. Zeigen wir uns dieser Verantwortlichkeit gewachsen, indem ihr die Beschlässe der Delegierten, die euch nachstehend unterbreitet werden, ratifiziert:

1. Erhaltung der Integrität und der revolutionären Ziele unserer Partei;
 2. Bildung eines die B.S.P., I.L.P. und Russische Gesellschaft betreffenden Vereinigten Sozialistischen Rates zwecks gemeinsamen sozialistischen Vorgehens auf internationalem, nationalem und lokalem Boden;
 3. Anschluß der Britischen Sozialistischen Partei an die Arbeiterpartei.
- In diesem Geiste empfehlen wir den Mitgliedern der B.S.P. mit Vertrauen, dem Rufe, den das Internationale Sozialistische Bureau an sie richtet, Folge zu leisten.“

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. G. W. Dietz Koch, in Stuttgart ist soeben erschienen als Nr. 31 der Kleinen Bibliothek: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte von Karl Marx. Wir sind überzeugt, daß das „mit Meisterhand gezeichnete Bild“ des Staatsstreiches Louis Napoleons auch heute noch ein ungeteiltes Interesse beanspruchen darf. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 M.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Presseprozeß.

Unser Wahrheit Parteiblatt, die „Frankische Volkstribüne“ wird von den Liberalen geradezu mit Verleumdungslagen überhäuft. Am Donnerstag hatte sich Genosse Buchta wieder wegen Verleumdung des Vorsitzenden der Liberalen Wahlfreileitung zu verantworten. Er wurde zu 30 M. Strafe verurteilt. Die Verleumdung wurde in mehreren Artikeln gefunden, in denen die Heberei der Wahrheit Liberalen anlässlich des Majestätsbeleidigungsprozesses gegen den Genossen Buchta charakterisiert wurde.

Genosse Gruber von der „Münchener Post“ ist vor vierzehn Tagen schon deshalb zu 100 M. Strafe verurteilt worden. Aus der Banreuther Gerichtsverhandlung ist nicht uninteressant, daß sie die Abhängigkeit der Liberalen vom Geldbeutel der Unternehmer ergab. Es war auch der Ausdruck „Unternehmerkontum“ unter Anklage gestellt. Buchta erbot sich, den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß die Finanzierung des liberalen Parteisekretariats in Wahrheit mit Hilfe der Unternehmer erfolgt sei. Er hatte, um diesen Beweis zu führen, den liberalen Parteisekretär als Zeugen laden lassen. Der Kläger ließ ihn schleunigst die Klage wegen dieses Ausdrucks fallen und das Gericht konnte dann die Vernehmung des unbeherrschten Zeugen ablehnen. Zeugeneidlich konnte die Abhängigkeit der Liberalen von der Kasse der Unternehmer so nicht festgestellt werden; aber dieses indirekte Geständnis genügt auch.

Vor dem Schöffengericht in Saalfeld (Thür.) hatte sich am Freitag Redakteur Genosse Jörn vom Saalfelder „Volksblatt“ wegen zweier Korrespondenzen zu verantworten, durch die sich der Ortsbrandmeister Haber in Bönnigheim beleidigt fühlte. Wegen der ersten Notiz beantragte der Anwalt Freisprechung, das Gericht erkannte aber auf 30 M. Strafe; bei der zweiten Notiz stellte der Anwalt die Strafe in das Ermessen des Gerichtshofes, der letztere erkannte jedoch auf Freisprechung, da der Wahrheitsbeweis geführt worden sei.

Letzte Nachrichten.

Ein Dementi.

München, 7. Februar. (W. Z. B.) Wie offiziell mitgeteilt wird, beruht die Meldung eines Berliner Blattes, daß auf eine Umfrage der Reichsleitung die bayerische Staatsregierung sich für Aenderung des Strafgesetzbuches in der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen erklärt habe, auf Erfindung.

Gegner der mexikanischen Regierung verhaftet.

Mexiko, 7. Februar. (W. Z. B.) Die geheime Polizei hat eine Anzahl von Geschäftsleuten und Angestellten verhaftet, die in eine Verschwörung gegen die Regierung verwickelt gewesen sein sollen. Die Polizei erklärt, in den Taschen der Verhafteten beläufige Schriftstücke gefunden zu haben.

Weißer Wertheim

GM. B.H.

Friedrichstr. 110-112 (Passage-Kaufhaus) • Leipziger Str. 75-76, am Dönhoffplatz

Waschblusen

neue und moderne Fassons

1⁶⁰, 1⁹⁵, 2⁷⁵

Blusen

- aus **Batist** mit reich gesticktem Vorderteil und Passenform 1.60
- aus **Batist** mit gestickt. Umlegekragen, Einsatz und Hohlsäumen 1.95
- aus **Batist** mit reich garnierten Valenciennes-Einsätzen 2.75
- aus **Voile** z. T. Raglanschnitt, mit garn. Umlegekrag. u. Manschetten 3.90
- aus **Voile** in vornehm. Ausführ. mit durchgehender Valenciennespasse 5.25
- aus **Voile** mit Stuartkragen, imit. Klöppelins., Weste mit Säumchen 6.50

Hervorragend preiswert:

Damen-Putz

- Schleier weiß, schwarz u. farb., Mtr. 10, 15, 25 Pf.
- Abgepaßte Schleier mit Bord., weiß, schw., farb., St. 75, 95 Pf.
- Chiffons gute Qualität, ca. 105 cm breit 75 Pf.
- Putz-Stoffe aus Tüll, Gaze usw. 35, 45 Pf.
- Malines-Tülle weiß, schwarz u. farbig, Meter 15, 25 Pf.
- Hutborten aus Jett, Metall usw. 30, 40 Pf.

Kurzwaren

- Nähnadeln 6 Briefe 5 Pf., m. Goldöhr 3 Briefe 10 Pf.
- Messing-Stecknadeln 6 Briefe 10 Pf.
- Haarnadeln in golden Briefen . . . 6 Briefe 9 Pf.
- Lockennadeln 20 Pack 9 Pf.
- Stahl-Sicherheitsnadeln sortiert, 2 Dia. 10 Pf.
- Druckknöpfe rostfrei 3 Dutzend 10 Pf.
- Kragenstäbe „Spiral“, reine Seide . . Dutzend 8 Pf.
- Kragenstäbe Celluloid 3 Dutzend 10 Pf.
- Halbleinenband Pa.-Qual., 3 Stück à 5 m 23 Pf.
- Wäscheknöpfe Größe 18-22 . . . 6 Dutzend 15 Pf.
- Armblätter waschbar 3 Paar 25 Pf.
- Wäschebesätze gute Qualität . . . 10 Meter 25 Pf.
- Schuhsenkel Prima-Qualität . . . 3 Paar 10 Pf.
- Nähseide schwarz 4-Gramm-Rolle 10 Pf.
- Filin Ersatz für Nähseide . . . 20-Gramm-Rolle 16 Pf.

Außergewöhnlich billiger Spitzen-Verkauf

Große Posten Spitzen und Einsätze

- Valenciennes gute Qualitäten Meter 3 Pl. Valenciennes u. Zwirn viele Muster Meter 5 Pl.
- Cluny und Torchon bis ca. 10 cm breit bis ca. 6 cm breit Meter 8 Pl. Meter } 12 Pl.
- Leinen-Klöppel-Handarbeit-imitat. Meter } 12 Pl.
- Breite Valenciennes-Spitzen in guter Ausführ., viele Muster Meter
- Leinen-Klöppel-Spitzen und Einsätze, imitierte Handarbeit 15 Pl.
- Tüll- und Spachtel-Einsätze versch. Muster } 15 Pl.
- Breite Valenciennes-Spitzen feine Qualität, Tüll- u. Spachtel-Einsätze in guter Ausführung } Meter
- Breite Torchon-Einsätze f. Decken u. Gardinen } 25 Pl.
- Kunstseidene Einsätze gute Qualitäten } 25 Pl.
- Feine Valenciennes-Spitzen und Einsätze, breite gute Qualität Mtr. u. Einsätze, breite Qual. imit. Handarbeit, Meter } 35 Pl.
- Leinen-Klöppel-Spitzen } 35 Pl.
- Valenciennes-Stoffe für Blusen und Kleider, viele aparte Muster. Meter
- Feine Malines- u. Valenciennes-Spitzen und Elegante Spachtel-Einsätze und Galons, vornehme Ausführ. } 45 Pl.
- Tüll-Stoffe für Blusen u. Kleider, gediegene Qualitäten } Meter
- Feine Spachtel-Einsätze u. Galons aparte Zeichnung } 65 Pl.
- Breite mod. Malinesspitzen u. Einsätze } 65 Pl.
- Schwarze breite Einsätze Kunstseide und Chantilly Meter
- Tüll- u. Spachtelstoffe für Blusen und Kleider } 95 Pl.
- Breite Spachtel-Einsätze und Galons aus Malinesspitzen und Einsätzen } 95 Pl.
- Tüll- und Spachtel-Stoffe für Blusen und Kleider Serie I: 1.45 Serie II: 2.45 Serie III: 3.45 reg. bis 3.50 reg. bis 4.75 reg. bis 6.00

Enorm billig Handarbeiten Enorm billig

- Quadrate, weiß u. cremefarbig, vorgezeichnet . Stück 9 Pf. 60, 60 vorgezeichnet Stck. 75 Pf.
- Läufer u. Decken } 75 Pf.
- Eisdecken Lochstich-Arbeit mit Spitzen-garnierung 15, 25 Pf.

Besondere Gelegenheit:

- Waschtischgarnituren, 5 Teile, Fröhtierstoff, Einlage Bettwandschoner, Aidastoff mit Bord., vorgezeichnet } Jedes Stück durchweg
- Parade-Handtücher, reich mit Spitzen garniert, vorgezeichnet } 95 Pl.
- Spitzen-Decken u. -Läufer mit Lochsticharbeit } 95 Pl.
- Fertig gestickte Kissen mit Rückwand, Handstickerel. } 95 Pl.

Waschblusen

Voile mit Einsatz und Stickerel-Garnierung

3⁹⁰, 5²⁵, 6⁵⁰

Kleider

- aus Stickereistoffen mit Säumchen, Volants u. imitierten Klöppel-Einsätzen, reich garniert 5.75
- aus Stickereistoffen und Voile elegant und reich garniert 5.75, 8.75, 11.50

Kostüme

- aus Stoff engl. Art elegant verarbeitet 16.00, 22.00
- aus blauen Cheviot u. Kammgarnstoffen Jaeken in Blusenform mit Knopf- u. Seiden-garnierung 24.50, 29.50

Damen-Ulster

- aus Stoffen engl. Art aparte, fesche Fassons 3.50, 7.50
- aus Stoffen engl. Art neueste Farben und moderne Verarbeitung 12.50, 16.50

Weißwaren

- Spachtelkragen . . . 25 Pf. Passen zum Unterziehen 38 Pf.
- Fertige Passen zum Unterziehen, mit Druckknopf, Gummiband und Kragenstäben 65 Pf.
- Kindergarnituren Jedes Stück
- Spachtelkragen 45 Pf.
- Schweizer Stickerei-Beffchen } Pfennig
- Tüll-Jabots reich garniert } Pfennig
- Malines-B.usenkragen neue Form } 65 Pf.
- Tüll-Jabots reich m. Spitze garniert } Pfennig
- Ball-Schals, Seide, Blumenmuster } 95 Pf.
- Feine Malines-Kragen gemustert } Pfennig
- Elegante Jabots } Pfennig

Sonder-Angebot:

- Büsten, Prima-Fabrikat ohne Ständer 3.75 mit Ständer 6.25

Sensationell billiger Verkauf

Nur Leipziger Straße 75/76 am Dönhoffplatz

Herren-Kleidung

Nur Leipziger Straße 75/76 am Dönhoffplatz

für Sommer und Winter

- 3 Serien Anzüge Serie I: 7⁵⁰ Serie II: 13⁰⁰ Serie III: 22⁰⁰
- 3 Serien Ulster u. Paletots Serie I: 13⁵⁰ Serie II: 22⁰⁰ Serie III: 28⁵⁰
- Jünglings-Anzüge u. Ulster Serie I: 13⁰⁰ Serie II: 22⁰⁰

Gewerkschaftliches.

Generalaussperrung in Norwegen?

Die norwegische Unternehmerorganisation hat einen plumpen Angriff auf die Arbeiter unternommen, der das ganze Land mit einem allgemeinen Kampf bedroht, wie in Schweden 1909. Wegen einiger lokaler Betriebskonflikte, von denen einer im Nischereigewerbe in Hauge und zwischen den örtlichen Parteien beigelegt wäre, wenn die Unternehmerzentrale ihre Genehmigung erteilt hätte, sollen 48 000 ausgesperrt werden. Zunächst werden etwa 8000 Arbeiter der Möbelfabrikindustrie, der Glaserie und in dem Bezirk von Drontheim mehrere Betriebe ausgesperrt. Im Drontheimer Bezirk besteht ein Konflikt mit einem Mühlenbetriebe, der beim Tarifabschluss einige ältere Arbeiter gemahregelt hat. Die Fabrikate dieser Firma werden vom Publikum nun nicht gekauft, ohne daß die Gewerkschaften einen Boykott verhängt hätten. Die Unternehmerzentrale aber will aussperren, um den Boykott aus der Welt zu schaffen!

Es sind nun Verhandlungen auf Veranlassung der Regierung geführt worden, die bisher einen Erfolg nicht hatten. Die Unternehmerzentrale hat jetzt die Kündigung weiterer 40 000 Arbeiter der Eisenindustrie und anderer Gewerbe ausgesprochen, so daß am 19. Februar rund 48 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden. Diese Zahl wird allerdings kaum erreicht werden, weil nicht alle Unternehmer der Aussperrungsgewerbe organisiert sind. Aber soweit sie organisiert sind, werden sie auch zweifellos die Aussperrung vollziehen, wie sie von der Unternehmerzentrale angeordnet wird.

Die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften, gegen die sich der Angriff richtet, hat beschlossen, von ihrer bisherigen Taktik abzuweichen und ihrerseits zum Angriff überzugehen. Sie hat deswegen angeordnet, daß folgende Arbeitergruppen am 19. Februar ebenfalls die Arbeit einstellen, falls die Aussperrung zur Wirklichkeit wird. Es sollen demnach in Sympathiestreit treten die Arbeiter bei der Aufstellung in Christiania, in allen Zeitungs- und Buchdruckereien des Landes mit Ausnahme der Arbeiterdruckereien, die Eisenarbeiter, die Seeleute in der Küstenfahrt, die Bäcker in Christiania, Bergen, Drontheim und Stavanger mit Ausnahme der Genossenschaftsbäckereien, die Arbeiter der elektromechanischen Industrie, der Milchkonservierungsfabriken und schließlich die Rohrleger in Drontheim. Der Sympathiestreit wird sich auf rund 10 000 Arbeiter erstrecken.

Die Unternehmertaktik, die in dieser Gegenaktion der Arbeiter führt, ist dieselbe, wie sie in den anderen skandinavischen Ländern geübt wird. Die Unternehmer sind hier Anhänger des Sympathiekampfes und haben die Tarifverträge so abfassen lassen, daß auch während der Vertragsdauer Streiks und Ausberrungen zulässig sind, wenn sie von der zuständigen Organisation verhängt und nicht um oder gegen die Bestimmungen des Vertrages geführt werden. Der Zweck dieser Bestimmung ist, jederzeit einen Kampf so ausdehnen zu können, daß die gegenseitige Unterstützung der Gewerkschaften bald unmöglich gemacht wird. Je breiter die Kampfesfront wird, je schwerer wird es den Arbeitern natürlich, ihre im Kampfe befindlichen Brüder zu unterstützen. Das ist der Zweck der Uebung, die von dem dänischen Unternehmertum zuerst angewendet wurde und nun seit mehr denn einem Jahrzehnt von den Unternehmern in den andern skandinavischen Ländern auch befolgt wird.

Im vorliegenden Falle hatte die Unternehmerzentrale die Aussperrung über eine so große Mehrheit der organisierten

Arbeiter verhängt, daß die Gewerkschaften sich entschließen mußten, auch einige andere Gruppen mit herauszunehmen, die das Unternehmertum etwas schärfer anpacken. Diese Taktik wird auch dazu dienen, die Öffentlichkeit über die Konsequenzen der Aussperrungspraxis der Unternehmer aufzuklären.

Eigenartig berührt es, daß dieser Aufruf zum Generalkampf sich vollzieht im gleichen Augenblick, wo die Regierung ihre Vorlage, betreffend Vermittlung und Zwangsschiedsverfahren in gewerblichen Kämpfen dem Parlament unterbreitet. Beide Parteien, Arbeiter wie Unternehmer, sind entschieden gegen diese Vorlage aufgetreten und haben gemeinschaftlich eine Vorlage ausgearbeitet, die das Zwangsschiedsverfahren ausschließt. Der große Kampf, den die Unternehmer jetzt inszenieren, läßt ihre bisherige Haltung zur Regierungsvorlage zweifelhaft erscheinen. Vielmehr wird dieser angebrochene Kampf der Regierung im Moment nur angenehm sein können, da er die Mehrheit für ihre Vorlage zu verstärken geeignet erscheint.

Berlin und Umgegend.

Achtung Schuhmacher! Der Streik bei der Firma Schoß u. Co. Münzstraße 4, dauert unverändert fort. Zentralverband der Schuhmacher.

Wahregelung. In dem Betrieb „Arone“, Glasglühlicht-Gesellschaft G. m. b. H. in der Köpenicker Straße herrscht als Ungehaltener der Meister Gosewerner. Durch sein rücksichtsloses Schwingen der Straffgabel und wegen der Schimpfworte, die er gebrauchte, schälten sich die Arbeiterinnen gezwungen sich zu verarmen, um über die Bohrung ihrer Rechte zu beraten. Es wurden Einladungen zu der Versammlung verteilt und als Herr Gosewerner hieron Kenntnis bekam, sagte er: „Geht nur alle hin zur Versammlung“. Es erschienen denn auch fast alle Beschäftigten und es wurde in ruhiger sachlicher Weise beraten, ob die Strafen von 10 Pf. an, steigend bis 450 Mark gesetzlich zulässig sind, und ob die Strafgeelder ihre gelegentliche Verwendung finden, wenn Vergünstigungen dafür verankert werden sollen. Es wurde auch darüber beraten, ob die Arbeitsordnung vom Jahre 1900 noch zu Recht besteht. Daß dann noch die Arbeiterinnen energisch dagegen protestierten, Schmeins und Säue tituliert zu werden, ist gewiß berechtigt. Statt daß nun die Firma die berechtigten Beschwerden geprüft und soweit möglich für bessere Zustände gesorgt hätte, legte sie eine größere Anzahl Arbeiterinnen auf das Pfahler. Der Grund der Entlassung war der Versammlungsbefuch. Die entlassenen Arbeiterinnen sollten einen Revers unterschreiben, daß sie keine weiteren Forderungen an die Firma hätten. Auf den Rat der Organisation verzweigten sie dies, und das Gewerbegericht wird Gelegenheit haben nachzuprüfen, ob alle Strafgeelder zu Recht abgezogen worden sind.

Der Fleischermeister Karl Behmann, Fleischzentrale Prinzenallee 32, hat den Tarifvertrag der Organisation der Fleischer anerkannt.

Die Fleischerinnen: Poschmann, Koloniestraße, Sperlich, Brunnenstr. 7, Wirt, Rotierstr. 8, und Bösch, Ede Forster und Reichensberger Straße, sind wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages gesperrt. Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Der Streik in der Schuhfabrik von Paul Zaingo in Strausberg bei Berlin dauert bereits zwölf Wochen. Begünstigt durch die stille Saison, war es dem Fabrikanten möglich, in dieser Zeit mit wenigen Arbeitswilligen seinen Betrieb notdürftig aufrecht erhalten zu können. Daber keine hartnäckige Weigerung, irgendwie zu verhandeln. Beim Anbruch der nunmehr bevorstehenden guten Geschäftsperiode wird sich die Situation wesentlich zugunsten der Streikenden verändern, weshalb nochmals besonders auf die Fernhaltung des Zuzugs hingewiesen wird.

und nach 80 Stück an und gründete mit einem Geldmann eine Firma, um Kleider in größerem Umfange herzustellen. Vor allem wurden auf den Nähmaschinen Uniformen für die französische Armee hergestellt. Thimonnier und sein Kompagnon waren auf dem Wege, reiche Leute zu werden. Doch im Jahre 1841 entstanden in Paris, wo sich Thimonnier niedergelassen hatte, Arbeiterunruhen. Eine Schar Arbeiter stürzte sich in die Werkstätten Thimonniers und demolierte dort sämtliche Nähmaschinen und das vorgefundene Material. Nun war der Erfinder der ersten brauchbaren Nähmaschine wieder so arm wie vordem, und da ihm neues Kapital nicht zur Verfügung stand, schlug er sich längere Zeit auf die Welle durch, daß er von Ort zu Ort zog und eine rasch wieder hergestellte Nähmaschine gegen eine kleine Gebühr zur Schau stellte. Thimonnier lebte dann große Hoffnungen auf die große Londoner Weltausstellung vom Jahre 1851. Er hoffte, sie müßte ihm die allgemeine Anerkennung der Welt für seine Erfindung bringen. Aber auch damit war es nichts. Unbeachtet wie irgendein alter Kasten stand die ausgestellte Nähmaschine da, es lief kein einziger Auftrag ein. Nun verlor der Erfinder die Lust zu weiteren Kämpfen. Er wurde jetzt wirklich ein Sonderling, kehrte nach seiner Heimatstadt St. Etienne zurück und ist dort im Jahre 1857 im Armenhause gestorben. Die gewaltige Verbreitung der Nähmaschine hat er nicht einmal in ihren Anfängen gesehen.

Der Kirchhof eines feinsinnigen Pfahldorfs. Ein gallischer Friedhof der neolithischen Zeit ist, wie das „Bulletin de la Société archéologique champenoise“ mittelt, in Marcy-Sogny (Marne-Departement) entdeckt worden. Es sind 270 Gräber aufgedeckt worden, von denen 48 unverfehrt waren. Die Gräber sind 80 Zentimeter tief in die Erde gegraben und alle von Westen nach Osten gerichtet. In 14 von ihnen hat man Krieger auf Wagn in voller Bewaffnung gefunden; außerdem fanden viele Gefäße, Degen, Lanzen, Dolche, Messer und Schmuckfächer aus Eisen und Bronze zutage. In der Nähe des Kirchhofes hat eine bedeutende gallische Ansiedlung bestanden, die kürzlich von der französischen archäologischen Gesellschaft besucht worden ist. Es hat dort früher im Morast von Saint-Gond ein Pfahldorf bestanden, und noch jetzt stehen Baumstämme im Schlamm, auf die sich die Häuser stützten. Die Bewohner suchten für ihre Toten auf dem an der Seite gelegenen Vergabunge ein sicheres Asyl, und sie haben darum jene Gräber in den dortigen Kreideshoben gegraben.

In die Gräber kann man nur mit großer Mühe kriechend gelangen; sie bestehen alle aus einem Vordamm und einem inneren Gemäwe, in dem sich Skelettreste, Kupfschmuck, polierte Steinbeile und Horngeräte befinden. An der Wand sind Kupferplatten angebracht. Ein schwerer Stein, der ungefähr 1000 Kilo wiegt, verschließt in der Regel den Eingang zur Grotte. Die meisten Gräber wurden stark beschädigt aufgefunden. Man hat sich diese Tatsache erst erklären können, als man in einem Grabe das Skelet eines Dachs fand. Die Beschädigungen stammen also von Tieren. Wegen des großen vorgeschichtlichen Interesses, das die Grotten bieten, hat das Marne-departement das Gelände angekauft.

Der Prozeß um die Verfälschte. Von einem eigenartigen Pariser Verfälschungsprozeß weiß die „Tribuna“ zu berichten. Die Verfälschte war bei der Gerichtsverhandlung nicht anwesend, aber nach der Beschreibung des Verteidigers muß sie von außerordentlicher Schönheit sein. „Sie besitzt unvergleichliche Eigenschaften“, führte der Anwalt aus, „und alle ihre Nachkommen sind aus reinem Geblüt. Jetzt hat sie

Von den zentralen Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe.

Die in Nürnberg unter dem Vorsitz des Unparteiischen stiftfindenden Verhandlungen für das Schneidergewerbe sind, nachdem die Fragen der Doppel- und Untertarife durch Schiedssprüche erledigt waren, nunmehr so weit vorgeschritten, daß an die Regelung der Lohnfrage herangetreten werden konnte. Am Freitagabend haben die Unparteiischen nach eingehenden Verhandlungen Schiedssprüche für eine Reihe von Städten gefällt. Die Unparteiischen haben hierbei lediglich eine Erhöhung der Grundlöhne ins Auge gefaßt; über die von Arbeiterseite gestellten Anträge bezüglich der Heimarbeiter, der Extrarbeiten und der Lieferung von Furnituren haben sie keine besonderen Entscheidungen getroffen, da diese Fragen bereits durch die Erfurter Vereinbarungen vom Jahre 1912 grundsätzlich geregelt sind. Eine Reihe von Forderungen lokaler Natur sollen durch drückliche Vereinbarungen geregelt, andere Fragen, wie z. B. die der Gewährung von Ferien, sollen bei der Schaffung des Reichstarifs im Jahre 1918 generell erledigt werden. Bei ihren Entscheidungen über die Höhe der Zulagen haben sich die Unparteiischen von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen: Sämtliche in Frage kommende Tarife sind erst vor drei Jahren abgeschlossen worden, und zwar durchweg mit nicht unwesentlichen Lohnaufbesserungen. Dazu kommt, daß die neuen Tarife, abweichend von den Tarifen fast sämtlicher anderen Gewerbe Deutschlands, nur auf zwei Jahre laufen sollen. Gerade dieser letztere Umstand müßte dahin führen, daß die Lohnzuschläge sich in mäßigen Grenzen bewegen. Dazu kommt, daß die wirtschaftliche Lage anerkanntermaßen zurzeit eine äußerst gedrückt ist und daß auch keine sicheren Anhaltspunkte dafür gegeben sind, daß in absehbarer Zeit eine wesentliche Aufwärtsbewegung stattfindet. Für das Jahr 1914 läßt sich schon jetzt annehmen, daß eine möglicherweise erfolgende Umkehr von der niedergehenden Konjunktur geschäftlich noch nicht wahrnehmbar sein wird. Es liegt auch klar zutage, daß die wirtschaftliche Depression sich gerade in einem Gewerbe wie der Maßschneiderei in größerem Umfange äußern muß. Andererseits sei nicht zu verkennen, daß die Lebenshaltung sich besonders in den letzten beiden Jahren wesentlich verteuert hat. Es gelte das nicht nur von den Lebensmitteln, sondern besonders in den Großstädten auch von den Wohnungsmieten. Das daniederliegende Baugewerbe habe sich naturgemäß in einer Annahme der leerstehenden Wohnungen äußern und damit auch die Wohnungsnot verschärfen müssen. Die Unparteiischen haben versucht, aus diesen sich widerstrebenden wirtschaftlichen treibenden Kräften einen Mittelweg zu finden, der einerseits den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeitgeber, andererseits der Lage der Arbeiter Rechnung tragen soll. Unter der Voraussetzung, daß die den Gewerkschaften bisher eingeräumten Vergünstigungen auch in Zukunft aufrechterhalten werden, sind bisher folgende Lohnzuschläge für die Maßschneiderei bewilligt: 5 Proz. für Leipzig, Königsberg, Rastatt; 4 1/2 bis 5 Proz. für Nürnberg; 4 1/2 Proz. für Stuttgart, Gießen, Mannheim, Erfurt, Mainz, Darmstadt, Götting, Freiburg; 4 bis 7 Proz. für Münster; 4 bis 5 1/2 Proz. für Danzig; 4 bis 4 1/2 Proz. für Ludwigshafen; 4 Proz. für Elberfeld-Barmen; 3 1/2 Proz. für Reddinghausen.

Auf den Uniformtarif wurden an Zuschlägen im wesentlichen die gleichen Prozente bewilligt. Gegen eine weitere Erhöhung der Sätze sprach nach Ansicht der Unparteiischen im besonderen der höhere Jahresverdienst der Uniformschneider. In der Begründung des Schiedsspruchs heißt es u. a., daß der Mehrbedarf, der durch die neue Militärvorlage unbestreitbar zu erwarten ist, sich demartig auf einzelne Städte, Geschäfte und Jahre verteilt, daß von einem merklichen dauernden Aufschwung der Uniformbranche ernstlich nicht die Rede sein könne. Außerdem sei allgemein bekannt, daß das Offizierskorps sich mehr und mehr aus den minderwertigsten Volksteilen ergänze und daß diese Offiziere im allgemeinen nicht in der Lage seien, bei der Uniformbeschaffung einen über das notwendige Maß hinausgehenden Aufwand zu treiben.

Wie weit die Begründung der Unparteiischen in ihren Einzelheiten das Richtige trifft, vermögen wir nicht zu beurteilen. Sie müsst teilweise recht gewonnen an. Zugelassen muß allerdings werden, daß es in der gegenwärtigen Zeit der Krise den Arbeitern

ihre Verfahren dazu gebracht, daß sie sechs Vorkasse zur Welt brachte, die so häßlich sind, daß man sie in die Seine werfen mußte.

Die junge Dame, der dies Unrecht geschehen, ist nämlich eine Jagdhändin. Sie war von ihrem Herrn für die Reisezeit zu einem seiner Freunde gegeben worden, und dieser Freund hatte einen schönen Hund. Und wie die beiden einige Tage nebeneinander gelebt hatten, geschah das Unvermeidliche: „er“ machte „ih“ den Hof, und in einem schwachen Augenblick gab sie seinen Liebeswerbungen nach. In bereiten Worten verteidigte der Anwalt des Beklagten den ritterlichen Hund, der von der Schönheit seiner Gefährtin hingerissen, etwas getan habe, was nur natürlich und keinesfalls ein Verbrechen war. Der Vorsitzende wußte kaum, wie er sich vor der Vereidlichung der spitzfindigen Anwälte retten sollte.

Der Gerichtshof beriet sodann anderthalb Stunden über den wichtigen Fall, um ja ein salomonisches Urteil zu finden. Der Urteilsspruch ist acht Foliospalten lang, enthält 15 „in Anbetracht dessen“ und endet mit der Abweisung der Schadenersatzklage, die der Besitzer der Hündin angestrengt hatte. Es ist nicht gesagt, wie die junge Dame selbst über dieses Urteil denkt.

Notizen.

Der Berliner Volks-Chor veranstaltet am Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Haydn's Konzertsaal, Hofenstraße 32-38, unter Mitwirkung von Prof. Robert Koch, Prof. Karl Klingler, Hof. Knyand, Fridolin Klingler und Arthur Williams einen Kammermusik-Abend, an dem nur Werke von Mozart zum Vortrag gelangen. Einlaßkarten in den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse.

Die internationale Gesellschaft für Sexualforschung veranstaltet im Herbst in Berlin ihren ersten Kongreß.

Vorträge. Wesentliche Vorträge und vollständige Vortragsreihen am Institut für Meereshunde, Georgenstraße 34-36. Montag, 9. Februar, Dr. A. Mühl: Genoa und Marseille. (6. Vortrag der Reihe: Die Welthäfen und ihre wirtschaftliche Stellung). — Dienstag, den 10. Februar, Prof. Ed. Brühner-Wien: Die Internationale Meereshunde. — Freitag, den 13. Februar, Prof. D. Vashin: Das Treiben des Atlantischen Ozeans. Beginn 8 Uhr abends. Eintritt 25 Pf.

Eine Sammlung künstlerischer Photographien ist in der Bibliothek des Igl. Kunstgewerbe-Museums ausgestellt. Der Maler H. Matthies-Matzen in Halle hat sie dem Museum als Grundstock für eine kunstphotographische Sammlung überwiesen. Die Ausstellung ist wochentags von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends unentgeltlich zu besichtigen.

Das ist die Liebe. Diesen Titel will Ludwig Thoma einem neuen einseitigen satirischen Schwank geben, den er zurzeit unter der Feder hat.

Manets berühmtes Bild „Die Barke“, das der Maler selbst im Boote zeigt, ehemals ein Hauptstück der Sammlung Wellerin in Paris, wurde für die Münchener neue Pinakothek erworben.

Das Kennzeichen. Auf einem Bilde der Münchener „Jugend“, das den Titel „Berliner Fasching“ trägt, umdrängen dunkle Masken mit Griffen der Verleibdisitation eine mäßige Schuhmannsgestalt und sollen sei: „Der Schuhmann ist nicht echt; er hat kein konfessionelles Bild bei sich!“

Kleines Feuilleton.

Könige im Kino. Und wenn man auch dem Kino gar kein Verdienst zugehen will, eins hats doch. Es hat eigentlich zum erstenmal die Idee des Gottesgnadentums so recht kompromittiert. Schon die Abbildungen der „Woche“ grenzten manchmal dicht an ähnliches; aber schließlich hatte der sorgfältige Photograph immer noch Zeit zur Retouche und brachte auch ein ganz und gar miflungenes Bild nicht zu reproduzieren. Wiflungen durften mons allemal nennen, wenn es den hohen Herrn in gar zu lächerlicher und ungehöriger Stellung festgehalten hatte und der Leser sich erschaut fagte: „Sieh da! auch ein gewöhnlicher Mensch! Mit zwei O-Beinen.“

Da ist der Kino schlummer vorgegangen. In der dunklen Sucht, dem beglückten Bürgerange auch nur ja jede Position der Herrscher aufzubeden, vergaß der Mann an der Kurbel oft genug, daß auch in den höchsten Sphären Schönheitsfehler zu Hause sind, und daß zwar der Filmfabrikant, aber nicht sein Apparat an lokaler Bestimmung zu leiden hat. Die Folgen liegen auf der Hand — wenn nicht gerade die Hohenzollern sind, durchbraust fürmische Weiterkeit das Haus, wenn ein alter Knacker Treppen herunterwackelt, und wenn seine irdische Erscheinung so in recht possierlichem Gegensatz zu seiner himmlischen und göttlichen Mission hienenden steht. Was Alfonso von Spanien angeht, den mit der „Sabbler-Lippe“ — so hat er in jedem Kintopp derartige durchschlagende Erfolge, daß allen Vahern der 3 103 des Strafgesetzbuches (Verleibung ausländischer Landesherren oder Regenten) drohend überm Haupt schwebte —, wenn nicht eben gar so dunkel wäre, daß man den einzelnen nicht unterscheiden kann. Es ist aber reizend, wenn dieser König die Kante an die schöne Wange legt, Tiere abschlekt, die ihm die Treiber ins Bereich gehet haben, die habdäurische Unterlippe hängt unterdessen stolz herunter, und der Junge sagt mit seinem ganzen Körper: „Na? Ja bin einer? Wo?!“ Ist er auch, und jedes Filmportet erkennt lachend an.

Sind sie nicht zum Kochenklüchwerden, diese Könige im Kino? Die Berichte und Feuilletons mögen nach so klinkern; das objektive Auge der Welt, die Kamera, behält Recht und macht uns herzlich lachen über den Unterschied von Wollen und Können.

Die älteste Nähmaschine. Versuche mit der Herstellung von Nähmaschinen wurden bereits am Ende des 18. Jahrhunderts gemacht. Von diesen ersten Nähmaschinen ist jedoch keine einzige bis auf die Gegenwart erhalten geblieben, und es wurden auch wenig Erfolge damit erzielt. Anders war es mit der Nähmaschine, die der Schneider Thimonnier aus der französischen Stadt St. Etienne im Jahre 1814 herstellte. Thimonnier galt in seiner Heimatstadt als ein Irckuniger und wurde täglich verhöhnt, weil er es sich in den Kopf gefekt hatte, die Handnäharbeit durch eine Maschine zu ersetzen. Das hielt jedoch den wackeren Schneider nicht ab, immer wieder Versuche zur Herstellung einer brauchbaren Nähmaschine zu unternehmen. Im Jahre 1814 gelang ihm dies auch. Die erste Nähmaschine war vollständig aus Holz angefertigt; eine von diesen ersten brauchbaren Nähmaschinen ist noch jetzt im Wiener Polytechnikum zu sehen. Thimonnier begnügte sich aber nicht damit, die eine Nähmaschine herzustellen, er fertigte noch

auch ohne die Bedenken der Unparteilichen herab zu werden würde, irgendwelche Vorteile für sich herauszuschlagen. In Krisenzeiten sind eben die Arbeiter bei Tarifbewegungen fast allemal die Leidtragenden.

Die Verhandlungen im Schneidergewerbe gelangten am Sonntag noch nicht zum Abschluß. Die Unparteilichen fällten zunächst eine Reihe von Schiedssprüchen für einzelne Städte, die im weitestlichen die gleiche Erhöhung der Grundlöhne ausprechen, wie die bereits vorher ergangenen Schiedssprüche. Die Erhöhungen bewegen sich zwischen 3 und 7 Proz. Einzig und allein für Adlsta wurde eine Erhöhung abgelehnt und ausgesprochen, daß der Vertrag unverändert bis 1916 weiterläuft.

In Anbetracht dessen begannen die Verhandlungen für die Damen-Schneider-Tarife, über die eine Entscheidung vor Sonntagmittag kaum gefaßt werden dürfte.

In den Steinschleifereien des Fichtelgebirges ist eine Tarifbewegung der Steinarbeiter im Gange. Der bisherige Normaltarif läuft am 1. März ab. Da der Fichtelgebirgstarif seit mehr als 15 Jahren eine Verbesserung nicht gebracht hat und die Verhältnisse auch sonst vielfach nicht weniger als mißverhältnis sind, ist es sehr verständlich, daß die Arbeiter zur Tarifverneuerung verschiedene Forderungen stellen, wenn sie aber auf ein Entgegenkommen der Unternehmer hoffen, so hatten sie sich schwer getan. Die Herren schlagen einen ungewöhnlich herausfordernden Lohn an und verlangen in einem ungewöhnlich kurzen und gut die hündige Jurisdiktion aller Forderungen finanzieller Art. An der Bewegung sind beteiligt die Drie Berned, Bahreuth, Aich, Hof, Niederlamy, Marktkeuthen, Katterhammer, Selb, Seuth, Schwarzenbach a. S., Spanned, Wunsiedel und Weihenstadt.

Parlamentarisches.

Der Marine-Etat in der Budgetkommission.

Am Sonnabend wurde nach längerer Aussprache gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ein Marine-Etat für Buenos Aires, der besonders die Interessen der Schiffbau-, Waffen- und Maschinenindustrie fördern soll, bewilligt. Das Zentrum vollzog damit einen Umfali, denn im Vorjahre hat es den Posten gestrichen.

Darauf gab der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Unterstaatssekretär Zimmermann, Aufschluß über die Stellung Deutschlands in den zwischen mehreren Staaten schwebenden Konzeptionskämpfen um die Delfelder in Resoplamien und Mexiko und über die Erschließung der Ozeanien in Mexiko.

Beim Kapitel Instandhaltung der Flotte und der Werften trug Abg. Hoff (Rp.) zahlreiche Beamtenwünsche vor, deren Erledigung jedoch zum Teil bis zum Erscheinen der Besoldungsabelle zurückgestellt werden mußte. Genosse Brandes nahm sich in spezialisierten Ausführungen der mannigfachen Wünsche und Beswerden an, die besonders von Arbeitern und Angestellten der Werften geäußert werden. Er verlangte übersichtliche Nachweise über die Zahl der Unfälle, Verletzungen und Urlaubsberechtigungen, beklagte die offensichtliche Zurücksetzung der Arbeiterauschüsse und die Entlassung von Arbeitern wegen politischer Gesinnung und Parteizugehörigkeit, führte Beschwerde über parteiische Stellungnahme der Werksverwaltung bei Arbeitskämpfen in der Privatindustrie, die Fortdauer des Ueberstundenwesens, die vielfach recht geringen Verdienste und die zu große Zahl von Betriebsbeamten und wünschige Erweiterung des Erholungsurlaubes, durchgehende Arbeitszeit, wöchentliche Affordberechnung u. a. m. Staatssekretär v. Tirpitz wird sich am Dienstag zu den Wünschen und Beschwerden äußern.

Soziales.

Die eine „christlich-national“ geleitete Krankenkasse wirtschaftet.

Unsere Leser erinnern sich, wie jahrelang eine Flut von Verdächtigungen gegen die von Sozialdemokraten geleiteten Krankenkassen durch den Reichsverband (nicht zu vergessen die Unterstützung des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Rugdan) losgelassen wurde. Punkt für Punkt wurde widerlegt. Das half nichts: der Zweck der Uebung war die Vernichtung der Selbstverwaltung der Arbeiter und dieser Zweck ist durch die Reichsversicherungsordnung zum Schaden der Versicherten und zum Nutzen der Kostgänger der Arbeiter erreicht. Unter den Anwürfen spielte noch zum Schluß der Beratungen über die Reichsversicherungsordnung die Behauptung eine große Rolle, es werde versucht, die Angestellten aus Kassenmitteln lebenslanglich zu versorgen. Die Regierungsvertreter mußten schließlich zugeben, daß die nach dieser Richtung hin verbreiteten Gerüchte jeglicher Basis entbehren. Einige Zentrumsabgeordnete waren es insbesondere, die die unwahre Behauptung einer Verwendung von Kassenmitteln für eine übermäßige Abfindung von Kassenbeamten kolportierten. Schon damals wurde bewiesen, daß nicht sozialdemokratische, sondern „christlich“ geleitete Kassen solche Manöver ergriffen.

Heute können wir aus jüngster Zeit einen Fall registrieren, der zeigt, in welcher Gees, Anstand und guten Sitten hohnsprechenden Weise eine „christlich“ geleitete Kasse mit dem Vermögen der Kasse umgesprungen ist.

In Krefeld wurden die Krankenkassen für Fabrikbetriebe der Färber, der Appreteure und der Binder von den freien Gewerkschaften verwaltet, während die Ortskrankenkassen der Handwerker, Cresfeld-Linn und Cresfeld-Vodum unter der Verwaltung der „Christen“ standen. Trotz bis ins Ministerium hinein erfolgter Beschwerde wurde behördlich angeordnet, daß die von den freien Gewerkschaften verwaltete Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe zu der allgemeinen Ortskrankenkasse vom 1. Januar ab umgestaltet werden sollte, die aus allen obengenannten Ortskrankenkassen und aus 3 Betriebskrankenkassen besteht.

Bei den Ausschuswahlern erhielten die „Christlich-Nationalen“ die Minderheit.

Kurz vor Loresschluß, am 31. Dezember 1913 schlossen sich der frühere Vorsitzende und der Schriftführer der „Cresfelder Handwerkerkrankenkasse, Ortskrankenkasse der Handwerker in Cresfeld“ einen notariellen Vertrag mit dem früheren Rentanten dieser Kasse Kamper. Durch den Vertrag wurde auf Grund eines Vorstandsbeschlusses vom 30. Dezember dem Rentanten eine Pension in voller Höhe seines Gehalts von 4500 Mark zugewilligt und zur Sicherung seines Anspruchs eine Sicherheitshypothek von 70000 Mark auf dem Kassengrundstück eingetragen. Ferner wurden dem Rentanten die Ansprüche abgetreten, welche die Kasse aus ihrem Sparrentenbuch hat, das auf 108000 Mark lautet, so daß der Rentant seine Gehaltsansprüche aus dem Sparrentenguthaben bei der Kasse erheben kann.

4500 Mark Pension und Uebereignung des Kassenvermögens zur Sicherheit — das ist denn wohl doch das tollste Stück, das zuungunsten einer Kasse geleistet werden konnte. Selbstverständlich wird der Vertrag als ungültig angesehen werden, weil er — ganz von der Frage abgesehen, ob in ihm die strafbare Handlung einer Untreue gegen die Kasse liegt — den guten Sitten aufs stärkste zuwider ist.

Eine nette Schlamperei scheint überdies bei dieser „christlich-national“ verwalteten Kasse gewaltet zu haben: die Hebeliste befindet sich in starker Unordnung, eine Anzahl Invalidentarifen sind durch Unterlassung rechtzeitiger Umtausches entwertet und bis heute ist die Kasse nicht übergeben.

So gehen „Christlich-Nationale“ mit Arbeitergroßchen um.

Die Steinindustriellen und die Berechnung der Unfallrente.

Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft versuchte bisher bei der Berechnung der Unfallrenten 10 Proz. vom Jahresverdienst des Verletzten in Abzug zu bringen. Soviele Unkosten verursacht nämlich die Schmiedeschärfe, das Instandhalten der Werkzeuge. Und nach Abzug dieses Prozentsatzes wurde dem Verletzten die Rente berechnet. Die Berufsgenossenschaft drang aber mit dieser fonderbaren Rentenberechnung in der höheren Gerichtsinanz nicht durch. Das Reichsversicherungsamt hat jene Berechnung im Jahre 1912 für ungültig erklärt. — Die Steinindustriellen geben sich aber damit nicht zufrieden, sie spekulieren so: Hat ein Arbeiter 1800 M. im Afford verdient, so muß der Unternehmer eine Unfallprämie von 30 M. entrichten (auf 1000 M. Verdienst zirka 30 M.). Dürfen die 10 Proz. aber vom Jahresverdienst abgezogen werden, so ist die Unfallprämie bloß für 1170 M. Jahresarbeitsverdienst zu bezahlen, sie sparen also pro Mann und Jahr 4—5 M. Die Unternehmer in Würzen versuchen nun einen anderen Weg. Sie legen eine Arbeitsordnung vor, wonach sich die Steinarbeiter bei der Lohnbuchführung für die Berufsgenossenschaft diese 10 Proz. abziehen lassen sollen. Diese geschwindrige Zumutung wurde von den Arbeitern abgelehnt. Nun hat die Behörde die Pflicht, scheinung diese dem Gesetz, nämlich dem Lohnbeschlagnahmengesetz und § 394 B.G.B. zuwiderlaufende Arbeitsordnung aufzuheben. Bundern muß man sich bloß darüber, daß die Steinbruchsberufsgenossenschaft den sächsischen Steinindustriellen ein so unverkorenes Verhalten nicht kurzerhand abschlägt.

Schutz von Gesundheit und Leben.

Die Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums gegen Gesundheit und Leben der Arbeiter erblickt aus der immens hohen Zahl fortwährenden Uebertretungen der Arbeiterschutzvorschriften. Zwar gelangt leider wohl kaum der zehnte Teil der tatsächlichen Verstöße zur Anzeige, Klage und Verurteilung. Dennoch wächst die Zahl der Uebertretungen gegen die zum Schutz der Arbeiter erlassenen Vorschriften von Jahr zu Jahr.

Nach der amtlichen Statistik erfolgten Verurteilungen:

Vergehen betr. Bestimmungen über	1907	1912
Lohnzahlung	87	92
Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern	2114	2714
Ruhezeit und Mittagspause	223	399
Gezeichnete Zeugnisse oder Arbeitsbücher	2	4
Sonntagsruhe	8835	13533
Lohnabzug	2219	3677
Verbortete Beschäftigung	—	63
Vorschriften zum Schutze der Arbeiter	2195	1780
§ 147 Nr. 4 d. G.-D.	29	53
Arbeitsordnung	—	—
	15653	22254

Die ungeheure Zunahme der Uebertretungen von Arbeiterschutzgesetzen zeigt die Dringlichkeit eines besseren Schutzes der Arbeiter gegen Angriffe der Unternehmer. Ein solcher besserer Schutz wäre ein freies, gegen Unternehmerterror gesichertes Koalitionsrecht.

Zentrum gegen Verzählung.

In Biegenhals an der sächsisch-böhmischen Grenze haben die Arbeiter den Genossenschaftsgedanken aufgegriffen und einen Konsumverein auf moderner Grundlage gegründet, der am 1. Februar sein Warenlager eröffnete. Das ging nicht nur den Mittelstandseleuten, die bisher die Konsumanten nach Strich und Faden schöpfen konnten, gegen den Strich, sondern auch dem dortigen sogenannten katholischen Arbeiterverein. Dieser Verein beschäftigte sich in seiner letzten Mitgliederversammlung auch mit dem Arbeiterkonsumverein. Der Herr Präses, ein Kaplan Dr. Blacha, ging dem Verein mit entstellten Zitaten aus Reden von Sozialdemokraten zu Leibe und warnte vor dem Beitritt. Dann wurde ein Antrag angenommen, wonach jedes Mitglied des katholischen Arbeitervereins bei „Jüngem Jahre“ Auslegung des Statuts aus dem Verein ausgeschlossen wird, das dem Arbeiterkonsumverein beitrifft. Als Hauptargument gegen den Konsumverein führte der Herr Kaplan nach an, daß die Käufer im Konsumverein — doch nichts geborgt bekommen.

Aus Industrie und Handel.

Differenzen im Kohlenyndikat.

Die Zechenbesitzerversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats hat am 31. Januar den neuen Syndikatsvertrag gutgeheißen. Aber diese Zustimmung ist zustande gekommen, ohne daß eine vollkommene Einigung erzielt wurde. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ stellt es sogar als möglich hin, daß die Verhandlungen von neuem begonnen werden müßten, da die Differenzen zwischen den Syndikatsmitgliedern noch nicht gelöst seien. Bereits am 4. d. M. schrieb sie über die Sitzungen der Kommission, die den neuen Vertrag vorbereitete:

Zahlreiche Bestimmungen — und natürlich gerade die wichtigsten — sind das Ergebnis harter Kämpfe und scharfer Meinungsverschiedenheiten haben sich dabei aneinandergerieben. Um so erfreulicher ist es denn nun, daß das Plenum der Zechenbesitzerversammlung sich jetzt in der Mehrheit zu dem Entwurf bekannt hat, ohne daß in dieser großen Versammlung an den grundsätzlichen Tendenzen des Entwurfes etwas Wesentliches geändert worden ist. Immerhin ist aus der langen Dauer der Verhandlungen und aus den Diskussionen über zahlreiche wichtige Punkte deutlich zu erkennen, daß es unter der Oberfläche doch noch stark brodelt. Dies geht unter anderem daraus hervor, daß einige der allerwichtigsten Bestimmungen nur mit kleinster Mehrheit genehmigt wurden. Eine geringe Verschiebung könnte leicht das Gebäude in's Wanken bringen. Dieser Ansicht darf man sich nicht verschließen, womit nicht etwa gesagt sein soll, daß deshalb pessimistischer Auffassung Raum gegeben wäre. Derartige Bedenken sind schon deshalb am Plage, weil in der letzten Zechenbesitzerversammlung nicht alle Syndikatsmitglieder vertreten waren und die Abstimmung nicht, wie der Vertrag es vorschreibt, nach Stimmenzahl, sondern nach der Zahl der Anwesenden erfolgte. Aber mehrere der Syndikatsmitglieder und sogar eines der größten, fehlte. Man muß hiernach noch immer auf Ueberraschungen gefaßt sein.

Den Hüttenzechen, die einen Teil ihrer Förderung im eigenen Eisenbetriebe verarbeiten, widerstrebt es, daß ihr Selbstverbrauch fortan zu den Syndikatskosten (der Umlage) herangezogen werden soll. Die reinen Kohlenzechen hingegen bekämpfen die neue Bestimmung, daß der Selbstverbrauch der Hüttenzechen von der Kontingentierung (Produktionseinsparung) in Zukunft befreit sein soll. Am 20. d. M. steht der neue Syndikatsvertrag wiederum auf der Tagesordnung der Zechenbesitzerversammlung. Die „Rhein-Westf. Zeitung“ droht bereits damit, daß der „Bater“ des Syndikats, der bekannte Großindustrielle Kirckhoff, die Leitung der Verhandlungen ablehnen werde. Auch weist sie darauf hin, daß neue Forderungen die Beitrittsverhandlungen mit den Augenseitern und dem Fiskus erschweren würden. Den Konsumenten könnte

es natürlich nur recht sein, wenn die Verlängerung des Syndikats an diesen Differenzen scheitern würde. Aber leider besteht wenig Aussicht darauf, daß dieser Fall wirklich eintreten wird.

Die letzte Konjunkturperiode in ihrer Bedeutung für die industriellen Großstaaten Deutschland, Großbritannien und Vereinigte Staaten von Nordamerika wird durch eine Statistik der Eisenproduktion in diesen drei Ländern illustriert.

Es wurden erzeugt (in Millionen Tonnen):

	1909	1910	1911	1912	1913
Vereinigte Staaten	25,80	26,84	23,31	22,87	30,73
Deutschland	12,92	14,79	15,53	17,87	19,29
Großbritannien	9,66	10,22	9,72	8,89	10,48

Die Zunahme von 1909 auf 1913 beträgt in Deutschland 49,2 Proz., in den Vereinigten Staaten 19,1 Proz., in Großbritannien 8,5 Proz. Deutschland steht also weitaus an erster Stelle. Von Jahr zu Jahr ist sein Vorsprung gegenüber Britannien größer geworden; heute produziert es bereits fast doppelt so viel Eisen als England. Aber auch Amerika gegenüber ist seine Produktion gestiegen. Im Jahre 1909 war Deutschlands Eisenerzeugung nur halb so groß wie die der Vereinigten Staaten. Heute erreicht sie bereits zwei Drittel der amerikanischen Produktion.

Aufgang der Eisenproduktion. Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roh-Eisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg im Monat Januar 1914 insgesamt 1,567 Millionen Tonnen gegen 1,611 Millionen im vorigen Monat und im gleichen Monat des vorigen Jahres. Auf den Arbeitstag kamen im Berichtsmontat 50 830 Tonnen gegen 51 980 Tonnen im vorigen Monat und im gleichen Monat des vorigen Jahres. Die Eisenerzeugung erfuhr also im Januar einen weiteren Aufgang.

Berichtszeitung.

Die Detektivin als Küchenmädchen.

Durchstechereien in den Speisewagen der D-Züge Berlin-Endstuden bildeten den Gegenstand einer umfangreichen Anklage, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Vahr die I. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt wegen fortgesetzten und gemeinschaftlichen Betruges gegen die Firma „Deutscher Eisenbahn-Speisewagenbetrieb, G. Kromsch u. Söhne“ in Charlottenburg waren: der Oberkellner Karl Freidant, der Koch Adolf Günther, der Kellner Karl Schliebener, sämtlich aus Charlottenburg, und der Kellner Arthur Braun. Wegen Beihilfe zum Betruge war ferner das Küchenmädchen Pauline Watschke mitangeklagt.

Die Angeklagten waren seit längerer Zeit bei der Firma Deutscher Eisenbahn-Speisewagenbetrieb G. Kromsch u. Söhne angestellt, und zwar Freidant als Oberkellner, Günther als Küchenchef und die übrigen Angeklagten als sogenannte Jutträger. Alle fünf befuhren ausschließlich die Strecke Berlin-Endstuden, und zwar in dem D-Zuge Nr. 55. Dem Angeklagten Freidant stand als Oberkellner die Aufsicht in dem Speisewagen des D-Zuges zu, während Günther, der schon Vorstrafen wegen Diebstahls und Betruges erlitten hat, den Vertrauensposten des Küchenchefs in dem Speisewagen zu versehen hatte. Die Kontrolle wurde in der Weise ausgeübt, daß der Oberkellner jede von der Küche ausgegebene Speise usw. mit einem Bon zu bezahlen hatte. Diese Bons mußten von Günther nach Beendigung der Fahrt in dem Motor der Firma am Stuttgarter Platz abgeliefert werden, wo auch Freidant zu erscheinen hatte, um das von den Gästen des Speisewagens erhaltene Geld abzuliefern. Schon vor längerer Zeit ging unter den zahlreichen Angestellten der Firma das Gerücht, daß in dem D-Zug 55 die tollsten Sachen vorlämen. Es wurde behauptet, daß der Koch Günther billiges, minderwertiges Fleisch und andere Speisen selbst einkaufe, die Speisen zubereite und verkaufe und dann den Erlös mit Freidant, der mit ihm unter einer Decke stehe, und den übrigen Angeklagten teile. Ferner hieß es, daß die beiden Angeklagten J. A. dadurch, daß sie aus dem ihnen übergebenen Quantum Kaffee eine erheblich höhere Anzahl Tassen herstellten, ferner den Tee zweimal aufkochen usw., sich einen erheblichen Nebenverdienst verschafften. Als der Firma diese Gerüchte zu Ohren kamen, veranlaßte sie die Angestellte eines Detektivinstituts, in dem Speisewagen als Küchenmädchen mitzuführen, um die beiden Angeklagten zu beobachten. Diese Beobachtungen führten dazu, daß die Firma am Morgen des 12. August 1913 die Angeklagten in das Motor bestellte und ihnen auf den Kopf zusagte, daß sie durch die Detektivin völlig überführt seien. Der Angeklagte Günther legte auch ein Geständnis ab. Er gab an, gemeinsam mit Freidant auf jeder Fahrt 60—70 M. veruntreut zu haben. In einem anderen schriftlichen Anerkenntnis erklärte er, auf die geschilderte Weise 7000 M. „erspart“ zu haben und verpfändete sich, 5000 M. sofort zu zahlen. Auch der Angeklagte Freidant und die übrigen gaben zu, sich in der geschilderten Weise verangen zu haben.

Vor Gericht widerriefen die Angeklagten mit Ausnahme des Schliebener ihr Geständnis. Nach längerer Beweisaufnahme verurteilte das Gericht Freidant und Günther wegen Untreue bzw. Beihilfe zu je vier Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, Schliebener zu einem Monat und die Watschke zu 2 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte Braun wurde freigesprochen.

Waisentatbeileidigung.

Das Landgericht Delb hat am 1. September den Gewerkschaftssekretär Fritz Schneidewind aus Berlin wegen Waisentatbeileidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beileidigung wurde in einer in Trauchenberg abgehaltenen Waisentatbeileidigung gefaßt. Das Reichsgericht verwarf am Freitag die vom Angeklagten eingelegte Revision.

Unterschlagungen auf dem Viehhof.

Umfangreiche Diebstähle auf dem Städtischen Schlacht- und Viehhof beschäftigten gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I in einer Strafsache, die sich gegen den Schlächter Albert Kewiger und den Metzger Paul Stenzel aus Weihensee richtete; letzterer hatte sich wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Diebstahle zu verantworten. — Der Angeklagte Kewiger hatte vor mehreren Jahren mit dem Hofschlächtermeister Kowitsch einen Vertrag geschlossen, nach welchem er sich verpflichtete, sämtliche Schlachtungen für K. auszuführen. Gleichzeitig hatte er für K. Vieh einzulassen und mit einem Sches seines Auftraggebers zu bezahlen. Die Schlachtungen, bis zu 100 Schweinen usw. pro Woche, hatte der Angeklagte in einem von K. gemieteten Stand in dem Schlachthaus D. auf dem Städtischen Schlacht- und Viehhof auszuführen. Er bezog von Kowitsch pro Jahr 3600 M. Gehalt, hierzu kamen noch 1200 M. Nebeneinnahmen.

Auf Grund einer Anzeige eines entlassenen Gefesslen wurde gegen Kewiger ein Strafverfahren eingeleitet, in welchem ihm zur Last gelegt wurde, innerhalb der letzten fünf Jahre einen Teil des Gehalts der von ihm geschlachteten Tiere entwendet und an den Waisentatbeileidiger Stenzel, der in Weihensee eine Talgschmelze und Seifenfabrik betreibt, verkauft zu haben. Nach den angelegten Ermittlungen handelte es sich in jedem Falle um 20—30 Pfund Fett, so daß der Verluste dazu gekommen ist, seinen Schaden auf über 20 000 M. zu berechnen.

Vor Gericht bestritten die Angeklagten, sich strafbar gemacht zu haben. Der Angeklagte Kewiger behauptete, daß er sich nur bestimmte Fettteile angeeignet habe. Hierzu sei er aber nach einem auf dem Schlachthof bestehenden Brauch berechtigt gewesen. — Das Gericht hielt bei Kewiger nur Unterschlagung für vorliegend und erkannte gegen ihn auf 3 Monate Gefängnis. Stenzel wurde freigesprochen, da er, wie der Vorsitzende verkündete, einen so beschränkten Einbruch gemacht habe, daß er sich offenbar gar nicht der Strafbarkeit seiner Handlungswelt recht bewußt gewesen sei.

Aus aller Welt.

Schreckenstaten eines Geisteskranken.

Eine furchtbare Familientragödie hat sich in der Nacht zum Sonnabend in dem märkischen Dorfe Staffelde bei Kremmen abgepielt. Dort hat der Kaufmann Engel in einem Anfall religiöser Wahnsinn seine Frau und seine dreizehnjährige Tochter durch Peilhiebe und Messerhiebe getötet, seinen fünfzehnjährigen Sohn in gleicher Weise schwer verletzt und sich selbst das Leben genommen.

Ueber die schwere Pluttag erfahren wir folgende Einzelheiten: Engel betrieb in Staffelde ein gutgehendes Kolonialgeschäft. Vor anderthalb Jahren hatte er sich einer religiösen Sekte angeschlossen und sein ganzes Ginnen und Krachten war darauf gerichtet, auch seine Frau und Kinder und andere Leute zum Beitritt zu veranlassen. Seit einigen Monaten trug er bereits ein sonderbares Wesen zur Schau. Es mochten sich bei ihm Anzeichen religiöser Wahnsinn häufiger bemerkbar. Am Freitagabend hatte Engel eine Versammlung der religiösen Sekte besucht. Als er spät abends heimkehrte, kam bei ihm der religiöse Wahnsinn zum Ausbruch. Er holte sich aus der Küche ein Peil und ein großes Brotmesser und schlich sich damit in das Schlafzimmer, wo er seiner schlafenden Frau mit großer Wucht einen Peilhieb über den Kopf versetzte, der den Schädel spaltete. Dann stach Engel blindlings auf die Bauernsleute ein, die mehrere tiefe Stichwunden in der Brust davontrug und deren Tod wohl auf der Stelle eingetreten sein muß. In gleicher Weise tötete er seine Tochter. Sein 15jähriger Sohn, der durch das Geräusch erwachte und in das Zimmer kam, erlitt zwei Schnittwunden am Halse und Verletzungen an den Händen. Es gelang ihm aber, sich loszureißen und aus dem Fenster der im Erdgeschoß gelegenen Wohnung zu entkommen. Die von dem jungen Mann alarmierten Nachbarn fanden Frau Engel und die Tochter furchtbar zerschlagen in großen Blutlachen tot in den Betten liegend auf. Auch der Mann wurde nur noch als Leiche aufgefunden. Der Unglückliche hatte sich mehrere Schnittwunden am Unterarm und am Halse beigebracht und sich dann in der Wohnstube erhängt. Der schwerverletzte Sohn ist nach dem Krankenhaus in Kauen gebracht worden.

Ein Eisenbahntunnel in Brand gesteckt.

Wie aus Juarez (Mexiko) gemeldet wird, ist der Cumbre-Tunnel bei Casas Grandes von dem Räuber Castillo in Brand gesteckt worden. Ein Zug, der Mittwoch früh Juarez verließ und in den brennenden Tunnel einfuhr, ist vollkommen verbrannt. Sieben Eisenbahnbeamte sollen umgekommen sein. Die Brandstiftung war vermutlich ein Nachhall Castillos für die Hinrichtung von 22 Leuten seiner Bande. General Villa hat die Verfechter der Konstitutionalisten in dem Bezirk von Casas Grandes angewiesen, jeden zu erschießen, der für seine Untreue dort keinen genügenden Grund angeben kann.

Die 72487. Ehrung.

Unter all den Auszeichnungen, die dem Oberst v. Reuter aus den Kreisen der echten Preußen zuzugingen, verdient eine — irren wir nicht, ist es die 72487. — besonders erwähnt zu werden. Die in Danzig und Umgebung wohnenden Alten Herren der Vereins Deutscher Studenten entsandten am 4. Februar

an den von Jauern nach Frankfurt a. D. als Kommandeur der 12. Grenadiere verlegten Oberst v. Reuter folgenden drahtlichen Gruß:

Laß sie labern, laß sie labern
Leber Eliaß, über Jauern,
Du bist jetzt die größte Bier
Für den wüßtesten Grenadier.
An der Spitze deutscher Streiter
Immerdar ein Oberst Reuter.
Von der Kemeel bis zum Meier,
Deutschland, du magst ruhig sein.

Wenn der oder die Dichter die Mahnung, daß Deutschland ruhig sein sollte, nur selbst befolgt hätten. Man rief ja förmlich den Vordiergeist, der das Poem gebat.

Kleine Notizen.

Liebesdrama in Hannover. Der 21jährige Student der Rechte Schulz, gebürtig aus Frankfurt a. D., entführte vor einigen Tagen die ledige 17jährige Gertrud Abel aus Göttingen, wo er bislang studierte, nach Hannover. Freitag nacht tötete der Student seine Geliebte durch einen Schuß ins Herz, dann aber fehlte ihm der Mut, sich, wie verabredet, selbst zu töten. Sonnabend morgen wurde er festgenommen.

Explosion einer Benzinfabrik. Eine folgenschwere Benzinerplosion ereignete sich am Freitag in einer Benzinfabrik in Manchester im Staate Kentucky. Das entsetzliche Feuer nahm einen so großen Umfang an, daß in kurzer Zeit die Fabrik selbst und acht benachbarte Häuser vollständig niederbrannten. Den meisten Arbeitern gelang es, sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, doch wurden sechs Arbeiter getötet und fünfzehn andere schwer verletzt.

Die Epidemien im französischen Oeere. Nach einer Blättermeldung aus Spinal sind in der letzten Woche im dortigen Militärhospital neun Soldaten an Lungentuberkulose gestorben. In Racon sind in den letzten Tagen fünf Soldaten den Rasern erlegen.

Im Kampf mit Zigeunern. Im Verlaufe eines Streites, der zwischen Zigeunern und jungen Burtschen aus dem bayerischen Dorfe Hochkirchen ausgebrochen war, wurde ein Fassant von einem Zigeuner niedergestochen. Auch wurden zwei der in den Streit verwickelten Burtschen durch Schüsse schwer verletzt. Die freilufigen Zigeuner wurden verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, unten vier Treppen — Sprechst. — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommenbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. — **H. W. 1000, Neutöln.** An den Amtsvorsteher und zwar sowohl bezüglich der Konzeption, als wie auch wegen Erteilung des Baus. — **H. S. 100.** 1. Wenemäßig bis 11 Uhr. Polizeivorchriften befolgen nicht. Entscheidungen können vor im Augenblick nicht mitteilen. 2. Eine beratige Bestimmung im Mietvertrag wäre bindend. Jedoch könnte der Hauswart daraus nur Rechte herleiten. — **H. W., 10 000.** Rein. — **Wagner 21.** 1. Können Sie ein erneutes Verbot an die Staatsanwaltschaft. 2. Dagegen können Sie nichts unternehmen. 3. Rein. Das ist Sache des Vormundes beim Vormundschaftsgericht. — **H. Z. 1871.** Wenn Sie den Schranke in guten Glauben erworben haben, sind Sie Eigentümer. — **H. S. 7.** 1. Ja. 2. und 3. Die Schwiegermutter muß intervenieren. — **H. S. 100.** Die Karte muß ausgetauscht werden. Belästigen Sie sich eventuell beim Polizeipräsidium. — **H. 76.** Es ist eine Antragserteilung beim Amtsgericht abzugeben. — **H. S. 84.** Es genügt die Ummeldung des Generals und die Ummeldung der Firma. Als Ihre Tochter mündeljährig, so muß die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts eingeholt werden. — **H. 70.** 1. Das ist möglich. Zweckmäßiger wäre es jedoch gemeldet, den Antrag vor der Operation zu stellen. 2. Bei der Landesversicherungsanstalt. 3. Von demjenigen Teil, bei dem der Jahressatz erfolgen soll. — **H. S. 78.** Der Mann ist für die An-

stellungen erspählich. Außerdem ist er verpflichtet, eine Entschädigung für den in Erwartung der Ehe gestatteten Verkehr zu zahlen. Die Höhe des Betrages richtet sich nach dem Stande, Einkommen und Vermögensverhältnissen der Parteien. — **H. S. 333.** An die Kreisbauernschaft. — **H. S. 2.** Mit Zustimmung des Lehrers ja. — **H. S. 21.** Rein. — **H. S. 29.** Unseres Erachtens haben Sie ab 1. Januar Anspruch auf das erhöhte Krankengeld. — **H. S. 37.** Jeder Abzug ist unbedingdet. Falls das Waisen sich nicht einverstanden erklärt hat, kann Klage beim Amtsgericht erhoben werden. — **H. S. 300.** 1. und 2. Falls das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, kann Klager durch einen Anwalt beim Landgericht Berufung einlegen. — **H. S. 37.** Der Stempel belästigt pro Kalenderjahr 2 M. für das 1. Quartal Januar bis April 50 Pf. — **H. S. 1891.** Falls getrennte Schlafräume und besondere Schlafgelegenheiten vorhanden, zulässig. — **H. S. Kreuzbergstraße.** Sie haben Anspruch auf einige Stunden freie Zeit an etwa 2 Tagen in der Woche zum Aufsuchen einer neuen Stellung. Falls Ihnen dies verweigert wird, können Sie beim Gewerbeamt eine einstweilige Verfügung beantragen. Bei der von Ihnen genannter Krankheitsdauer würde der Lohn unter Mäßigung des etwa bezogenen Krankengeldes fortbezahlt werden müssen. — **H. S. 26.** Die Kündigung kann nur bis zum 15. mit Wirkung zum darauffolgenden Wirten erfolgen. Die von Ihnen angegebenen Gründe scheinen zur sofortigen Lösung nicht ausreichend zu sein. — **H. S. 1.** Rein. 2. Reich ist aus, um früher ausziehen zu können. — **H. S. 10.** Neben der Krankenversicherungspflicht besteht auch die Verpflichtung zur Unfallversicherung und Invalidenversicherung. — **H. S. 84.** Falls nachweisbar, in der Regel ja. Die Frau haftet für die Rente ebenfalls. — **H. S. 9.** Rein. — **H. S. 1.** Ja. 2. Nur dann, wenn eine Versicherungspolice besteht. — **H. S. 100.** Ja. — **H. S. 86.** Können Sie Ihre Anfrage an die „Bayer Arbeiterzeitung“ in Wien, Wienstraße 97. — **H. S. 4551.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch den genauen Zeitpunkt an, seitdem Ihr verstorbener Vater die Rente bezogen hat. — **H. S. 66.** 1. Bis 6000 M. einschließl. 2. Gericht oder Notar. — **H. S. 250.** Dem Arbeiter. — **H. S. 14.** Die Beschlagnahme wäre zulässig, sofern nicht vorher eine Veräußerung (Vorforderung) erfolgt ist. — **H. 100.** Die Beschlagnahme ist nur insoweit zulässig, als die Lohnforderung 2885 M. nachweislich übersteigt. (§ 4 des Lohnbeschlagnahmengesetzes). — **H. 15.** Ja, sofern die Frau nicht anderweitig eine veränderungspflichtige Beschäftigung hat und gemeldet ist. — **H. S. 15.** Den Nachlass Ihrer Frau müssen Sie in des Verzeichnisses aufnehmen und dem Gericht mitteilen. Ob die Wirtschaftssachen zum Nachlass gehören, läßt sich aus Ihrer Darstellung nicht entnehmen. Wiederholen Sie eventuell Ihre Anfrage und geben Sie an, wann Sie die Ehe geschlossen haben und wo der erste Ehegattenvertrag geschlossen ist. — **H. 100.** 1. Die Befreiung ist u. G. unbedingdet. 2. An das Veräußerungsamt, Am Röhrenhof 3. — **H. S. 113.** Rein. — **H. S. 14.** Die Frage läßt sich erst beantworten, wenn Sie noch angeben, welchen Nachlass Sie geltend für die Befreiung, und geändert für die Privatnahme zahlen. — **H. 86.** 1. Ja. 2. Das ist gleichmäßig. 3. Rein. 4. Es ist ratsam, beim Notar eine Scheidungskunde aufzeichnen zu lassen. 5. Ja. 6. Von jedem Folgebetrete. — **H. S. 16.** 1. u. 2. Ja, falls die Partzeit erfüllt ist. 3. An das Veräußerungsamt. — **H. S. 12. 50.** Das Wort stellt eine formale Befreiung dar. 2. Die Befreiungsfrage hätte Aussicht auf Erfolg. Sie könnten in einem Entlassungsfalle Anspruch auf Rückzahlung des Lohnes für die gefällige Kündigungsfrei erheben. Sie wären jedoch verpflichtet, sich anderweitig um Stellung zu bemühen. — **H. S. 87.** Rein. — **H. S. 77.** 1. Sie können sich an den Regierungspräsidenten wenden. 2. Rein. 3. Der Hauswirt. 4. Für die Reinigung der Zugänge ist der Wirt verantwortlich, für die Reinigung der Kaminöfen nur dann, wenn der Wirt kein Verbot trifft. Um Mietverträge können aber Bestimmungen enthalten sein, die die Rechte des Mieters ändern. — **H. S. 1.** Rein. Sie sind aber zur Unterhaltungsleistung verpflichtet. 2. Die Schwägerin nur dann, wenn sie Vermögen oder sonstiges Einkommen hat, das über den Betrag, den sie zur Deckung ihres Unterhalts und ihrer sonstigen Verpflichtungen benötigt, hinausgeht. 3. Wenn die Eltern arbeitsfähig sind, ist die Gemeinde zur Unterhaltung verpflichtet. — **Wega 1914.** 1. Ohne Kenntnis davon, welche Schritte unternommen sind, läßt sich die Frage nicht beantworten. 2. Ja, falls dem Anwalt nicht noch eine Kostenforderung zusteht. Hat der Anwalt einen Kostenanspruch, so kann er Herausgabe der Akten ablehnen. 3. Verantwortlichkeit, eventuell Geldstrafe, gestellt bis zur Geisteskrankheit. — **H. S. 36.** 1. Ja. 2. Dängt von den Bestimmungen des im Ausland geltenden Gesetzes ab. 3. Unzulässig. Sie sind bei der dortigen Polizeibehörde. 4. Es würde eine Gebühr gezahlt werden müssen, und zwar für je 10 M. Bert 2 Pf. für 10 Kilometer. Schöndanks sind frei. — **H. Oberförsterei.** Der Arbeitgeber ist zur Anrechnung verpflichtet und zwar bei der Berliner Erbschaftssteuer. Diese gibt den Beitrag vom Arbeitgeber ein. Sie können sich an die Berliner Erbschaftssteuer wenden. — **H. S. 25.** Wir empfehlen Ihnen Bedel. Die Frau und der Sozialismus* Preis 3 Pf. — In bester durch Ihren Sondris-Spediteur.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenauß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

Lassen Sie sich
durch bisherige Erfahrungen nicht
abhalten, noch einen Versuch mit
„Alcolor“ zu machen. u. Sie werden
keine
Mißerfolge mehr haben. „Alcolor“
ist absolut unschädlich und fñhrt
aufs vollkommenste mißfarbene und
graue Haare
vom hellsten Blaud bis zum tiefsten
Schwarz waldficht u. auszuheilen. Alle
Haararten erhalt. N. 3. — Die Haare
wachsen
gleichmäßig in der Farbe nach und
erhalten lebhaften, natürlichen Glanz
durch **Plantol-Balsam**, N. 1. 25.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Lege-Hühner
garantiert junge, beste Rasse, 2 1/2 M.
empfehl. F. Wegner, Berlin SO.,
nur Mariannenstr. 34. 18/15*



TAG
Cigaretten

Herren-Wäsche
nach Maß, Oberhemden, Brad-
hemden, Unterwäsche usw. liefert
erittlaßige Wäscheabrit
direkt an Privats zu Masspreisen
gegen monatl. od. viertelj. Teilzahl.
Postlagerkarte 116. Berlin C. 25.

Tabakarbeitergenossenschaft
Stuttgart.
Spezialität No. III.
Beste Qualitäts-Ware.
Fragen Sie Ihren Händler nach
unseren Zigaretten.
Wir brauchen Ihre Unterstützung.
Vertreter für Groß-Berlin:
P. Horsch, Engelufer 15
Gewerkschaftshaus.

Masken-Garderobe
Willi Ernst.
Köpenicker Straße 55 b. I.
Eint Moritzplatz 11 314.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzüger dieser Branche er-
hält 10 Proz. Preisermäßigung.

Reckenpferd-
Seife
die beste Liliemilch-Seife
für zarte weisse Haut
à Flk. 50 &

Karl Fahrows Restaurant und Festsäle
„Zum Reichenberger Hof“
SO 36, Reichenberger Str. 117. Tel.: Moritzpl. 3333.
Empfehle Vereinszimmer und Café, 30, 80, 150
und 300 Personen fassend, zu Hochzeiten, Versamm-
lungen und Vereinsfeiern.
2 vorzügliche Regelbahren.
Nachschickend Karl Fahrow.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Pichelswerder**,
an der neuen
Oertrasse beim **Alten Freund**.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10—2, 5—7, Sonntags 10—12.

Zahnärztliche Klinik
und Poliklinik
— Brunnenstraße 192. —
9—1, 3—6, Sonntags 10—1.
Laboratorium für Zahnheilk.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke
Prinzen-Allee
Herrn- und Knaben-
Moden, Berufskleidung,
Elegante Paletots,
Ulster, Joppen.
Grobes Stofflager zur
eleganten Maßanfertigung.
Billigste, feste Preise.

Gneisenaustraße 10,
S. Grau, billigste u. beste
Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilsahlung.

Moevel-Boebel Berlin's **Moritzplatz 58**
Name ges. gesch.

Schlafzimmer echt Eiche anpoliert M. 315.— 1 Schrank mit Spiegel M. 95.— 1 Waschkommode mit Marmor 15.— 1 Spiegelauflage 15.— 2 Bettstellen M. 95.— 42.— 2 Nachttische mit Marmor 15.— 2 Stühle 15.— M. 315.—	Speisezimmer echt Eiche gebeizt M. 329.— 1 Büfett M. 158.— 1 Moquettestisch 50.— 1 Auszugstisch 42.— 1 Anrichtentisch 37.— 4 Stühle M. 329.— Umbau M. 58.—, Uhr M. 85.— extra Frachttrei 6, ganz Deutschland. Verkauf nur im Fabrikgebäude. 5 Jahre Garantie Leipzig 1879 9 Etagen Musterbuch gratis Geöffnet: Wochentags 9—5 Uhr, Sonntags 12—2 Uhr
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen

A. WERTHEIM

LEIPZIGER STR. KÖNIG-STR. ROSENTHALER STR. MORITZPLATZ



Billiger Verkauf weißer Waren

Damen-Wäsche

Damenhemden mit verschiedenen Stickereien	1 M.
Damenhemden mit gestickter Passe ..	1.55
Damenhemden mit imitierter Handstickerei 1,50	1.80
Damenhemden mit imit. Handstickerei ..	2.85
Damenhemden mit Langellenbesatz ...	1.90
Damenhemden mit Stickerei 1.75	1.80 1.95
Damenhemden mit Stickerei-Ansatz ...	2.75
dazu: Beinkleider mit Stickerei-Ansatz ...	2.65
Nachthemden mit Stickerei-Ansatz ..	4.85
Damen-Beinkleider mit Stickerei-Volant	1.60 1.80 2.20
Damen-Jacke mit Stickerei-Volant	2.35

Zu Dekorationen benutzte:

Reinleinen
Servietten mit Franse
 Dutzend **1.80**

Hohlsaum-
Taschentücher
 Dutzend **1.20**

Schweizer Wäsche-Stickereien

zu besonders billigen Preisen

Stickerei-Roben, Volants Schweizer Fabrikat ca. 110 cm hoch, außergewöhnlich preiswert Meter	2.10 4.50
Louisianaluch Kissenbreite, Meter 42 50 58 Pf.	
Deddbettbreite	Meter 75 85 95 Pf.
Bettsatin Kissenbreite	Meter 63 75 Pf.
Deddbettbreite	Meter 1.05 1.20
Bettdamast sehr gute Qual., Kissenbreite Meter 72 Pf.	
Deddbettbreite	Meter 1.15
Lakendaulas ca. 150 cm breit ...	Meter 95 Pf.
Lakendaulas schwere Qualität, ca. 160 cm breit	Meter 1.20

Neue Frühjahrs-Blusen

Montag bis Mittwoch

in modernen Woll-Stoffen, eigene Anfertigung

Extra-Preise

Bluse aus reinwoll. Krepp, mit Wasch-Voile garniert, Kimonoform	2.95	Bluse aus reinwoll. Krepp, mit schottischem Seidenschal, Claisform	4.75	Bluse aus Woll-Musselin, mit Weste Plissee, aus Wasch-Voile, Sambandgarnitur	5 M.	Bluse aus gutem wollenen Krepp, mit neuem seidenen Kragen, Kimonoform	8.75
Bluse aus Woll-Musselin, mit Tüll-Plissee	3.90	Bluse aus reinwoll. Krepp, mit modern gestreifter Seide u. Seidenband garniert	4.90	Bluse aus reinwollenem Popeline, Raglanschnitt	5.75	Bluse aus Wollkrepp, mit eleg. Spitzen-Westen und gestreifter Seide garniert	10.50

Garbáty

Cigaretten

für
Qualitätsraucher

Das Geheimnis
 der so großen Beliebtheit der Kautabake

Grimm & Triepel

gute Arbeit ist bester Kentucky.

Reuters Werke
 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts

Patentanwalt Prillwitz
 Berlin NW21, Thurmstraße 34.

Heines Werke
 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
 gegründet von organisierten Schneidergesellen
 Berlin N.

Brennenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
 fertiger

Anzüge

Winterpaletots
 Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
 und Arbeiter-Berufskleidung.
 Elegante Maßanfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft u.
 der Ortsgruppe Berlin d. Arb.-Radf.-Bund.

Sonntags von 12-2 geöffnet.

Tel. Amt Norden 1591.

102/1*

Das gute Kiebeck Bier

Mittwoch, den 11. Februar: Zahlabend in Groß-Berlin.

Die Versicherungsangestellten für Liste 2.

Eine am vergangenen Freitag abgehaltene Versammlung bewies durch den glänzenden Besuch und die famose Kampfstimmung...

Das zweite Referat des Genossen Georg Witte gestaltete sich zum Teil zu einer niederschmetternden Kritik der Versicherungs-gesellschaft „Aduna“.

Die Gehälter der weiblichen Angestellten entsprechen den angeführten Zahlen. Eine 25-jährige Angestellte hat einen Höchstgehalt von 90 M.

Die Gehälter der weiblichen Angestellten entsprechen den angeführten Zahlen. Eine 25-jährige Angestellte hat einen Höchstgehalt von 90 M.

Gleich Cohn nahm auch Leo die anderen Verbände unter die kritische Lupe.

Alle Diskussionsredner unterstrichen das von den Referenten Gesagte.

In vorzüglicher Kampfstimmung gingen die zahlreichen Besucher auseinander.

Parteiangelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute, Sonntag, den 8. Februar, abends 6 1/2 Uhr, findet im Luisenstadt-Kaffeehaus, Oranienstr. 180, eine öffentliche Versammlung mit einem Vortrag des Genossen E. Harwig über „Ursprung und Wesen der Religion“ statt.

Schmargendorf. Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum Schützenhaus“, Hundebühlstraße 30, Eingang Kubler Straße: Öffentliche Versammlung.

Ober-Schöneberg. Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Hebe der 5. Vortragsabend des Genossen Eichhorn statt.

Röpenitz. Die Zahlabende sind wie folgt festgesetzt: Für die Altstadt bei Augustin, für die Neigebäude bei Hebler, für die Köpenicker Vorstadt bei Stippeloh.

Konow. Mittwoch, den 11. Februar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr im Lokal „Deutsche Festhalle“, Wilhelmstraße 41/43: Versammlung des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Seelenfang.

Ein Handwerksbursche schreibt uns: In den meisten Herbergen zur Heimat in Deutschland ist folgendes Plakat zu lesen: „Israeliten werden freundlich eingeladen, unser Heim in... zu besuchen, wo sie freundliche Aufnahme, Rat und Hilfe finden“.

labung Folge geleistet haben, erzählen mir übereinstimmend: Es gibt in mehreren Städten Deutschlands protestantische Missionen, die sich bemühen, Juden zu Proselyten zu machen.

Die Absicht der christlichen Wohltäter geht dahin, aus den Missionszöglingen selbst Missionäre zu machen und diese dann möglichst in exotischen Ländern zu verwenden.

Ob man die Notlage des anderen ausnützen darf, ihm eine Konfession aufzudrängen, das zu beurteilen bin ich in der religiösen Sittlichkeit nicht befähigt.

Wanderholungsstellen für eben schulentlassene Berliner Volksschulkinder.

Der Verein für Volkshygiene Groß-Berlin bittet wiederum wohlwollende Männer und Frauen, ihm behilflich zu sein, daß auch in diesem Jahre solche Knaben und Mädchen, die am 1. April nach der Einsegnung aus Berliner Volksschulen zur Entlassung kommen,

Das ist gewiß ein sehr schönes Ziel, das sich da der genannte Verein gestellt hat. Es fragt sich nur, ob die Vereinsorganisation stark genug ist, um nachprüfen zu können, ob mit den nach außerhalb gesandten jungen Leuten auch keinerlei Mißbrauch getrieben wird.

Die Schätzung der Höhe des Beitrages für Berlin steht nach neueren Mitteilungen noch nicht fest; eine solche kann erst Ende April gegeben werden.

Eine Schutzmannsdemonstration.

Auch Schutzleute demonstrieren! Der Schaulich der Demonstration war der Schleifische Bahnhof. Etwa 200 dienstfreie Schutzleute in Zivil hatten sich eingefunden, um einen durch Jagow nach Königsberg verfehlten Kollegen Lebewohl zu sagen.

Jagow tat noch ein übriges; er maßregelte die Leute, die für die Vereinigung der Schutzleute wirkten.

Auf dem Bahnhof richtete Höhnow noch einige Abschiedsworte an seine Kollegen. Wenn er sich auch bei seinem Bestreben, für seine Kollegen die Kasernen aus dem Feuer zu holen, die Finger verbrannt habe, so hoffe er doch, daß in absehbarer Zeit auch die Schutzleute ihre Vereinigung hätten.

Die Begleitung der Wachtparade.

Bisher war man an gewissen Stellen etwas stolz darauf, daß die Wachtparade von einer größeren Menschenmenge begleitet war.

Zu einer wahren Plage für Passanten und Geschäftsleute werden mehr und mehr die Burschen aus, die neben der Russkapelle herlaufen, wenn mittags die Schloßwache aufzieht.

Der Mob, wie er lebt und leidet! Das ist das Volk, das die Wachtparade begleitet.

Der Etat der Stadt Berlin.

Der Magistrat hat die Etatsberatungen gestern abgeschlossen. Mit erheblichen Streichungen von Positionen, welche von den Einzelverwaltungen verlangt wurden, schließt der Etat mit 408 Millionen ab.

Eine Verzweiflungstat.

Auf schredliche Weise suchte sich gestern vormittag der 35 Jahre alte Franz Vater aus Weihensee das Leben zu nehmen.

Fortdauer der Wassersperre.

Die Wassersperre im Hause Rheinsberger Str. 41 dauert fort. Die Berliner Wasserwerke mögen noch so viel Gründe für ihr Verhalten beibringen, einen stichhaltigen Grund, Hunderten von Menschen das Wasser zu entziehen, gibt es nicht.

Dem Verein für soziale innere Kolonisation in Deutschland (E.V.) hat der Magistrat Berlin ein Darlehen von 100 000 M. bewilligt.

Euch Schutzleute demonstrieren! Der Schaulich der Demonstration war der Schleifische Bahnhof. Etwa 200 dienstfreie Schutzleute in Zivil hatten sich eingefunden, um einen durch Jagow nach Königsberg verfehlten Kollegen Lebewohl zu sagen.

Sein Festigen seines Wagens tödlich verunglückt ist der 54 Jahre alte Kutscher Syllus Moritz aus der Streifher Str. 31.

Der Verunglückte starb bereits auf dem Wege nach der Hilfswache in der Seibelstraße.

Auf der Brandstätte in der Mühlenstraße war die Feuerwehre gestern (Sonnenabend) vormittag noch in voller Tätigkeit. Um 8 Uhr waren zwei frische Löschzüge zur Ablösung angetreten, die die Aufräumungsarbeiten fortsetzten. Das Feuer hat gewaltige Pappkörbe der Märkischen Holzstoff- und Pappfabrik von Brederode zerstört, da die Firma in den Kellerräumen des Winterlagers untergebracht hatte. Der Schaden ist größtenteils durch Versicherung gedeckt.

In den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages kam in der Palisadenstr. 41 ein größerer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Der 7. Löschzug hatte mehrere Stunden mit den Löscharbeiten zu tun. Der Dachstuhl ist zu einem erheblichen Teil vernichtet worden.

Hygienische Vorträge.

Die Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in diesem Jahre wiederum hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist unentgeltlich.

Am Montag, den 8. Februar spricht im Bürgeraal des Berliner Rathauses Herr Professor Dr. Rosin über das Thema: „Aberverfälschung und deren Verhütung“.

Am Donnerstag, den 12. Februar sprechen in den nachbenannten Schulaulen über das Thema: „Die geschlechtliche Ansteckung und ihre Folgen“. Herr Dr. R. Bah, Rigauerstr. 81/82, Herr Sanitätsrat Dr. A. Nathan, Waldenserstr. 25/26, Herr Dr. A. Vilsenhal, Eberstadtstr. 10, Herr Sanitätsrat Dr. Grosser, Schäferstraße 55/56.

Am Freitag, den 13. Februar sprechen in den nachbenannten Schulaulen über das Thema: „Gesundheitspflege von Nase und Ohr“. Herr Dr. R. Lehmann, Tilsiterstr. 4/5, Herr Dr. A. Schwarz, Panitzschstr. 17, Herr Dr. P. Schwarz, Pankowstr. 5, Herr Dr. J. Voemenseim, Bergmannstraße 28/29, am Röhrenkehl-Platz. In Beth in der 2. Gemeindefschule, Bürgerstraße, spricht am Montag, den 9. Februar Herr Dr. Keil über das Thema: „Fort-schritte und Erkennung in der Behandlung der Geschlechtskrankheiten“.

In Charlottenburg spricht am Mittwoch, den 11. Februar Herr Professor Dr. A. Binckel über das Thema: „Entstehung und Verhütung von Frauenkrankheiten“. (Nur für Frauen.) Der Vortrag findet in der Schulaule in der Sophie-Charlotten-Str. 60/70 statt.

In Köpenick in der Dorotheenschule, Freiheit, spricht am Dienstag, den 10. Februar Herr Dr. A. Vernstein über das Thema: „Ursachen und Verhütung der Schwindsucht“.

In Friedenau im Gymnasium am Rahn-Platz spricht am Montag, den 9. Februar Herr Dr. Wollenberg über das Thema: „Infektionskrankheiten“.

In Lichtenberg spricht am Donnerstag, den 12. Februar Herr Dr. G. Adler in der Gemeindefschule, Kronprinzenstr. 10 über das Thema: „Geschlechtskrankheiten, ihre Entstehung, Verhütung und Bekämpfung“.

In Lichtenberg in der Neuen Schule, Marxstraße, spricht am Dienstag, den 10. Februar Herr Dr. W. Brund über das Thema: „Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten“.

In Mariendorf, im Gymnasium in der Kaiserstr. 17/21, spricht am Donnerstag, den 12. Februar Herr Dr. E. Berger über das Thema: „Blindheit und ihre Verhütung“.

In Neukölln, in der Albrecht-Dürer-Ober-Realschule, Emserstraße 137, spricht am Freitag, den 13. Februar, Herr Dr. W. Weymer über das Thema: „Krankheiten als Berufskrankheiten“.

In Pankow, 2. Gemeindefschule, Brunowstraße, spricht am Donnerstag, den 12. Februar, Herr Dr. J. Margoniner über das Thema: „Ursache und Verhütung von Frauenkrankheiten. (Dieser Vortrag ist nur für Frauen bestimmt.)“

In Reinickendorf-Ost, Gemeindefschule in der Lette-Allee 26/27, spricht am Mittwoch, den 11. Februar, Herr Dr. v. Rutowski über „Krankheiten und ihre Verhütung“.

In Reinickendorf-West, Gemeindefschule Auguste-Viktoria-Allee 37, spricht am Donnerstag, den 12. Februar, Herr Dr. E. Rein über „Die Fortschritte in der Erkennung und Behandlung der Geschlechtskrankheiten“.

In Schöneberg, Gemeindefschule, Kreuzgasse 61, spricht am Dienstag, den 10. Februar, Herr Dr. G. Seegall über „Aus dem Gebiet der Haut- und Geschlechtskrankheiten“.

In Steglitz, Gemeindefschule in der Plantagenstraße, spricht Herr Dr. R. Brunn über „Die chronischen Krankheiten und ihre soziale Bedeutung“.

In Zehlendorf, Gemeindefschule in der Treschowstraße, spricht am Dienstag, den 10. Februar, Herr Dr. Federmann über „Nagelgeschwüre“.

In Tempelhof, Gemeindefschule Friedrich-Wilhelm-Str. 11/13, spricht Herr Dr. Surau über „Schuh und Pflege des Auges“.

In Weichensee, Gemeindefschule Langhansstraße, spricht am Freitag, den 13. Februar, Herr Dr. Jacobsen über „Hygiene des Auges“.

Eine gute Belohnung ist auf die Wiederherbeischaffung einer Kappe mit Altkleidern ausgelegt, die ein hiesiger Angestellter am vergangenen Freitag in einem Abteil 3. Klasse eines Stadt-bahnzuges von Charlottenburg nach Potsdam verloren hat. Die ausgelegte Belohnung erhält derjenige, der die Kappe mit Inhalt zurückbringt oder über den Verbleib Mitteilung machen kann. Diese wird in Wilmersdorf, Auguststr. 25 v. I links in Empfang genommen.

Ein Fahrradmarbler wurde am Donnerstagabend auf der Straße festgenommen, als er einem Stragenpassanten ein Rad zum Kauf anbot. Der Käufer bemerkte, daß das Firmenschild des noch ziemlich neuen Rades fehlte und benachrichtigte einen Schuhmann, der den Verkäufer festnahm. Das Rad hat vorn einen roten Ledermantel, hinten einen grauen. Angeblich ist das Rad in Lichtenberg gestohlen.

Vorortnachrichten.

Neukölln.

Wenn ein Arzt zu seinem Geld kommen will.

Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert — und jeder will seinen Lohn haben. Das gilt selbstverständlich auch für den Arzt. Bei zahlungsfähigen scheinenden Patienten dringt er gewöhnlich nicht auf sofortige Bezahlung, sondern gebuldet sich bis zum Jahresabschluss, wo er dann seine Rechnung einfordert und — weiter wartet. Von Kinderbewertern aber, zumal von solchen, der er nicht kennt, verlangt er in der Regel, daß ihm sogleich bar Geld auf den Tisch gelegt wird. Es gibt Leute, die sich immer noch nicht abgewöhnen können, den Arzt für etwas anderes als einen Gewerbetreibenden zu halten. Sie wundern sich immer wieder über das Verfahren, das manchmal so ein Arzt anwendet, um sich vor Verlusten zu sichern und sofortige Bezahlung durchzusetzen. Wir glauben, daß wir den betreffenden Ärzten — und auch all denen, die mal als Patienten ihre Hilfe in Anspruch nehmen wollen — einen Dienst erwirken, wenn wir zur Verbreitung der Kenntnis solcher sich mehr und mehr einbürgernden Bräuche der Arztpraxis beitragen.

Ungeordnet und gewiß noch ganz neu ist ein Einfall, den vor einigen Tagen ein in Hause Ganghoferstr. 1 wohnender Arzt Dr. Heinemann hatte, als in seiner Sprechstunde eine Frau, die mit ihrem an Masern erkrankten Säugling in Begleitung der Großmutter zu ihm gekommen war, das Honorar nicht sofort bezahllen konnte. Sie war, weil sie bei dem Kind eine schwerere Erkrankung befürchtete, etwas eilig zu dem Arzt gefahren, ohne daran zu denken, ob sie auch genügend Geld eingekassiert hatte. Als nach Untersuchung des Kindes der Arzt auf Befragen das Honorar nannte, mußte die Frau ihm sagen, sie habe nicht so viel bei sich. Aber er werde ja, sagte sie hinzu, die weitere Behandlung über-

nehmen, da wolle sie beim nächstenmal zahlen. Der Arzt wehrte ab, weitere Rateinholung oder Hilfeleistung sei voraussichtlich nicht nötig, darum müsse sofort bezahlt werden. Dann werde sie ihm das Geld nachher bringen, antwortete die Frau. Was war da zu tun? Der Arzt sah sie zum erstenmal, aber auch die Großmutter schien er nicht zu kennen, obwohl sie ihm sagte, daß sie selber ja schon öfter bei ihm gewesen sei. Kurz entschlossen sah der Arzt die beste Lösung darin, daß die eine von beiden sofort das Geld hole, die andere aber so lange mit dem Kinde hierbleiben solle. Und so geschah es. Während die Mutter, um das Geld heranzuschaffen, nach Hause fuhr, hatte die mit dem Kind zurückbleibende Großmutter auf ihre Rückkehr zu warten. Sie wurde aus dem Sprechzimmer nicht wieder in das Wartezimmer geschoben, sondern in einem besonderen Zimmer untergebracht, das neben diesem liegt. Wie wenn sie in Arrest gesetzt worden sei oder als Pfandstück einbehalten würde, habe sie das, sagt sie uns, empfunden. Sie klagte nachher auch der Empfangsdame, daß so etwas doch nicht nötig gewesen sei; aber diese antwortete mit Achselzucken.

Der Arzt hatte offenbar keine Ahnung davon, daß jemand sich durch ihn gekränkt fühlen könnte. Er konnte auch nicht nachträglich darüber bekehrt werden, weil beide Frauen nicht mehr mit ihm in Verbindung kamen. Sie zahlten das herbeigeholte Geld an die Empfangsdame und übertrugen die weitere Behandlung des Kindes einem anderen Arzt.

Gewerbegerichtswahlen.

Heute Sonntag, von 12 bis 4 Uhr, finden die Arbeitnehmerwahlen zum hiesigen Gewerbegericht statt. Wahlberechtigt dazu ist jeder über 25 Jahre alte, in Neukölln wohnende oder beschäftigte Arbeiter. Für am Ort wohnende Wähler werden auch heute noch auf dem zuständigen Polizeirevier in der Zeit von 8 bis 9 Uhr die nötigen Legitimationen ausgestellt. Es ist damit auch demjenigen, der in der Woche zur Beschaffung einer solchen keine Zeit gehabt, die Möglichkeit gegeben, sich an der Wahl zu beteiligen. Auf folgende Fehler der amtlichen Bekanntmachung ist noch hinzuweisen: Das Wahllokal für den 7. Wahlbezirk befindet sich nicht Ansehnstr. 21, sondern Mariendorfer Weg 72/74, und im 4. Bezirk muß es statt Eisenstr. 42/48, Eisenstr. 42/88 heißen. Auf zur Wahl, niemand darf fehlen!

Die Arbeitgebervertreter werden am Montag, den 9. Februar, in der Zeit von 4 bis 7 Uhr gewählt. Es wird dringend ersucht, alles daran zu setzen, um jeden für uns in Betracht kommenden Wähler zur Wahl zu bewegen. Die Lokale, von denen aus am Montag die Wahlarbeiten erledigt werden, sind folgende: für das 1. Viertel: Restaurant Reigel, Panitzschstr. 59; für das 2. Viertel: Restaurant Schenk, Rosenstr. 24; für das 3. Viertel: Restaurant Schulz, Mariendorfer Weg 1/2; für das 4. Viertel: Restaurant Richter, Rahlower Str. 7/8.

Wilmersdorf.

110 Prozent! Bekanntlich war es vorwiegend Wilmersdorf, das in bewusstem Gegensatz zu anderen westlichen Vorortgemeinden 100 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer erhob. Die maßgebende Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hintertrieb bisher noch stets die Schaffung eines einheitlichen Steuerzuschlages für die Kommunen Groß-Berlins. Vor einem Jahre erst stellte der Magistrat die Finanzlage als so günstig hin, daß man mit dem niedrigen Satz gut wirtschaften könne. Jetzt sieht man sich doch genötigt, namentlich in Anbetracht der längst beschlossenen, aber immer wieder hinausgeschobenen Neubauten (Rathaus, Seepark, Krankenhaus, Krematorium usw.) die Erhöhung des Steuerzuschlages als unerlässlich zu betrachten, um „späterhin allzu große Steuerbelastungen zu vermeiden“. Die Abkehr von der Reichsturmpolitik, die durch eine geringe Steuerlast die zahlungsfähigen Einwohner aus anderen Gemeinden weglocken sollte, bringt Wilmersdorf dem einbehaltenen Groß-Berlin näher. Außerdem besteht durch die größeren Mittel die Möglichkeit, endlich in sozialpolitischer Beziehung mehr zu leisten als bisher. Daß Wilmersdorf in diesem Punkte noch recht viel zu tun hat, um selbst gegenüber den fortschrittlichen Nachbargemeinden nicht zu weit zurückzufallen, bedarf keiner näheren Begründung.

Steglitz-Friedenau.

Die im März bevorstehenden Gemeindevahlen waren schon auf die Gemeindevorstellung am Freitag ihre Schatten voraus. Gegen die Gemeindevählerliste war von acht Personen Einspruch erhoben worden mit dem Anspruch auf Aufnahme in die Liste, außerdem von Jachow und Genossen auf Ungültigkeitserklärung der Liste wegen ungeschicklicher Abgrenzung der drei Abteilungen. Der Referent, Schöffe Fabarius, beantragte, sechs Einsprüche haltzugeben und die Betreffenden nachträglich in die Wählerliste aufzunehmen; dagegen zwei abzuweisen, weil der eine Antragsteller nicht in Steglitz wohne, der zweite keine Gemeindevahlen bezähle. Den Antrag Jachow und Genossen beantragte er abzulehnen, weil die Antragsteller in ihrer Begründung von unrichtigen Voraussetzungen ausgingen. Genosse Ahmann rügte zunächst, daß diesmal den Gemeindevorstellern die Anträge und Begründungen nicht zugestellt worden seien. Der Gemeindevorstand forderte jetzt eine Abstimmung für oder gegen seine Anträge, ohne daß die Gemeindevorsteher in der Lage gewesen wären, selbst zu prüfen und sich ein eigenes Urteil zu bilden. Er fühlte sich deshalb gezwungen, hauptsächlich auf den Antrag Jachow ausführlich einzugehen, damit die übrigen Gemeindevorsteher wenigstens wissen, worum es sich handelt. Zunächst verlor Redner die dem Einspruch beigegebene Begründung; alsdann suchte er an Hand von Zahlen aus der Wählerliste und unter Veranziehung des Oberwaltungsgerichtsentscheidens in Sachen des bekannten Rixdorfer (Neuköllner) Wahlrechtsraubes nachzuweisen, daß die Abgrenzung der drei Wählerklassen falsch und demzufolge die ganze Wählerliste ungültig sei. Deshalb beantragte er, die Ungültigkeit der Wählerliste auszusprechen und den Gemeindevorstand aufzufordern, eine neue Liste aufzustellen, die den gesetzlichen Bestimmungen entspräche. Diesen Ausführungen wurde von zwei bürgerlichen Rednern und nochmals vom Referenten widersprochen, und dann die Säkularzeit der Liste gegen die sozialdemokratischen Stimmen beschlossen. Einen Antrag der Sozialdemokraten, die Wahlen der dritten Klasse an einem Sonntag stattfinden zu lassen, begründete Genosse Ahmann mit dem Hinweis darauf, daß der gleiche Antrag vor zwei Jahren von der Gemeindevorstellung zwar zum Beschluß erhoben, aber vom Gemeindevorstand nicht ausgeführt worden sei; aus welchen Gründen, sei ihm nicht bekannt. Die glatte Abweisung des Wahlgeschäftes bei einer Wählerzahl von fast 14 000 sei nur an einem Sonntag möglich, wo sich die Stimmgabe auf die ganze Wahlzeit gleichmäßiger verteile, wie die Sonntagswahlen vor vier Jahren bewiesen hätten, während sich an Wochentagen naturgemäß fast alles auf die Abendstunden zusammendränge. Verschiedene Groß-Berliner Gemeinden seien schon mit Sonntagswahlen vorangegangen und auch die hiesigen Gewerbegerichtswahlen fanden stets Sonntags statt, ohne daß irgendwelche Mißstände zutage getreten seien. Gegen diesen Antrag sprach Herr Westphal, der zwar noch bis zu den Neuwahlen an der äußersten bürgerlichen Linken sitzt, aber wohl schon zu der Einsicht gekommen ist, daß er keine Rätevereinsrolle in der dritten Klasse ausgespielt hat. Bei solch unsicheren Verhältnissen kann die Bekämpfung eines sozialdemokratischen Antrages vielleicht doch von Nutzen sein, falls in der zweiten Klasse Kandidatenmangel herrschen sollte. Der Antrag wurde jetzt von denselben Herren, die ihn vor zwei Jahren annahmen, abgelehnt! Dafür stimmte außer den Sozialdemokraten nur der Demokrat Wahl.

Ein Dachstuhlbrand kam gestern nachmittag in der Schloßstr. 54, Ecke Kurfürstendamm, zum Ausbruch. Als die Steglitzer Feuerwehr anrückte, stand der Dachstuhl des Hauses fast in ganzer Ausdehnung in Flammen. Außer der Ortwehre eilten auch noch die Feuer-

wehren aus Lichterfelde und von der Neuen Photographischen Gesellschaft zur Hilfeleistung herbei. Der Löschangriff erfolgte mit sechs Schlauchleitungen, und zwar drangen die Rohrführer über zwei mechanische Leitern und von den Treppen aus gegen das Feuer vor. Es dauerte aber über vier Stunden, ehe die Lösch- und Aufräumungsarbeiten beendet waren. Der Dachstuhl des Hauses ist fast vollständig zerstört worden. Die Ursache des Brandes ist nicht ermittelt.

In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Städlen unter großem Beifall über „Der Kampf um das Koalitionsrecht“. In trefflicher Weise führte der Redner den Anwehenden die Pläne der Scharfmacher und Junker vor Augen; er zeigte, wie durch den Terrorismus der Unternehmer und Behörden schon jetzt den Arbeitern das Koalitionsrecht geschnitten werde. Die Arbeiterklasse habe deshalb nicht nur den Abwehrkampf zu führen, sondern sie müsse, nach dem Grundsatze, daß die beste Verteidigung der Hieb sei, zum Angriff übergehen und durch einen festeren Zusammenschluß erst ein uneingeschränktes Koalitionsrecht erringen. Nach Annahme einer im Sinne des Referats gehaltenen Resolution forderte der Leiter der Versammlung zum Beitritt in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auf.

Schöneberg.

Die Auswahlgewahl der Arbeitgeber für die Allgemeine Ortskrankenkasse finden am Montag, den 9. Februar, abends von 6 $\frac{1}{2}$ bis 9 Uhr, in der Turnhalle am Warthburgplatz, Apostel-Paulus-Str. 10/11, statt. Anhänger der Innungen und Scharfmacher aller Grade haben sich vereinigt, um den bisherigen Vorstand der Kasse zu beseitigen, der den Vertretern des Geldsacks nicht mit der gebührenden Eifer begegnet haben soll. Aufgabe der Anhänger eines uneingeschränkten Selbstverwaltungsrechts, das den Mitgliedern der Kasse sowie den Angestellten den ihnen gebührenden Schutz gewährt, müssen es daher als ihre Ehrenpflicht betrachten, daß die Liste II bei der Wahl eine erhebliche Stimmenzahl auf sich vereinigt.

Die Wahl ist geheim. Als Legitimation dient für die Arbeitgeber bzw. Dienstherren die Quittung über die zuletzt gezahlten Beiträge; auch werden in der Kasse besondere Legitimationen verabfolgt. Zur Erleichterung des Wohlgeschäfts werden Stimmzettel vor den Wahllokalen ausgegeben. Die Liste II beginnt mit dem Namen Baumler.

Bei der gestrigen Wahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden insgesamt 4357 Stimmen abgegeben. Das Resultat kann erst in einigen Tagen bekanntgegeben werden.

Freie Elternvereinigung. Heute Sonntag, nachmittags Spiel-partie. Treffpunkt $\frac{1}{2}$ Uhr an der Schloßbrauerei, Hauptstraße.

Eine Theatervorstellung, veranstaltet vom Verein für Kunst und Wissenschaft, findet Freitag, den 12. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstr. 121, statt. Zur Aufführung kommt Erich Schläfers „Des Vaktors Riele“. Einlaß-tarten a 60 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevorstellung. Auf Vorschlag des Bürgermeisters B i e s n e r wurden zur Prüfung der gegen die Nichtigkeit der Gemeindevählerliste eingelaufenen Einsprüche ein Ausschuß von drei Mitgliedern eingesetzt, demselben gehört auch unser Genosse P a l l e r an. Die Kassenrevision für Januar ergab einen Bestand von 2 068 025,19 M. einschließlich der zinsbar angelegten Beträge. Die Reuwahl der Armenkommission zeitigte die Neu- resp. Wiederwahl von 10 Bürgerlichen. Unsere Parteigenossen wurden dabei nicht berücksichtigt. Auch der Vorschlag unserer Genossen, einige Frauen in diese Kommission zu wählen, wurde unter recht komisch wirkenden Ausflüchten zurückgewiesen. Notizwerte doch der Bürgermeister seinen ablehnenden Standpunkt damit: es fände davon nichts im Ortsstatut, daß auch Frauen in die Armenkommission gewählt werden dürften. Dem Herrn erwiderte Genosse Schmidt, daß diesem Mangel sehr schnell abgeholfen werden könne, indem man in Verbindung mit der Wahl eine dahingehende Änderung des Ortsstatuts vornehme. Jetzt wurde mit einmütiger Entgegner, daß man doch nicht jahrelang in der Kommission tätige Mitglieder zugunsten einiger Frauen hinausbuggieren könne. In den kommunalsteueraussschuss wurde auch Genosse Schmidt gewählt. Die Beratung der Freizeitung von Beamten und Angestellten von der Krankenversicherungspflicht wurde einer hierfür eingesetzten Kommission überwiesen. Bei der Beratung der Reueinstellung des Schulgeldes für die höheren Lehranstalten teilte der Bürgermeister mit, daß die Genehmigung des Ministers für die Erhebung eines Oberzweigs eingewilligt ist. Während bisher beim Realgymnasium für die Vorschulklassen 100 M. und für die Hauptklassen 140 M., bei der Louise-Henricke-Schule dagegen für die Vorschulklassen 110 M., für die Hauptklassen 130 M. erhoben wurden, sollen vom 1. April d. J. ab bei beiden Anstalten für die Vorschulklassen 110 M. und für die Hauptklassen 140 M. zur Erhebung gelangen. Bei dem Oberzweig beträgt das Schulgeld 150 M. Die auswärtigen Schülerinnen des Gymnasiums zahlen 30 M. mehr. Besuchen drei Kinder aus einer Familie eine der höheren Lehranstalten, so kann auf Antrag das dritte Kind von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden. — Der öffentlichen folgte eine nicht-öffentliche Sitzung.

Handlungsgehilfen, welche in Berlin beschäftigt und 25 Jahre alt sind, können Wahllegitimationen beim Kollegen Strad, Ringbahnstraße 20, erhalten.

Für alle aufgestellten Handlungsgehilfen kann am 16. Februar bei der Wahl in Berlin nur die Liste 2 des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in Betracht kommen.

Lichtenberg.

Gewerbegerichtswahl! Heute Sonntag, von 10—3 Uhr, finden die Arbeitnehmerwahlen zum Gewerbegericht statt. Wer noch nicht im Besitz einer vorgeschriebenen Legitimation ist, kann dieselbe noch heute auf jedem Polizeirevier erhalten.

Die in Berlin und anderen Vororten Wohnenden, aber in Lichtenberg Arbeitenden, haben ebenfalls die Pflicht, ihr Wahlrecht auszuüben. Berliner Gewerkschaftskommission, Adl. Lichtenberg.

Ober-Schöneweide.

Verhört ist in den letzten Tagen im Elisabeth-Hospital der am 21. Januar in der Gummifabrik des Kachelwerks Obersee schwer verunglückte 19jährige Arbeiter Oskar Varkisch. In diesem schweren Unfall wird uns aus Arbeiterkreisen berichtet: Dieser Unfall ist in erster Linie auf das gerade in der Gummifabrik zu einer schweren Gefahr anwachsende Antreibersystem zurückzuführen. So werden speziell die jugendlichen Arbeiter zur Lohndruckerlei verwandt. Die Arbeit, bei welcher der Verunglückte beschäftigt war, wurde bis dato von älteren Arbeitern für 20 Pf. pro Stück hergestellt, während sie jetzt von Jugendlichen für 12 Pf. angefertigt werden sollte. Als der Verunglückte mit den Ketten nicht zurückkam, wurde ihm 3 Tage vor dem Unfall die Entlassung angedroht, wenn er nicht mehr dorthin käme. Der einzige Betriebsärzte ist es denn auch in erster Linie zuzuschreiben, daß die Schutzmaßnahmen nicht in genügender Weise beachtet werden konnten. Gerade die häufigen Unglücksfälle in der Harigummiformerei, darunter in letzter Zeit drei schwere, sollten doch der Betriebsleitung oder der Direktion zu denken geben. Es muß fast wie ein Eingeständnis der Schuld anmuten, wenn Arbeitern verboten wird sich über den Unfall zu unterhalten. Öffentlich trägt dieser schwere Unglücksfall, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, dazu bei, der Betriebsleitung zu zeigen, daß sie sich auf falschem Wege befindet.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevorstellung. Zu Beginn der Sitzung wurde der neue Gemeindevorsteher Dr. Seitzgott eingeführt, dessen Wahl

ja wiederholt Gegenstand einer sehr bewegten Auseinandersetzung war. Wir weisen deshalb auf die an sich belanglose Tatsache hin, weil es der Bürgermeister für richtig hielt, dem Neugewählten den Dank dafür auszusprechen, daß er sich in den Dienst der Gemeinde stellen wollte. Diese Art der Einführung war durchaus am Platze, denn: alle Achtung vor soviel Mut, ein unter so fragwürdigen Umständen zustandekommenes Mandat anzunehmen.

Wie alljährlich, wurden auch heuer die Kanalisationsbeiträge vor der eigentlichen Etatsberatung festgesetzt, weil sie nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts nur erhoben werden dürfen, wenn sie vor Beginn des Rechnungsjahres die erforderliche Genehmigung erhalten haben. Ihre Höhe wurde wiederum auf 4 Proz. bemessen. In einer weiteren Vorlage wurde die Erhöhung des Baufonds für die höhere Schule gefordert. Bewilligt sind bereits für den Grundbesitz 67 000 M.; für ein Direktorenwohnhaus 45 000 M. und zwei Bauräten von insgesamt 1 Million Mark. Dann wurde die Bauveranschlagung für das Direktorenwohnhaus um 10 000 M. erhöht; später wurden 24 000 M. für Beschaffung von Lehrmitteln bewilligt und jetzt endlich, nachdem der Bau soweit fertiggestellt ist, daß er zu Ostern in Benutzung genommen werden soll, merkt man, daß in den Voranschlägen kein Architektenhonorar vorgesehen ist, also weitere 21 000 M. erforderlich sind. Die vorgesehene Dampfheizung wurde des spärlichen Betriebs wegen in eine Warmwasserheizung umgewandelt. Kostenpunkt: 20 000 M. In den Voranschlägen waren ferner „ausreichende Summen für die Inneneinrichtung nicht vorgesehen, in der Annahme“ — bitte nicht zu lachen — „daß diese aus den bestehenden Schulen“ — den Volksschulen! — „zum größten Teil entnommen werden könnten.“ Hier sind abermals 55 000 M. nötig. Alles in allem werden vorläufig noch 115 000 M. gebraucht. Mit einer solchen Summe der Gemeindevertretung zu kommen, erschien dem Gemeindevorstand denn doch zu riskant und man verlegte sich jetzt mit aller Inbrunst aufs Sparen. Es ist die Nachforderung denn auch auf „nur“ 57 000 M. herabgequatscht worden. Interessant wäre es ja, zu erfahren, wie es angefangen wurde, jetzt, nachdem der Bau soweit vollendet ist, 58 000 M. zu sparen. Von einer besonderen Sorgfalt bei Bearbeitung der Projekte kann hier nicht geredet werden.

Zur Speisung bedürftiger Einwohner waren im Haushaltsplan 1000 M. eingestellt. Davon sind jedoch 264 M. für die erste Einrichtung ausgegeben worden. Täglich werden 53 Portionen zumißt an Kinder verabreicht und zwar seit dem 3. November. Um aber die Speisung bis Ende März fortsetzen zu können, sind noch 350 M. erforderlich. Diese wurden auch bewilligt.

Die Renovation der Mitglieder der Schuldeputation führte zu einer längeren Debatte. Nicht, daß man über die Frage geredet hätte, wie den Eltern der Schulkinder ein Einfluß auf die Volksschule verschafft werden könnte. Daran hat man nicht einmal gedacht! Es handelt sich vielmehr darum, auch der Lehrerschaft eine Vertretung zuzubilligen. Das Verlangen ist gewiß berechtigt, in weit höherem Maße sicher, als die Anwesenheit der Pfarrer. Aber auch das trat schließlich in den Hintergrund und die Scene zeigte wieder einmal den Qualmsinn in unserer Gemeindeverwaltung. Es ist geradezu himmelschreiend, was sich da für Zustände herausgebildet haben. Und das schlimmste daran ist, daß sie schließlich zu den schwersten Schädigungen des ganzen Gemeinwesens führen müssen. Den Anlaß zu dem Skandal hat ein Mitglied der „Bürgermeisterfraktion“ gegeben. Ob absichtlich oder nicht, sei dahingestellt. Jedenfalls wurde durch das Doppelschreiben eines Gemeindebeamten erst die ganze Sache auf das Niveau allergeringsten Klatsches gezogen. Man sieht also, immer handelt es sich um einen bestimmten Personenkreis der Gemeindebeamenschaft. Durch den Klatsch wurde dem Beigeordneten Gehobener der tränkliche Vorwurf niedriger Bestimmungshöhelei gemacht. Natürlich suchte er seine Ehre zu wahren, fand aber nur widerwillig beim Bürgermeister Schutz. Deshalb suchte er selbst den Sachverhalt darzustellen. Als er nun das Material der Gemeindeverwaltung vorlegen wollte, wurde er, weil er es dem Bürgermeister nicht vorher unterbreitet hatte, in öffentlicher Sitzung in ganz unqualifizierter Weise angefahren. Mit Recht

erwiderte der Angreifende, daß er sich nicht als den jungen Mann des Bürgermeisters betrachte. Diese Rektion hat der auf seinen Titel so überaus stolze Bürgermeister überreichlich verdient und manah einer hätte sicher noch weit schärfere Worte gebraucht.

Schließlich wurde in geheimer Sitzung die Aufnahme einer Anleihe für das Gaswerk in Höhe von 2 380 000 M. beschlossen, die mit 4 Proz. verzinst werden soll.

Zernsdorf.

Zu einer imposanten Trauerfeier gestaltete sich das Leichenbegängnis des auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Sohnes des Genossen Rosenberg. Die Eltern des ertrunkenen Knaben glaubten auf eine Mitwirkung des Ortsgemeindefiskus verzichten zu müssen; diese Tatsache schien die Geistlichkeit als unerhörte zu empfinden, weshalb sich dieselbe bemühte, namentlich die trauernde Mutter zu einem anderen Entschlusse zu bewegen. Soll doch der Herr Pastor geduldet haben: „Sie werden Ihren Sohn doch nicht wie einen Hund begraben lassen?“ Dem ertrunkenen Lebendretter bereitete die Bevölkerung des Ortes und der weiteren Umgebung ein Leichenbegängnis, wie es weisevoller nicht gedacht werden konnte. Der Arbeitergesangverein sowie ein anwesender Musikchor trugen ihr Teil zu dieser würdigen Feier bei. Und am Grabe gedachte in zu Herzen gehenden Worten Genosse Obst-Schöneberg des jung Verstorbenen, der die rettende Tat mit seinem Leben bezahlte mußte. Daß es aber auch Menschen gibt, die selbst bei so ersten Anlässen gegenüber ihren Mitmenschen Haß und Unduldsamkeit in der kraßesten Form zum Ausdruck bringen, bewies jener Moment, in welchem Genosse Obst mit seiner Rede begann. Wie auf Kommando verließen plötzlich sechs Personen die Trauerversammlung in der Absicht, dieselbe zu stören. Ihr Beginnen war indessen vergeblich. Und die Anwesenden hatten, als der Redner geendet, nur eine Meinung über denselben, nämlich, daß er sich trotz des Vorgefallenen frei hiel von irgendwelchen Angriffen auf Personen, wie man das zuweilen an Gräbern aus berufenem Munde zu hören bekommt.

Oris-Bufors.

Die Jugendbibliothek ist beim Genossen Freudenreich, Hermannstraße 35 (Laden) eröffnet. Beleihung dortselbst kann täglich bis 8 Uhr abends, Sonntags von 12—2 Uhr erfolgen. 260 der besten Jugendschriften stehen den Interessenten zur unentgeltlichen Verfügung. Die Bedingungen, unter denen die Beleihung erfolgt, sind dortselbst zu erfahren.

Nowawes.

Der geplante Bau einer Badeanstalt am Havelufer hat dem Ortsauschuß für nationale Jugendpflege schon manchen Verdruß bereitet, blieben doch auch ihm trotz des begreiflichen Entgegenkommens seitens der Regierung die bei solchen Projekten üblichen langwierigen Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Behörden nicht erspart. Nach dem Bericht in der letzten Hauptversammlung hat der Polizeipräsident seine Erlaubnis zum Bau der Badeanstalt, um deren Errichtung sich die Gemeinde im vorigen Jahre vergeblich bemüht hat, bereits am 24. Dezember v. J. erteilt, so daß mit dem Bau wahrscheinlich im Frühjahr begonnen werden kann. Einen Teil der Baukosten haben der Landrat und der Landesdirektor hergegeben, weitere Zuwendungen erhofft man von der Regierung und der Gemeinde. Daß letztere sich gegen Gewährung eines mitbestimmenden Einflusses hierzu bereitfinden wird, ist wohl kaum zu bezweifeln, handelt es sich doch um eine im Interesse der Volksgesundheit wichtige Einrichtung, die mögliche Förderung verdient. Bedauerlich bleibt es allerdings, daß die Regierung nicht alles versucht hat, um der Gemeinde als Vertreterin aller Schichten der Bevölkerung den Bau der Badeanstalt zu ermöglichen. Es ist dies wiederum eine offensichtliche Förderung der nationalen Jugendpflege und deren Bestrebungen, und zwar unter Rücksicht nicht nur der den Kommunen obliegenden Aufgaben, sondern auch der Interessen des anders denkenden Teils der Orts-

bevölkerung. Die Benutzung der Badeanstalt soll zwar jedermann gegen ein geringes Entgelt gewährt werden, doch hat es der Ortsauschuß in der Hand, ihm nicht genehme Vereine oder Personen auszuschließen.

Spandau.

Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen, welche noch im Besitz von Eintrittskarten zu den vom Bildungsausschuß veranstalteten Theater- und Konzertaufführungen sind, werden dringend ersucht, dieselben bis zum Dienstag, den 10. Februar, bei dem Genossen Kotschorek, Frobenstr. 14/15, abzugeben.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Väcker-Waldmannstr. Montag, den 9. Februar, abends 7½ Uhr, im Gemeindebureau, Kurhausstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen-Ordnung. Der Kursus über Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts beginnt heute abend 6 Uhr im Jugendheim Friedrichshagen, Friedr. Str. 60, 2. Hof part.

Schöneberg. Sonntag, den 8. Februar, abends 6 Uhr, Vortrag über „Die Arbeiterjugend im Wirtschaftsleben.“ Referentin: Frau Kathilde Sturm-Berlin.

Pöfssale der Graveure, Zislerre und verw. Berufsgenossen in Berlin tagt jeden zweiten Montag im Monat, abends von 8—10 Uhr, im Restaurant Kalkauer 1.

Allgemeine Familienverbände. Heute Zahl- und Aufnahmeitag von 3—6 Uhr im Restaurant Kalkauer 122.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (S. a. G.) zu Hamburg. Filiale Adlershof. Heute Sonntag, den 8. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Töpfer: Waßl des Kaffeehaus und der Revioren.

Witterungsbericht vom 7. Februar 1914.

Stationen	Temperatur höchst	Temperatur niedrigst	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Witterungs- verhältnisse	Stationen	Temperatur höchst	Temperatur niedrigst	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Witterungs- verhältnisse
Eintriede	764	8	1	Dunst	2		Gabarrando	768	8	2	Wolken	—	24
Hamburg	763	8	2	Wolken	1		Petersburg	761	8	1	bedeckt	—	5
Berlin	765	8	1	heiter	4		Stilla	749	8	7	bedeckt	—	8
Frankf. a. M.	767	8	1	Dunst	3		Wberden	749	8	3	Wolken	—	3
Wilmersd.	770	8	1	Wolken	5		Paris	762	8	3	bedeckt	—	4
Wien	770	8	1	Rebel	8								

Wetterprognose für Sonntag, den 8. Februar 1914.

Troden und vielfach heiter, zeitweise etwas neblig, nachts geföhrt Frost, am Tage mild bei mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	6. 2.	5. 2.	6. 2.	5. 2.		6. 2.	5. 2.	6. 2.	5. 2.
Remel, Mühl	669	—14	669	—14	Saale, Großitz	188	—7	188	—7
Bregel, Annerburg	428	—3	428	—3	Gabel, Spandau	94	—2	94	—2
Reichel, Thorn	205	+3	205	+3	Kalbenow	108	+5	108	+5
Oder, Kattbör	158	+6	158	+6	Spree, Spremberg	100	—5	100	—5
Strosen	152	+1	152	+1	Breslow	126	—2	126	—2
Frankfurt	256	—5	256	—5	Weser, Ründen	147	—6	147	—6
Wartbe, Schirrm	164	—12	164	—12	Weser, Ründen	24	—4	24	—4
Landesberg	287	—1	287	—1	Weser, Maximiliansau	334	—2	334	—2
Rehe, Borsdamm	76	—1	76	—1	Raub	158	—3	158	—3
Elbe, Zeitmeritz	82	—10	82	—10	Rhein	156	—5	156	—5
Bredben	150	—1	150	—1	Weser, Deilbrom	74	—1	74	—1
Barby	120	—1	120	—1	Rhein, Conau	273	—13	273	—13
Magdeburg	91	—2	91	—2	Weser, Exier	87	—2	87	—2

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel, — *) Hochstand, *) Eisstopfung, — *) Grundbeis, — *) Abgang — *) Treibeis.

Weisse Woche

Unsere

beginnt Montag,
den 9. Februar

Diese nur einmal jährlich stattfindende Veranstaltung bringt in allen Abteilungen unseres Kaufhauses

Gewaltige Mengen weisser Waren

zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen.

Wäschestoffe

Hemdentuch	ca. 82 cm br.	Mtr.	22, 28, 32 Pt.
Louisianatuch	ca. 82 cm br.	Mtr.	28, 38, 50 Pt.
Renforcé	ca. 82 cm br.	Mtr.	35, 48, 60 Pt.
Madapolam	ca. 82 cm br.	Mtr.	48, 60, 70 Pt.
Croisébarchent	ca. 80 cm br.	Mtr.	35, 55, 78 Pt.

Bettwäschestoffe

Louisianatuch	ca. 130 cm br.	Mtr.	75, 90 Pt. 1 ⁰⁰
Bettsatin	ca. 80 cm br.	Mtr.	55, 65, 75 Pt.
Bettsatin	ca. 130 cm br.	Mtr.	90 Pt. 1 ¹⁰ 1 ²⁵
Bettendamast	80 cm breit	Mtr.	60, 90 Pt. 1 ¹⁰
Bettendamast	ca. 130 cm breit	Mtr.	98 Pt. 1 ⁴⁵ 1 ⁷⁰

Fertige Bettwäsche

Bettzüge Deckbett und 2 Klassen	3 ³⁵ 3 ⁹⁵ 4 ⁹⁰
Linonbezüge Deckbett und 2 Klassen	5 ⁴⁵ 7 ⁰⁰ 8 ⁵⁰
Dimitibezüge Deckbett und 2 Klassen	6 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ 8 ⁵⁰
Damasbezüge Deckbett u. 2 Klassen	5 ⁵⁰ 6 ⁹⁰ 8 ⁷⁵
Dauwaslaken ganze Bettbreite	1 ¹⁰ 1 ⁴⁵ 1 ⁸⁵

Handtücher

Dreihandtücher	1/4 Dtz.	1 ⁴⁸ 2 ²⁵ 2 ⁹⁵ 3 ⁷⁵
Jacquardhandtücher	1/4 Dtz.	2 ⁴⁵ 2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵ 4 ²⁵
Gerstenkornhandtücher	1/4 Dtz.	1 ⁵⁰ 1 ⁹⁵ 2 ⁵⁰ 3 ⁹⁰
Alteutsche Handtücher	1/4 Dtz.	1 ⁴⁸ 2 ²⁵ 2 ⁸⁰ 3 ³⁰
Rolltücher	Stück	95 Pt. 1 ²⁰ 1 ⁴⁵ 1 ⁹⁵

Tisch-Wäsche

Jacquard-Tischtücher				
110/120	110/130	110/145	120/130	130/135
98 Pt.	1 ²⁵	1 ⁶⁵	2 ⁴⁵	2 ⁷⁵ 1/4 Dtz. 1 ⁹⁵

Gefleht Jacquard			
110/130	130/130	130/2 5	Servietten
2 ²⁵	2 ⁷⁵	3 ⁸⁵	1/4 Dtz. 2 ⁹⁰

Hausmacher-Jacquard				
130/130	130/165	130/225	130/270	160/220
2 ⁸⁵	3 ⁸⁵	5 ²⁵	6 ⁹⁰ 9 ⁵⁰	1/4 Dtz. 3 ⁴⁵

Damenwäsche

Damenhemden	Achselschluss	1 ⁷⁵ 1 ²⁵ 90 Pt.
Phantasiehemden	m. Stöcker	2 ²⁵ 1 ²⁵ 90 Pt.
Knieeinkleider	mit Stöcker	1 ⁹⁵ 1 ²⁵ 90 Pt.
Nachtjacken	m. Stöcker und Jogekragen	1 ⁸⁵ 1 ²⁵ 90 Pt.
Untertailen	mit Stöcker	1 ⁷⁵ 1 ²⁵ 85 Pt.
Prinzessunterröcke		5 ⁵⁰ 3 ⁷⁵
Hemd und Beinkleid	Garnitur	4 ⁰⁰ 2 ⁹⁵
Damenunterröcke	mit Volant und Seidenband	3 ⁸⁵ 2 ⁷⁵

Weisse Kleiderstoffe

Reinwollene Cheviots	doppeltbreit	Mtr.	68 Pt.
Reinwollene Popelino	ca. 110 cm breit	Mtr.	98 Pt.
Seidenglänzende Stoffe	doppeltbreit	Mtr.	50 Pt.
Wollbatiste	ca. 110 cm breit	Mtr.	80 Pt.
Reinwollene Voiles	ca. 110 cm breit	Mtr.	85 Pt.
Elegante Ballstoffe	imit. Seide, dopp.	Mtr.	95 Pt.
Wasch-Crêpelines	gute Qualität	Mtr.	45 Pt.

Reinseid. Crêpe de Chine „Illusion“	Mtr.	95 Pt.
Reinseid. Japon-Messaline	60 cm breit	Mtr. 75 Pt.
Reinseidene Duchesse-Messaline	Mtr.	1 ¹⁵
Reinseidene Damassés	Mtr.	95 Pt.
Stöckerei-Volants für Kinderkleider	Mtr.	50 Pt.
Stöckerei-Volants	120 cm breit	Mtr. 95 Pt.
Elegante Frottiés einfarb.	120 cm br., Mtr.	1 ¹⁰

Weisse Konfektion

Seidenbatist-Blusen	mit Stöckerei und Einnähen	1 ⁴⁵ 95 Pt.
Voile-Blusen	Geishaform mit farbigen Schal	3 ⁹⁵ 2 ⁷⁵
Seidenbatist-Kleider	moder	5 ⁸⁵ 3 ⁹⁵
Voile-Kleider	reich bestickt mit moderner Tunika	16 ⁸⁵ 9 ⁹⁵
Einssegnungskleider	aus reinwollenen Popelino und Seidenstöckerei	18 ⁵⁰ 12 ⁹⁵

Spitzen

Valenciennes	bis 18 cm breit	35, 25 u. 12 Pt.
Seidene Chantillyspitzen	weiss, ca. 1/2 cm breit	35 Pt.
Valenciennes-Volants	Serie II	90, Serie II
Gr. Spitz.-Rest	2 Auswuch, jeder Rest enth. 2 Mtr.	25 u. 10 Pt.

Weisse Oberhemden	mit franz. wech. Pique - Einsatz, ia Renforcé-Kumpfalloff, St. 4 90, 3 85,	2.85
Aussergewöhnl. Angebot	Narrenkragen eleg. mod. Formen, grösstent 4fach Leinen, 6 Stück	95 Pt.

Weisse lange Damen-Handschuhe	elegante Blumenmuster	38 Pt.
Korsetts	Directoireform, mit Strumpfhaltern aus weissem Satindrell, Stück	1.90

Weisswaren

Ein Tüll- u. Spitzenbäffchen	Stück	18 Pt.
Weisse Waschgürtel	für Damen, Stück	35 Pt.
Eleg. Perl-Ueberkleider	Stück	13 ⁵⁰ u. 8 ⁷⁵ u.
Gr. pliss. Tüllfichus	selbstauswuch jeder Fichus	75, 48 Pt.

Kaufhaus Singer & Co Chausseest. 61-62

Zur gefl. Orientierung sind fast alle hier angebotenen Waren in unseren Schaufenstern zur Ansicht ausgestellt

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel. Bez. 188.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der **Wahlwirt**
Wilhelm Bruhn
Schleifgasse Str. 15, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 8. Februar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle des
Thomas-Kirchhofes in Neukölln,
Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
21176 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten und Be-
sagten die traurige Nachricht,
daß mein lieber Mann, unser
guter Vater, der **Zigarrenhändler**
Wilhelm Schwarzer
Bornsdorfer Str. 15, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 9. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
21176 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 818.
Am Freitag, den 6. Februar,
verstarb unser Genosse, der
Handelsmann
Ernst Müller
(Sohnstr. 17).
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am
Montag, den 9. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, im Krematorium,
Berlinsdamm, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Lederarbeiter
Zentrale Berlin I.
Hierdurch den Kollegen zur
Kenntnis, daß unser Mitglied, der
Bekleidungs-
Ernst Müller
im Alter von 58 Jahren am
6. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am
Montag, den 9. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, im Krematorium,
Berlinsdamm, statt.
Um zahlreiches Beiseit ersucht
13474 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 6. Februar verstarb unsere
Bartstube-
Marie Marquardt
Scaalestr. 15, 12. Bezirk.
Ehre ihrem Andenken!
Die Einäscherung findet am
Montag, den 9. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, im Krematorium
zu Treptow statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Nachricht,
daß meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Groß- u. Schwieger-
mutter, Schwester, Schwieger-
tochter, Schwägerin und Tante
Marie Marquardt
geb. **Schneider** im Alter von
49 Jahren am Freitag, den 6. Fe-
bruar 1914 nach schwerem Leiden
um 9^{1/2} Uhr früh sanft ent-
schlafen ist. 8315
Die Einäscherung findet Mont-
tag, den 9. Februar 1914, nachm.
3 Uhr, im Krematorium Treptow-
Baumschulenweg, Stieholzstraße,
statt.
Neukölln, Scaalestr. 15,
den 6. Februar 1914.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen,
Kranzgebenden dankend verbeuten.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß am
2. Februar meine innigstgeliebte
Frau, Mutter und Schwester
Frieda Wussow
im Alter von 19 Jahren an Herz-
schlag gestorben ist. 8325
August Wussow. Familie Koppke.
Beerdigung morgen Montag,
nachm. 4 Uhr, auf dem Bartholo-
mäus-Kirchhof in Weihensee,
Häufelbergstraße.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß mein lieber Mann, unser
guter Vater, Bruder, Schwager
und Onkel
Adolf Kammer
nach langem, schwerem Leiden
im Alter von 42 Jahren ver-
storben ist.
Dies zeigen tiefbetrubt an
Witwe **M. Kammer**
geb. **Schmidt**
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Montag,
den 9. Februar, nachmittags 4 Uhr,
von der Halle in Stahnsdorf aus
statt. 11991

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Gruppe III.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Adolf Kammer
Sidingenstr. 12, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 9. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Südwest-Friedhofes in
Stahnsdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
25074 **Der Vorstand.**

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Zentrale Groß-Berlin.
Unsern Mitgliedern zur Nach-
richt, daß der Kollege
Adolf Kammer
welcher im Charlottenburger Gas-
werk II beschäftigt war, im Alter
von 39 Jahren gestorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Bestattung findet am
Montag, den 9. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Südwest-Kirchhofes in
Stahnsdorf aus statt.
8396 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Paul Gulke
Kärlersstr. 13, am 5. d. Mts.
an Lungenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. Februar, nach-
mittags 12^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Nazareth-Kirch-
hofes in Reinickendorf aus statt.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß unser Mitglied,
der Schlosser
Otto Seyffert
Tegel, Schöneberger Straße, am
6. d. Mts. an Bluterkrankung.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 9. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Tegeler Gemeinde-
Friedhofes aus statt.
Herner starb unser Mitglied,
der Formier
Oskar Besler
Neukölln, Hermannstr. 126, am
7. d. Mts. an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 10. Februar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Gemeinde-Kirch-
hofes in Neukölln, Mariendorfer
Weg, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
11210 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Maler, Lackierer,
Anstreicher usw.
Zentrale Berlin.
Küchenmöbel-Branche.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß am 6. Februar der Kollege
Hermann Trinter
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 9. d. Mts., nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle
des Gemeinde-Friedhofes, Weihen-
see, aus statt. 13678
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Verwandten
und Bekannten zur Nachricht,
daß am Sonntag, den 7. Februar,
früh 1 Uhr, sanft nach langem,
schwerem Leiden meine innigst-
geliebte Frau und gute Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter,
Schwester, Schwägerin und Tante
Ida Dwillat
geb. **Jeschien**
Rüdersdorfer Straße 61 II
im 63. Lebensjahre entschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrubt an
Hermann Dwillat,
Max Schulz,
Käthe Schulz geb. **Dwillat,**
Herta Schulz.
Die Beerdigung findet Dienst-
tag, den 10. Februar, nachmittags
3 Uhr, auf dem St. Georgen-
Kirchhof, Landberger Allee, von
der Leichenhalle aus statt. 8466

Hiermit die traurige Nachricht,
daß meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Groß- u. Schwieger-
mutter, Schwester, Schwieger-
tochter, Schwägerin und Tante
Marie Marquardt
geb. **Schneider** im Alter von
49 Jahren am Freitag, den 6. Fe-
bruar 1914 nach schwerem Leiden
um 9^{1/2} Uhr früh sanft ent-
schlafen ist. 8315
Die Einäscherung findet Mont-
tag, den 9. Februar 1914, nachm.
3 Uhr, im Krematorium Treptow-
Baumschulenweg, Stieholzstraße,
statt.
Neukölln, Scaalestr. 15,
den 6. Februar 1914.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen,
Kranzgebenden dankend verbeuten.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bezirk Tegel.
Am Freitag, den 6. Februar,
nachmittags 1 Uhr, verstarb im
23. Lebensjahre unser Genosse,
der Schlosser
Otto Seyffert.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag,
den 9. Februar, nachmittags 4 Uhr,
von der Halle des Tegeler Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
1472 **Die Bezirksleitung.**

Am 5. Februar verstarb unser
Kollege, der Maschinenbauer
Fr. August Höde
Neukölln, Scaalestr. 70.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet heute,
Sonntag, nachmittags 3^{1/2} Uhr,
im Krematorium zu Treptow
statt. 8305
Die Kollegen der Allg. O.-K.
der Stadt Berlin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zentrale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Alfred Bunk
Neukölln, Beilstraße 35, im Alter
von 22 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 9. Februar, nach-
mittags 1^{1/2} Uhr, vom Trauer-
hause aus auf dem neuen Jakob-
Kirchhof, Hermannstraße, statt.
8392 **Die Ortsverwaltung.**

Verband d. Brauerei- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern diese zur Nach-
richt, daß der Kollege
Albert Kulow
Brauereikönigsplatz, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Geleiser-
Kirchhofes in Himmelsburg, Süd-
straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Schwieger- und
Großmutter
Ottile Oestreich
am 6. Februar, früh 1 Uhr, sanft
entschlafen ist.
Um stille Beileid bitten
Wilhelm Oestreich und Kinder.
Die Beerdigung findet am
Montag, nachmittags 4 Uhr, von
der Halle des St. Thomas-Kirch-
hofes aus statt.

Frauen - Sterbekasse von Mit-
gliedern der Zentral-Kranken-
und Sterbekasse der deutschen
Wagenbauer (V. a. G.).
Ortsverwaltung Berlin 11.
Am Freitag, den 6. Februar,
verstarb nach langem, schwerem
Leiden unser Mitglied Frau
Anna Knospe
im 48. Lebensjahre.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 10. Februar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung wird gebeten.
9576 **Die Ortsverwaltung.**

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Liebe, welche uns bei
dem Dahinscheiden unseres geliebten
Sohnes **Werner** zu teil
wurde, sagen wir hiermit allen
unseren herzlichsten Dank. 12978
Albert Danne und Frau nebst
Tochter.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzsendungen bei der
Beerdigung unseres geliebten Sohnes
Hans Lefebvre
sagen wir dem Wahlverein des hiesigen
Kreises, dem Holzarbeiterverband,
den Kollegen der Firma Goll u. Sto.,
Alexanderstr. 105-106 sowie den
Mitgliedern des Hauses Grünauer Str. 3
unseren herzlichsten Dank.
Die tieftrauernden Eltern.

Koche mit Knorr

Montag: Knorr-Weibertreusuppe
Dienstag: " Rumpfsuppe
Mittwoch: Knorr-Eiersternchensuppe
Donnerstag: " Tapiotasuppe
Freitag: Knorr-Beflügelssuppe
Sonntag: " Tomatensuppe
Sonntag: Knorr-Pilsuppe

48 Sorten Knorr-Suppen
1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.



Mit wenigen
Briketts ein behaglich durch-
wärmtes Heim!

Gardinen besonders billig
kaufen Sie in unserem
Inventur - Ausverkauf!
Große Posten Gardinen aller Art
Restbestände — 1 bis 4 Fenster Tüllgardinen
Tüll-Stores — Tüll-Künstler-Gardinen
Allovernet-Fensterdekorationen
Etamin-Garnituren — Halb-Stores
Bettedecken — Scheiben-Gardinen

Vertrieb von Erzeugnissen
sächs. Gardinen - Fabriken
Johann Pellot Co. Kommandit-Gesellschaft.
Verkaufsstellen nur:
C. Rosenthaler Straße 2, am
Rosenthaler Tor
S. Oranien-Straße 37, nahe
Oranien-Platz
S. Kottbusor Damm 65, (Neu-
kölln) nahe Hermannpl.
N. Schönhauser Allee 83, Hochbahnstation Nordring.
O. Gr. Frankfurter Straße 5-8,
Ecke Frucht-Straße
O. Niederharnim-Straße 13,
Ecke Boxhagener Straße
O. Grüner Weg 28, gegenüber
der Markthalle

Die reellsten und solidesten
MÖBEL
Liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger
seit 36 Jahren die Straße 5,
mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenspreisen
und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung.
Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen
von 240 bis 10000 M. am Lager.

Letzte Woche!
Inventur-Verkauf!
Diverse Artikel bis 40% herab-
gesetzt!
Ein Posten neuester
Prima-Bouclé-
Teppiche
Größe ca. M. bisher
165/235 cm 19⁷⁵ (27.00)
200/300 cm 31⁵⁰ (45.00)
250/350 cm 46⁵⁰ (65.00)
300/400 cm 74⁵⁰ (107.50)

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158

Inventur-
Extraliste u. Katalog
enorm billiger Sonderangebote
(500 Abbild.) gratis und franko.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
Liefert schnell und billig **Paul**
Gross, Lindenstr. 69, Tel. 30pl. 7203

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 60, 36 M
Smoking-Anzüge 60, 50, 50 M
Cutaway u. Weste 65, 50, 38 M
Beinkleider 18, 15, 12, 10, 8 M
Fertige schwarze Kleidung
für Knaben und Junglinge
in größter Auswahl
Feine Maß-Anfertigung
in ca. 10 Stunden

Baer Sohn
Kleider - Werke
Berlin, Geogr. 191.
Chausseest. 20-30,
11, Brückenstraße 11,
Gr. Frankfurter Str. 28,
Schöneberg, Kaulstr. 10.

Arbeitermöbel
Die Arbeiterwohnung im Gemein-
schaftsbaue ist geschaffen. Es können
die Möbel aber an jedem Wochenende
bis 7 Uhr abends in der Fabrik (mit
Wohnung von 1/2-1/2 Uhr)
20 Zeughofstraße 20
bestellt werden.
Sonntags nur nach vorheriger
Anmeldung. Teilzahlungen werden
zu den bekannten Bedingungen ge-
währt.

Spezialarzt
f. Haut, Gyn., Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Weintraube jeder
Art, Ehrlich'sche Kuren in
u. Go. fong.
Dr. Homeyer
Laborat. I
Blut-
untersuchung, Gaben i. Darm u. u.
gegenüber
Friedrichstr. 81, Panoptikum
Ept. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Möbel-
Ausstellung
Ausstellung von neuzeitlichen
Ein- und Zweizimmer-Einrich-
tungen i. schlechter gediegener
Geschmacksrichtung unter Ber-
ücksichtigung der Bestrebun-
gen der Kommission für vor-
bildl. Arbeiterwohnungen in
Höfner's Möbel-Engroshaus
Berlin N. 201.
Vateranenstr. 11, 12, 13.
Besichtigung frei.
Abgabe der kompl. Einrich-
tungen sowie einzelner Stücke
zu ganz mäßigen Preisen.

Sturmsszenen im Landtag.

21. Sitzung, Sonnabend, den 7. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Weseler.

Einzelberatung des Justizetats.

Die bürgerlichen Abgeordneten des Ruhrreviers beantragen eine Neuerteilung der Landgerichtsbezirke im westfälischen Industriegebiet. Der Minister spricht sein Wohlwollen für diesen Antrag aus.

Abg. Huc (Soz.):

Kritisiert die Unzulänglichkeit des Gerichtswesens im Ruhrgebiet. Gerade die Streikprozesse im Ruhrgebiet haben die Gefahr einer Überanstrengung der Richter deutlich erwiesen. Man hat dem Gerichtspersonal wahre Pferdekurzen zugemutet; besonders in den anormalen Zeiten einer steigenden Arbeiterbewegung hat man ein Galoppverfahren eingeschlagen, und eine derartige Justizpflege muß selbst erfahrenen Juristen die Haare zu Berge stehen lassen. Wir sind für diese Anträge.

Beim Kapitel „Land- und Amtsgerichte“ bringen zunächst einige Abgeordnete lokale Wünsche nach Errichtung von Gerichten usw. vor.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Bespricht den Fall der wegen Anstiftung zum Gattenmord verurteilten und im Zuchthaus sitzenden Witwe Hamm aus Pflandersbach. Man hat hier gestern den kapitalgewaltigen Krupp verteidigt, in dessen Interesse das Wolffsche Telegraphenbureau die Presseberichterstattung beeinflusst hat. (Vizepräsident Dr. v. Krause ermahnt den Redner, jetzt nicht die Rechtsprechung im allgemeinen zu kritisieren, da das zur Generaldebatte gehöre und ruft ihn zur Sache). Gestern hat der Justizminister mit einigen von keiner Sachkenntnis getränkten Worten die Korruption bei Krupp in Schutz genommen und auf der anderen Seite hat er die Rehabilitation der unschuldig verurteilten Witwe Hamm abgelehnt.

Vizepräsident Dr. v. Krause:

(den Redner unterbrechend): Ich möchte Ihnen nicht gern das Wort abschneiden, aber Sie können beim Titel Amts- und Landgerichte den Fall Hamm nicht mehr allgemein besprechen. Das gehörte in die Generaldebatte.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der Fall Hamm schreit geradezu nach Gerechtigkeit. Ich mache den Präsidenten darauf aufmerksam, daß ja auch früher bei diesem Titel Einzelfälle erörtert worden sind.

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Ich werde als Präsident nach der Geschäftsordnung die Erörterung dieses Falles nicht zulassen. Sie haben ja die Möglichkeit, ihn in der dritten Lesung des Justizetats bei der Generaldebatte vorzubringen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Nein! Auf jeden Tag kommt es an. Ich appelliere an den Gerechtigkeitssinn des Hauses und bitte den Präsidenten, das Haus zu befragen.

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Das ist zulässig, ich befrage das Haus. Wegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Fortschrittler beschließt das Haus die Erörterung des Falles Hamm bei dem zur Debatte stehenden Titel nicht zuzulassen. (Lärm und lebhaftes Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Frage des Vizepräsidenten, wer die Psalmen ausgestoßen habe, melden sich solidarisch die sozialdemokratischen Abgeordneten Adolff und Paul Hoffmann, Hofer, Ströbel, Braun und Haenisch. Sie werden insgesamt vom Vizepräsidenten zur Ordnung gerufen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

steigt mit dem Ausruf von der Tribüne: Sie haben sich zur Kruppkorruption bekümmert! (Große Unruhe rechts, von sozialdemokratischer Seite lebhaftes Entwidern; die weiteren Worte Dr. Liebknechts bleiben in dem Lärm unverständlich.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Mit dieser Bemerkung haben Sie gegen die Würde des Hauses verstoßen, ich rufe Sie dafür zur Ordnung! (Weißlall bei der Mehrheit, große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cassel (Sp.) [zur Geschäftsordnung]:

Ich hatte die Absicht, bei diesem Titel über die Ernennung von Assessoren zu Landrichtern im letzten Etatsjahr zu sprechen. Sollte auch das nach der Entscheidung des Hauses als eine allgemeine Frage aus der Spezialdebatte ausscheiden, so muß ich darüber aufgestellt werden. Die frühere Praxis des Hauses aber gestattete die Behandlung einer solchen allgemeinen Frage bei diesem Titel. (Lebhafte Bravo! links und bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Im Hinblick auf die von dem Hause ausgesprochene Auffassung kann ich jetzt eine solche Erörterung nicht zulassen. (Zurufe der Sozialdemokraten: Landwirtschaftsetat!)

Abg. Cassel (Sp.):

Ich behalte mir vor, die Praxis des Hauses in früheren Jahren aus den Akten nachzuweisen und gelegentlich Geschäftsordnungsanträge zu stellen. Nach der Erklärung des Präsidenten muß ich auf das Wort verzichten. (Hört! hört! links.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

(zur Geschäftsordnung): Den Ausführungen des Abg. Cassel schließe ich mich an. Würden Sie die Sitzung nur auf eine halbe Stunde vertragen, so würden wir Ihnen aus drei hundert Händen den Beweis führen können, daß derartige Erörterungen von Einzelfällen in der Spezialdebatte nach der früheren Praxis zulässig gewesen sind. Dr. Liebknecht hat ja bereits bei der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß er den Fall Hamm in der Spezialdebatte erörtern will. Warum hat man ihn denn nicht rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß seine Absicht mit der Geschäftsordnung nicht vereinbar sein wird? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So wie Sie es jetzt machen, ist es eine Vergewaltigung.

(Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.) Ihnen ist es ja un bequem, daß an dieser Stelle der Fall der Frau Hamm behandelt werden soll, die unschuldig im Gefängnis sitzt. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Gernern Sie sich doch an die Generaldebatte des Landwirtschaftsetats, da durfte der Abg. Dr. Hahn beim Titel Obst- und Gemüsehau über alles Wichtige sprechen. Wenn Sie sich nach außen hin noch mehr als zuvor kompromittieren wollen, dann tun Sie es auf Ihre Verantwortung hin! Das ist Ihre Anstand! (Große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Ich bitte doch, Herr Abgeordneter, sich zu mäßigen. Dem Hause wie mir liegt eine Vergewaltigung des Hauses vollkommen

fern. Ich habe lediglich die Pflicht als Präsident, die Geschäftsordnung und die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten (Zuruf des Abg. Ad. Hoffmann: Sie haben ja die Unordnung hervorgerufen! — Heiterkeit links, Lärm rechts). Ich bitte Sie, eine derartige Kritik, die mit dem Ansehen des Hauses nicht vereinbar ist, zu unterlassen.

Abg. Braun (Soz.):

Ich will über die Gehälter der Richter an den Land- und Amtsgerichten sprechen; wenn ich die Gehälter bewilligen soll, muß ich die Tätigkeit dieser Beamten prüfen können. In früheren Jahren ist bei diesem Titel sogar eine große Debatte über das Ausmaß der Gehälter geführt worden. Denn früher wurde die Geschäftsordnung anders als heute gehandhabt. Der Abg. Delbrück hat in der Generaldebatte über Klassenjustiz gesprochen... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Ich bitte Sie nochmals nachdrücklich, die Einteilung in eine allgemeine und eine besondere Diskussion zu beachten. Hier haben sich alle Redner streng an die zur Beratung stehende Materie gehalten. Es geht doch nicht an, daß die Herren jetzt noch einmal die allgemeine Debatte hier eröffnen wollen.

Abg. Braun (Soz.):

Es kann doch nicht ein jeder Redner bei diesem Titel neue Amtsgerichte und Richterstellen verlangen. Wir müssen doch bei der Bewilligung der Gehälter der Richter ihre Tätigkeit einer Kritik unterziehen dürfen. (Glocke des Präsidenten.) Zwischenruf von den Sozialdemokraten: Weiterreden! Deswegen muß ich auf die Ausführungen des Abg. Delbrück über die Klassenjustiz... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Ich wiederhole noch einmal, daß es unzulässig ist, jetzt in der Spezialberatung nochmals zu der Klassenjustiz zu sprechen. Ich rufe Sie zur Sache.

Abg. Braun (Soz.):

Ich bin überzeugt, daß ich zur Sache spreche, wenn ich die Klassenjustiz unserer Richter behandle.

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Die Klassenjustiz ist Sache der allgemeinen Besprechung. Wenn Sie wieder darauf zurückkommen wollen, muß ich das Haus nochmals befragen. — Der Vizepräsident teilt weiter mit, daß inzwischen ein Antrag des Abg. Dr. Liebknecht eingegangen ist, durch welchen der Minister ersucht wird, den Staatsanwalt anzuweisen, die Witwe Hamm in Pflandersbach aus der Haft zu entlassen.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.) [zur Geschäftsordnung]:

Der Herr Vizepräsident befindet sich durchaus im Irrtum; denn mein Kollege Haenisch hat gestern selbst bei einem einzelnen Titel ausführlich einen besonderen Fall zur Sprache gebracht. Ich könnte noch viele einzelne Fälle aus früherer Zeit anführen, durch welche die neue Praxis des Vizepräsidenten widerlegt wird. Mit dieser neuen Praxis fördert man auch nicht die Arbeiten dieses Hauses und man zwingt uns, in Zukunft alle Einzelfälle bei der Generaldebatte vorzubringen. Im vorigen Jahre ist von einer Generaldebatte über den Kultusetat ganz Abstand genommen worden, die Einzelfälle sollten bei den einzelnen Titeln behandelt werden. Heute geschieht das Gegenteil. Das ist eine Gewalttat. (Lebhafte Widerspruch rechts und in der Mitte.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Ihre Worte machen keinen Eindruck, denn Sie provozieren das Haus. (Zurufe der Sozialdemokraten: Man provoziert uns!) Beim vorjährigen Kultusetat hat eine allgemeine Besprechung nicht stattgefunden. Das damalige Vorgehen spricht gerade für den Vizepräsidenten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Indem wir den Etat beraten, üben wir das Budgetrecht aus und zwar dadurch, daß wir die einzelnen Gehälter und Positionen bewilligen oder ablehnen. Wenn wir die Gehälter bewilligen sollen, müssen wir selbstverständlich das Recht haben, über die Tätigkeit der Beamten, denen wir die Gehälter bewilligen, Rechenschaft zu verlangen. Deswegen muß eine Beratung der einzelnen Positionen erfolgen. Beim Titel Ministergehalt stand die gesamte Justiz zur Debatte, weil der Minister die Verantwortung für die gesamte Justiz trägt. Dementsprechend steht bei dem Titel Land- und Amtsgerichte die Tätigkeit der Land- und Amtsgerichte zur Debatte. Wir brauchen ja nur einfach den Antrag zu stellen, das Gehalt der Amtsrichter nicht zu bewilligen und dann muß uns Gelegenheit gegeben werden, unseren Antrag zu begründen. Gerade die Möglichkeit eines solchen Antrages beweist aber, daß der Standpunkt des Vizepräsidenten gar nicht haltbar ist. Das Verhalten der Mehrheit des Hauses ist unlogisch und es widerspricht der Praxis, die bisher hier gelbt wurde. Ich selber habe im Jahre 1912 bei einem einzelnen Titel ausführlich den Fall Herrmann behandelt und ebenso ist im Jahre 1911 bei demselben Titel, den wir jetzt beraten, der Essener Meineidsprozess und der Woabiter Prozess zur Sprache gekommen. Der Vizepräsident gibt also der Geschäftsordnung eine unzulässige Interpretation.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Wenn wir bei dieser Gelegenheit lebhaft werden, so ist das kein Wunder, denn wir haben eben kein Fischblut in den Adern; auch haben wir hier nicht die Macht. Sätten wir die Macht, dann würden wir einfach abstimmen. Die Ausführungen des Vizepräsidenten sind unzutreffend. Wir haben unbedingt das Recht, in der Spezialberatung Einzelfälle zur Sprache zu bringen. So ist es auch früher gehandhabt worden. Ich gebe ja zu, daß es für die Mehrheit recht peinlich ist, jetzt den Vizepräsidenten zu desavouieren. Aber wir wollen auf unser Recht nicht verzichten. Und ich weiß genau, daß Sie (nach rechts) dem Vizepräsidenten innerlich nicht Recht geben.

Abg. Cassel (Sp.):

Der Ansicht des Vizepräsidenten kann ich mich nicht anschließen. Sein Rückblick auf frühere Fälle ist unzutreffend. Auch früher haben wir nach der Generaldebatte bei den einzelnen Kapiteln allgemeine Fragen behandelt. Wenn der Gegenstand innerhalb des Etatitels erwähnt ist, muß er auch jetzt zur Sprache gebracht werden.

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Dann könnten wir ja bei jedem einzelnen Titel die ganze Generaldebatte erneuern. Das können Sie nicht für zulässig halten. Wenn es in früheren Fällen geschehen ist, darf man es nicht verallgemeinern. Ich richte daher an das Haus die Frage, ob es ein solches Verfahren für zulässig hält.

Abg. Ströbel (Soz.):

Die Befürchtung, daß wir bei einem einzelnen Titel die Generaldebatte wieder heraufbeschwören wollten, ist ganz ungerechtfertigt, denn wir heißen nicht alle Diederich Hahn. (Sehr gut!)

(links.) Wenn der Präsident die Stenogramme durchfließt, wird er finden, daß wir uns durchaus beschränken und unsere Haltung mit der Praxis des Hauses übereinstimmt. Man ist jederzeit in der Spezialdebatte auf einzelne Fälle eingegangen, soweit sie in der Generaldebatte nicht eingehend besprochen werden konnten. Diese Auffassung entspricht dem logischen Sinne des ganzen Budgetrechts. Ich erwarte, daß das Haus bei nochmaliger Abstimmung darauf Rücksicht nehmen wird, daß wir es sind, die die Praxis des Hauses und sein Budgetrecht aufrechterhalten wollen.

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Ich werde das Haus befragen, ob Abg. Braun jetzt über Klassenjustiz sprechen kann.

Abg. Braun (Soz.):

(Der immer noch das Wort zur Geschäftsordnung hat) Ich will über die Rechtsprechung der Land- und Amtsgerichte reden.

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Sie haben aber gesagt, daß Sie dies aus dem Gesichtspunkt der Klassenjustiz tun wollen.

Bei der Abstimmung beschließt das Haus gegen die Sozialdemokraten, Polen und Fortschrittler, daß Abg. Braun eine solche allgemeine Besprechung jetzt nicht vornehmen könne. — Abg. Braun verzichtet daraufhin auf weitere Ausführungen.

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Damit ist also dieser Gegenstand erledigt.

Hierauf begründet der Abg. Dr. Liebknecht beim Titel Staatsanwälte seinen Antrag, den Justizminister zu ersuchen, die Staatsanwaltschaft Oberfeld zu beauftragen, die Witwe Hamm aus Pflandersbach aus der Haft zu entlassen.

Der Fall Hamm.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der Minister sagte, der Fall gehe das Abgeordnetenhaus nichts an. Wenn wir über ein schwebendes oder, wie gestern, nicht eingeleitetes Verfahren sprechen — ist es ein „Eingriff“, wenn wir über ein rechtskräftig entschiedenes sprechen, sagt man uns, wir seien kein Gerichtshof! Ja, wozu denn überhaupt noch eine Beratung des Justizetats? Aus solchen Ausflüchten spricht eine

Hengstlichkeit vor der öffentlichen Kritik,

die gesunde Institutionen erschrecken und freudig entgegennehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Polizeikommissar Puhh, der von Anfang an mit der Sache befaßt war, während der Kommissar v. Tresslow erst später dazu kam, hat in Übereinstimmung mit den Berliner Polizeibeamten Käselmann und Traub als klaren objektiven Tatbestand festgestellt, daß der Gastwirt Hamm von einem flüchtigen Dieb getötet worden ist und daß v. Tresslows unheilvolle Mitwirkung eine Unschuldige auf lange Jahre ins Zuchthaus gebracht hat. Das Berliner Gemische Polizeiuersuchungsamt hat ebenfalls ein Gutachten über die Wutpöbel usw. gegeben, das der Verurteilung jeden Boden entzieht.

Die Witwe Hamm wurde nachts durch Schreckensschreie ihres Mannes aufgeweckt, fand ihn zum Fenster hinausgehend; er sagte ihr: „Sie haben mich gestochen!“ Sie folgte ihm auf den Korridor und der mit ihr verheiratete Onkel des Mannes, der dozulam, sagte ihr, daß sie den Mann ins Bett legen soll. Das Bett war vorher sauber — er verblutete darin und da brachte man es fertig, trotz mancher verdächtigen Kunde vor dem Fenster, wo man Sachen der geflüchteten Diebe fand, zu behaupten, daß der Mann in seinem Bett ermordet worden sei.

Der Redner bespricht eingehend das sonstige Beweismaterial gegen Frau Hamm, das ganz unsicher ist und gegenüber den entlastenden Momenten nicht in Betracht kommen kann. Es sind aber auch wichtige neue Momente hervorzuheben. Man sagt, Hammus seien arm gewesen, wer hätte bei ihnen einbrechen sollen? Hamm hatte aber einen übel beleumundeten Menschen namens Haberlorn, der bei ihm tätig war, erzählt, er müsse 17000 M. auszahlen. In der Nacht schlief Haberlorn nicht in seinem sonstigen Schlafräume und hatte seine Sachen mitgenommen. Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß Haberlorn die Diebe eingelassen hat. Ein gewisser Junkamp oder war bei einem Raubhahn tätig, fand sich wenige Tage nach der Tat im Zuchthaus Zelle ein — er war irgendwo aus einer Strafanstalt ausgebrochen —, er benahm sich sehr merkwürdig, wusch blutige Wäsche und zog mit einem ebenfalls höchst verdächtigen Schlosser Tielhorn von dannen, dem die vor dem Fenster gefundenen Gegenstände gehört haben dürften, der sie wieder seinem Meister Stordmann entwendet hatte.

Einige Zeit nach der Tat wurde bei einem Umzug Stordmanns im Gerümpel ein blutiges Hemd gefunden, das dem Tielhorn gehört haben muß, wie verschiedene Zeugen bekunden. Auch Tielhorn ist ein überbelemundetes Individuum. Er sitzt jetzt im Gefängnis zu Herford, weil er mit anderen einen Bergmann verurteilt, erschossen und über die Mauer geworfen hatte. Die Gefängnisverwaltung erklärt freilich, Junkamp und Tielhorn sei die Tötung Hammus nicht zuzutragen. Und etwa der Witwe Hamm eher? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Vorleben Junkamps und Tielhorns spricht ja durchaus dafür, daß sie, als sie einen guten Griff zu machen glaubten und erwischt wurden, zustachen, um sich zu befreien! Mit einem kleinen Taschenmesser ist die Tötung begangen, da die Schlagader getroffen wurde — und damit soll ein Mord geschehen sein!

Das Gefängnispersonal, die Bürger von Pflandersbach und selbst die damaligen Geschworenen halten jetzt die Witwe Hamm für unschuldig. Im Gefängnis lernt man die Menschen besser kennen als auf der Anklagebank. Die Geschworenen erklären, daß ihnen der disziplinarisch als unwürdig gekochte Kommissar v. Tresslow, der jetzt in Berlin eine lichtscheue Existenz führt, nachdem er sich ins Polizeipräsidium eingeschlichen habe — daß ihnen dieser unqualifizierte Mensch imponiert habe, als gewiegter Kriminalist erschienen sei!

Die Rechtskraft darf doch nicht stärker sein als das Bedürfnis nach Gerechtigkeit! (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Dr. Weseler:

Ramens der Kgl. Staatsregierung lege ich Einspruch gegen den Antrag ein, der ein Eingriff in die nach der Verfassung dem König vorbehaltene Exekution darstellt. Die Regierung könnte einem solchen Beschluß nicht nachkommen.

Damit ist für mich die Sache für heute abgetan.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister führt dann aus, daß „nur“ 7 von den Geschworenen die Wiederannahme verlangt haben, ohne jedoch selbst neue Tatsachen anzuführen. — Ueber Schuld und Unschuld kann nur das Gericht entscheiden. (Weißlall.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ein Eingriff in die Rechte des Königs liegt nicht vor, da es sich um eine vom Minister verantwortete Tätigkeit des Königs handelt. Die Strafvollstreckung ist allein Sache der Staatsanwaltschaft, die das gesetzliche Recht hat, wenn die Sachlage ihr dazu anheben erscheint, die Strafvollstreckung zu unterbrechen und eine Nachprüfung der Verurteilung zu veranlassen.

an der Gerechtigkeit verzweifeln,

wenn man Leute, die aus dem Bewußtsein ihrer Unschuld heraus aus dem Zuchthaus heraus wollen, verpöten oder sich ihnen gegenüber auf Kompetenzbedenken zurückziehen wollten! (Sehr gut! links). Deshalb ist es mein dringender Wunsch, das Herz des Ministers zu rühren.

Abg. Dr. Ehlers (Vp.):

Bei der größten Sympathie für den Gegenstand des Antrages Liebknechts, müssen wir aus prinzipiellen Bedenken gegen diesen Antrag stimmen, denn er ist ein Eingriff in die Justizverwaltung.

Abg. Grundmann (kons.)

lehnt den Antrag ebenfalls ab, da das Parlament keinen Einfluß auf die Justiz ausüben dürfte. Wenn Kriminalkommissionäre die Stellungnahme von Treßlow absichtlich beurteilt haben, so liegt das vielleicht an Eifersüchtelei.

Justizminister Dr. Beseler:

Die Schlussworte Dr. Liebknechts zwingen mich zu einer kurzen Bemerkung. Er stellte es gewissermaßen so dar, als ob ich ein Herz von Stein und kein menschliches Mitleid damit hätte, ob jemand unschuldig im Zuchthaus säße oder nicht.

Der Präsident

teilt mit, daß Abgeordneter Dr. Liebknecht seinen Antrag zurückgezogen und folgenden Antrag eingebracht hat: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, die Staatsanwaltschaft in Elberfeld anzuweisen, eine weitere schnelle Prüfung des Falles Hamm einzutreten zu lassen.“

Abg. Tischert (Z.)

lehnt auch diesen Antrag ab, der immer noch einen Eingriff in die unabhängige Rechtspflege verlange. Ich zweifle keinen Augenblick, daß die Staatsanwaltschaft auf Grund unserer Verhandlungen dazu kommen wird, den Fall noch einmal nachzuprüfen.

Abg. Viered (fl.):

Ueber Schuld oder Nichtschuld haben nur die Gerichte zu befinden. Ein Wiederaufnahmeverfahren scheidet und da wird sicher auch das Material des Abg. Liebknecht geprüft werden. Wir können auf keinen Fall in das Verfahren eingreifen.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.)

Wir können auch für den abgeänderten Antrag nicht stimmen. Es ist wohl nicht notwendig, das Gewissen der Gerichte zu schärfen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich hätte gern noch ausgeführt, daß m. E. mein Antrag nicht überflüssig ist. Auch mein zweiter Antrag bedeutet keinen Eingriff in die Kompetenz der Gerichte. Ich habe meinen ersten Antrag wesentlich zurückgezogen, um den Herren im Hause eine goldene Brücke zu bauen, damit sie dafür stimmen können.

Der Antrag Liebknecht wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

In der weiteren Debatte fordert Abg. Schmitt (l.) katholische Gefängnisgeistliche für Dünzig und Breslau!

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

weist darauf hin, daß das religiöse Bedürfnis durch die Religionsgesellschaften befriedigt werden könnte. Man solle nicht die Hilflosigkeit der Gefangenen ausnutzen, um sie der Religion nahe zu bringen.

Das Ordinarium wird bewilligt. Den von den Abgg. Lüdike (fl.) und Liebknecht (Soz.) geäußerten Wünschen nach Neubau des Amtsgerichts in Spandau sagt ein Regierungskommissar wohlwollende Berücksichtigung zu.

Bei dem letzten Titel: „Außerordentlicher Zuschuß zu dem Fonds für Unterstützungen an Beamte“ fragt

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

an, wann die angekündigte Beamtenbeförderungsnovelle zu erwarten sei. Die Beamten warten auf die Vorlage; sie ist dringend notwendig. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar

erwidert: Die Vorlage wird im Laufe der Session noch rechtzeitig vorgelegt werden.

Das Extraordinarium wird bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr. (Etat des Ministeriums des Innern.)

Reichstag.

208. Sitzung. Sonnabend, den 7. Februar 1914, mittags 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel Ausführung des Kaligefetzes.

Bei der Verwendung der Propagandagelder hat die Kommission 200 000 M. für den feldmäßigen Gemüsebau hinzugefügt sowie für die Auslandspropaganda 800 000 M. und 500 000 M. für Ausstellungszwecke in San Francisco.

Abg. Sachse (Soz.):

Schon vor Jahresfrist wurde eine Novelle zum Kaligefetz versprochen sowie eine Denkschrift. Beides ist noch nicht vorgelegt. Was ist der Grund? Es sieht so aus, als ob die Syndikatsherren der Regierung es nicht erlauben, das Kaligefetz zu ändern.

Uebernahme der Kaliverke durch das Reich.

Sie würde jetzt auch nicht soviel kosten, wie noch vor zwei Jahren; denn inzwischen sind die Kalipapiere um 50, 60, ja 80 Proz. gefallen. Jetzt ist also der richtige Zeitpunkt zum Zuziehen.

Das Syndikat petitioniert um die Streichung der 300 000 M. für die landwirtschaftlichen Kammern, weil diese das Geld nicht bestimmungsgemäß verwenden. In der Kommission hat der Unterstaatssekretär Richter die Landwirtschaftskammern in Schutz zu nehmen gesucht, aber eine strengere Untersuchung der Beschuldigung der Landwirtschaftskammern ist notwendig.

Schein wo anders an, wo man sie nach 4 bis 6 Wochen wieder entläßt. Das sind doch

direkte Umgehungen des Gesetzes.

Ein Arbeiter auf einem Werke des Bundes der Landwirte wurde, als er die ihm gesetzlich zustehende Vergütung verlangte, beantwortet: „Sie sind wohl verrückt geworden!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die organisierten Arbeiter bezeichnet man kurzweg als Stänker und entläßt sie unter den niedrigsten Vorwänden.

Unterstaatssekretär Richter:

Der vom Vordrucker erwähnte Vertrag zwischen Anhalt und Koburg geht den Herzog nichts an, sondern ist von der Schatzkammerverwaltung geschlossen. Auch andere Staaten haben solche Verträge geschlossen, zu denen die unklare Fassung des § 12 des Gesetzes Veranlassung gegeben hat.

Abg. Krids (Z.):

Vor der Katastrophe wird die Kaliindustrie nur bewahrt werden können, wenn gerade jetzt eine intensive Propaganda namentlich im Auslande einsetzt. Daber stimmen wir den Kommissionsanträgen zu.

Abg. Dr. Baerwinkel (natl.):

Mit der Verwaltung der Kaligelder hat man dem Reichsamt des Innern ein wahres Kuckucksei ins Nest gelegt. Grfreulich ist nur das eine, daß das Geschimpfe über den „Korruptionsfonds“ über die „Kalischniergelder“ ganz verstummt ist.

Abg. Gotthein (Vp.):

Eine der traurigen Folgen des verfehlten Kaligefetzes sind die alljährlichen Kalireben. Die Umgehung der Absichten des Gesetzes durch Staatsverwaltungen, indem sie sich in ihren Verträgen unklare Gesetzesformulierungen zunutze machen, muß aufs schärfste mißbilligt werden.

Abg. v. Brodhausen (l.)

erklärt sich für den Antrag, die für San Francisco ausgeworfenen 500 000 M. dem Fonds für die Auslandspropaganda zuzuführen. Auch mit der Verwendung von 200 000 M. zur Förderung des feldmäßigen Gemüsebaues sind wir einverstanden und werden gern zur Verbilligung des Gemüses durch Verwendung von Kalidünger beitragen.

Abg. Stöbe (natl.)

erklärt eine Verstärkung der Propaganda für notwendig.

Abg. Erzberger (Z.):

Ein Uebergeben der Kalipropagandagelder an das Kalisyndikat zur beliebigen Verwendung ohne Kontrollrecht des Reichstages scheint bedenklich; das Kalisyndikat hat nicht eine so großzügige Politik getrieben, daß man ein solches Vertrauen zu ihm haben könnte.

Abg. Dr. Frey (fl.)

bittet, bei der Verwendung der Kalipropagandagelder auch die landwirtschaftlichen Instanzen in Elsaß-Lothringen zu berücksichtigen.

Unterstaatssekretär Richter

betont, daß die Wichtigkeit der Propaganda auch vom Reichsamt des Innern anerkannt werde. Das Reichsamt des Innern hat von Anfang an vorgeschlagen, die Gelder einfach dem Kalisyndikat zur Verfügung zu stellen, und hält das auch heute noch für das praktikable; freilich müsse irgendeine Kontrolle über die Verwendung ausgedeut werden.

Die Diskussion schließt; die Abstimmung soll Montag erfolgen. Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr. Schluß 5 1/2 Uhr.

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- u. Tapezierermeister. Wir liefern direkt an Private als Spezialität: gediegene Ein-, Zwei- u. Drei-Zimmer-Einrichtungen in erstklassiger Ausführung zu konkurrenzlos billigen Preisen.



Theater und Vergnügungen



(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkstheater.
 Sonntag, 8. Februar,
 nachm. 3 Uhr:
 Deutsches Opernhaus: Die lustigen
 Weiber von Windsor.
 nachm. 7 1/2 Uhr:
 Deutsches Theater: Der lebende
 Leichnam.
 nachm. 9 Uhr:
 Neues Volkstheater: Drei Einakter
 von Courteline.
 Herrschel-Theater: Hinterm Saun.

Neue Freie Volkstheater.
 Sonntag, 8. Februar 1914,
 nachm. 7 1/2 Uhr:
 Kammertheater: Die Einnahme
 von Berg-op-Zoom.
 nachm. 9 Uhr:
 Deutsches Opernhaus: Die lustigen
 Weiber von Windsor.
 Schiller-Theater Charlottenb.: An-
 dras Hofer.
 Thalia-Theater: Vater und Sohn.
 Schiller-Theater O.: Geschäft ist Ge-
 schäft.
 Leistung-Theater: Professor Bernhardt.
 Theater a. Kolonnenplatz: Die schöne
 Helena.
 Metropol-Theater: Ein Blütmädel.
 Berliner Theater: Große Hofm.
 Ronks Operetten-Theater: Die
 Hebrermas.
 Trianon-Theater: Die Liebe macht
 Theater in der Königsgrätzstraße:
 Das Lebensfest.
 Künstler-Theater: Das Prinzip.
 Bühnen-Saal: Sinfonie-Konzert.
 Abends 8 Uhr:
 Neues Volkstheater: Sonntag: Ein-
 akterabend.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volkstheater: Freitag, Dienst-
 tag, Donnerstag, Sonnabend: Der
 Natterjäger. Mittwoch, Freitag:
 Einakterabend.

Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
 Montag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.

Schiller-Theater Charlot-
 tenburg.
 Sonntag, mittags 12 Uhr:
Kammermusik.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
 Montag, abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamne.

Theater in der Königsgrätz Straße
 7 1/2 Uhr:
König Richard III.
 Komödienhaus.
 8 Uhr. Kammermusik. 8 Uhr.
Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
 8 Uhr. Residenz-Theater. 8
 Uhr. **Hoheit — der Franz!**
 Lustvolle Grotte in 3 Akten von
 Viktor Landsberger und Will Wolf.
 Musik von Robert Winterberg.
 Morgen u. f. Tage: **Hoheit — der Franz!**
 Theater a. d. Weidendammerbrücke
 nachm. 3 Uhr: **Wer zuerst lacht...**
 8 Uhr: **Wer zuerst lacht...**

Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberg: Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1383.
 Sonntag, 3 Uhr: **Das Prinzip.**
 8 Uhr: **Das Phantom.**
 Montag, 8 Uhr: **Der Bogen des
 Odysseus.**
 Dienstag, 8 Uhr: **Das Phantom.**
Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 192.
 Nachmittags 3 Uhr:
Sinder der Großstadt.
 Abends 8 Uhr:
Othello.
 Montag: **Othello.**
 Mittwochabend 8 Uhr: **Wilhelm Tell.**

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
 Heute nachm. 3 Uhr
 zu ermäßigtem Preisen:
**Eine Hochzeit in der
 Müllerstraße**
 und das andere
 große Programm.
 Abends 8 Uhr:
No. 13!

Admiralspalast.
 Eis-Arena.
Die lustige Puppe.
 Großes Ballett auf dem Eis.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
 Montag 8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
 Montag, Hörsaal 8 Uhr:
 Dr. H. Elias: **Luftlöcher und Böen.**

ZOOLOG
ischer Garten
 Täglich ab 4 Uhr:
Großes Konzert.
 Eintrittspreise heute:
ZOO: 50 Pf.
Aquarium: 50 Pf.
 Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
 Neu! **AQUARIUM**
 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Passage-Panoptikum.
 Die wilden
Feuerfresser
 in ihren fanatischen
Lebensarten.
Hister Rappo,
 der Ausbrocherkönig.
Unfesselbar!
Lebend!
Ohne Extra-Entree.

WINTER GARTEN
 Heute:
2 Vorstellungen 2
 Nachm. 3 1/2 Uhr mit **Madge Lessing**
 Kleine Preise und **Fred Wright**
 Abends 8 Uhr
 und den von
 Publikum und Presse
 glänzend beurteilten
Februar-Attraktionen!
 — Rauchen gestattet! —

APOLLO
THEATER
 — Tel.: Lützow 2187 —
2 Heute, Sonntag
Vorstellungen! 2
 3 1/2 und 8 Uhr.
 Nachmittags: **Kleine Preise.**
 In beiden Vorstellungen:
Hartstein
 in
Der Stolz d. 3. Kompanie
Lachen ohne Pause.
 Vorher: Das grosse neue
 Variété-Programm
 u. a.: **Henry de Vry's** Traum-
 bilder.
 Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.
 Nachm. 3 Uhr: **Ein Blütmädel.**
 Abends präglie 7 Uhr 55:
**Die Reise um die Erde
 in 40 Tagen.**

Friedr.-Wilhelmstadt. Theater.
 Direktion: **H. Bryk.**
Fräulein Trallala.
 Von Clontzsch, **Gilbert.**
 Zeitgeber, **Gilbert.**
 Raffeneroffen. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Heute nachm. 3 Uhr:
Die Kino-Königin.

Folies Caprice.
 8 1/4 { **Café Pringsheim**
 Der Heiratsgraf
 Meyersteins

Casino-Theater
 Lotzinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
 Ein neues Berliner Volkstheater:
Die olle Webern.
 Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
 Einziges Theater in diesem Genre!
 Im Stil der alten Wallner-Bühne.
 Sonnt. 4 U.: Geheimnisse v. New York.

Berliner
Volks-Chor
 Mitgl. d. D. A.-S.-B.
 Dirigent: **Dr. E. Zander.**
 Montag, den 9. Februar 1914,
 abends 8 1/2 Uhr,
 in
 Happoldts Konzert-Saal,
 Hasenheide 32/33:

Mozart-Abend
 unter gütiger Mitwirkung von
 Prof. **Robert Kahn** (Klavier), Prof. **Karl**
Klingler (I. Violine), Herr **Jos. Rywkind**
 (II. Violine), Herr **Fridol. Klingler** (Bratsche),
 = = Herr **Art. Williams** (Violoncello) = =
 PROGRAMM:
Streichquartett B-dur (Jagdquartett)
Sonate für Violine und Klavier D-dur
Klavierquartett G-moll.
 Eintrittskarten a 40 Pf. sind in den mit Plakaten be-
 legten Geschäften zu haben. 58/6

Gold- und Silberarbeiter.
 Sonnabend, den 14. Februar, in Kellers „Neue Philharmonie“,
 Köpenicker Str. 96/97:
Großer Wiener Maskenball.
 Große Ueberraschungen.
 Während der Kaffeepause: **Humoristische Vorträge** des „Ulk-Trio“.
Große Ballmusik ausgeführt von einer starken Kapelle unter Leitung
 des Kapellmeisters Herrn **Hascheck.**
 Die Säle sind vollständig renoviert. Eintritt **60 Pf.**
 Anfang **9 Uhr.**
Billetts sind zu haben bei **Becker**, Prinzenstr. 81; **Holtkamp**, Fürstenstr. 20;
Lohse, Skallteer Str. 10; **Paul**, Simon-Dach-Str. 26, sowie im Bureau der Krankenkasse,
 Engelauer 15. 112/8

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. 3 Uhr: **Deines Bruders Weib.** 8 1/2 Uhr: **Das erste Ehejahr.**
Walhalla-Theater. 3 Uhr: **Maria Stuart.** 8 1/2 Uhr: **Tangolieber.**
 Schauspiel in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt. Trauersp. in 5 Akten v. Schiller.

**MÖBEL-
 MESSE**
KURFÜRSTENDAMM 151 Rollschuhbahn
 25 Februar — 25 März **Eintritt frei**

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor Am Königstor
Größter Konzertsaal Berlins
 Heute Sonntag!!!
Stimmungsvollstes
Bayr. Bockbier-Fest
Auf der Alm!
 Gr. Sehenswürdigkeit Berlins!
 4 Kapellen — 100 Oberbayern
 Der rühmlichstbekannte Festwirt
Schorf Ehrngruber
**Münchener Hetz — 30 bayr. Madln — Alpen-
 zauber — Schneetreiben — A Mords Gaudi.**
 Anf. 4 Uhr. Entree Wochentags 30, Sonntags 50 Pf.

Märkischer Hof, Admiralstraße 18c.
 Gewerkschaften und Vereinen zur gefl. Kenntnis, daß ich mein Lokal selbst
 wieder übernommen habe. Der 1. Osterfesttag, mehrere Sonnabende und
 Sonntage frei. Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Um geneigten Zu-
 spruch bitte! **Otto Grashoff.**

Eisbahn Karpfenteich
 Treptower Park
Täglich: Großes Konzert.
 40 000 qm Eisfläche. Bis 11 Uhr abends beleuchtet.
 Entree: Erwachsene 50 Pf. — Kinder 25 Pf.

„Clou“ :: Berliner ::
 Konzerthaus
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Triple-Konzert!
 Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Regts. Dirig. Oberm. Becker
 Musikkorps des 1. Garde-Drägoner-Regiments. Dirig.: Oberm. Baarz
 und **Tegernseer und Zillerthaler Musikanten,**
 Dirig. Hans Starp.
 Anfang 1/2 4 Uhr. Eintritt **50 Pf.** Anfang 1/2 4 Uhr.
 Morgen: **Gr. Doppel-Konzert!**
 Anfang 8 Uhr.

Zirkus Alb. Schumann.
 Heute Sonntag, den 8. Februar,
2 gr. Vorstellungen 2
 Nm. 3 1/2 Uhr: u. abds. 7 1/2 Uhr.
 in beiden Vorstellungen:
„ungekürzt!“
 Das große neue Ausstattungsstück
 in 7 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
 Vorher
Auftritte sämtlicher neuen
Februar-Attraktionen!
 Nachmittags hat jeder
 Erwachsene **1 Kind** unter
 10 Jahren **frei** auf allen
 Sitzplätzen.

Café Meyer
 Dresdener Str. 128/129.
 Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf.
 ca. 50 Zeitungen; Billard 2 Stb. 60 Pf.
 Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Zirkus Busch.
 Heute Sonntag, den 8. Februar:
2 große Gala-Vorstellungen 2
 nachm. 3 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags hat jeder Erwachsene
 ein angehö. Kind unter 10 Jahren
 auf allen Sitzplätzen frei. Jedes
 weitere Kind unter 10 Jahren zahlt
 die Hälfte auf den Sitzplätzen.
 In beiden Vorstellungen:
Ed. Wolffs
Terrier am Trapez
 sowie
Die Ussems in ihrem
 akrobatischen Spiel
„Artistenkinder“
 Ferner nachmittags eine Has-
 nahl der beliebten **Kinder-
 Burlesken.**
 Abends 7 1/2 Uhr:
„Pompeji“.

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

ODEON
Vergnügungs-Palast
 der 10 000
 Potsdamer Str. 72 Hochbahn
 Bülowstr.
 Heute Sonntag:
Eintritt u. Attraktionen
für Kinder in Begleitung
 Erwachsener
 von 4—8 Uhr **frei!**
Im Hafen von
New York.
 Neu!
Bauernschänke.
 Eintritt 30 Pf. Anfang 4 Uhr

Berliner Prater-Theater
 Kaiserlicheallee 7—9.
Die Blinde von Paris.
 Drama in 5 Akten von H. Bizet.
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

Concordia-Festsäle
 64 Andreasstrasse 64
 Jeden Sonntag:
Militär-Streich-Konzert
 und **Hoffmanns Sänger**
 Anfang 6 Uhr.
 Im oberen Saal von 5 Uhr ab:
Grosser Ball

Volksstheater Neukölln.
 Hermannstraße 20.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
O. diese Weiber!
 Schauspiel in 3 Akten von Mann-
 hind und Keller.
 Sonntag, abends 8 1/2 Uhr:
Unschuldig verurteilt!
 Schauspiel in 4 Akten von G. Haas.

Germania-Prachtsäle
 N., Chausseestr. 110, Karl-Richter.
 Heute
 Sonntag:
Paul Mantheys
Justige Sänger
 Anfang 6 1/2 Uhr.
 Nachdem: **Familien-Kränzchen.**
 Im weißen Saal von 5 Uhr ab
Großer Ball.
 Morgen Montag:
Hoffmanns Sänger.

Alhambra
 Wallner-Theater-Straße 15.
 Jeden
 Sonntag: **Großer Ball.**
 Großes Orchester. Anfang Sonntag
 5 Uhr. **A. Zameitat.**

Nur den Inhalt der Intereare
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

UT
LICHTSPIELE
 Friedrich-Ecke Taubenstr.
 Unter den Linden 21
 Alexanderplatz
 Weinbergsweg 16—17
 Hasenheide
 Moritzplatz
 Reinickendorferstr. 14
 Schöneberg, Hauptstr. 49
ASTA
NIELSEN,
 die
gefeierte
Künstlerin,
 in dem Drama
„Das Kind ruft“
 von **Urban Gad.**
 U. T. Kurfürstendamm 26:
„Die Firma
heiratet“
 übt noch immer
enorme
Zugkraft
 aus.
 Heute: Anf. 1. all. U. T. 30.

Brauerei Friedrichshain
 Täglich außer Sonnabends:
Das stimmungsvollste
Bayr. Bockbier-Fest.
 Mittwochs u. Donnerstags:
Elite-Tag.

Neue Welt.
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
 Heute Sonntag, den 8. Februar 1914.
 in sämtlichen, über 10.000 Personen fassenden Sälen:
Bockbierfest
 in den bayerischen Alpen.
 Anfang 4 Uhr. 30 bayrische Maß. Entree 50 Pf.
Im neuen Saale: Großer Ball.
 Voranmeldung: Dienstag, den 10. Februar 1914:
 Damenprämierung. Prämiiert wird:
Der eleganteste, modernste, geschlitzte Rock.
 Drei bare Geld-Preise 50,-, 30,-, 20,- Mark.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf.
 Drei große Säle. Veranden. Hallen. Große Kaffeeküche. Terrassenartig am Wasser und Chaussee gelegen. Spielplätze im Walde. Amt Erkner 149.
 Ferner empfehle Schloßpark Wilhelmshof. Ober-Schöneweide 3162. Ebenso meine Dampfer und Motorboote a. d. Michaelbrücke gegenüber der Stadtbahn. Moritzplatz 12715. Friedrich Saewert.

Reederei Kahn & Hertzner Frersp. bei der Waisenbrücke
 Koster C. 2, A. d. Stralauer Brücke 4/5
 Wir empfehlen den verehrlichen Vereinen und Gewerkschaften unsere mit elektrischer Beleuchtung versehenen Schiffe zu Ausflügen usw. unter äußerst günstigen Bedingungen.

Orts-Krankenkasse
 für die Gewerbe der
Tischler und Pianofortearbeiter
 zu Berlin.

Anfolge unserer Bekanntmachung vom 10. Januar 1914, betreffend die Wahlen der Vertreter und der Erfahmänner zum Ausschuss der Kasse für die Zeit bis 31. Dezember 1917, sind von den Verfassern, außer dem Wahlvorschl. des Vorstandes noch drei Wahlvorschl. beim Vorlande eingereicht worden, welche als gültig anerkannt sind.
 Der Wahlvorschl. des Vorstandes, beginnend mit dem Namen Emil Boeste und endigend mit dem Namen Richard Wolke, erhielt die Bezeichnung **Stufe I.**
 Der zweite Wahlvorschl., eingereicht durch Herrn Ernst Wilhelm, beginnend mit dem Namen Ernst Wilhelm und endigend mit dem Namen Robert Schirmacher, erhielt die Bezeichnung **Stufe II.**
 Der dritte Wahlvorschl., eingereicht durch Herrn Richard Wippenhagen, beginnend mit dem Namen Richard Wippenhagen und endigend mit dem Namen Otto Brandtner, erhielt die Bezeichnung **Stufe III.**
 Der vierte Wahlvorschl., eingereicht durch Herrn Karl Palm, beginnend mit dem Namen Franz Förster und endigend mit dem Namen Johann Doktor, erhielt die Bezeichnung **Stufe IV.**

Die Wahlvorschl. können im Kassensaal Drantienstr. 37, wochentags in der Zeit von 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, eingesehen werden. Die Wahlumschläge für die Mitglieder können wochentags von 4 bis 7 Uhr nachmittags in Empfang genommen werden. Die Wahl findet statt am **Montag, den 23. Februar 1914**, von nachmittags 3 bis 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Der Stimmzettel hat die Bezeichnung des Wahlvorschlages zu enthalten, für den der Wähler stimmen will. Er muß von weicher Farbe und einer Größe von 10 x 8 cm sein.
 Von den Arbeitgebern ist außer dem Wahlvorschl. des Vorstandes kein weiterer Wahlvorschl. eingereicht.
 Die in dem Wahlvorschl. des Vorstandes an erster Stelle benannten wahlberechtigten Arbeiter gelten nach § 9 der Wahlordnung ohne Wahlgang als Vertreter der Arbeitgeber im Ausschuss der Kasse bis zum 31. Dezember 1917, die in der Liste weiter benannten vierzig Arbeitgeber als deren Stellvertreter für die gleiche Zeit als gewählt.

Die Gültigkeit der Wahl kam innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Kassenvorstand oder dem Verfassungsausschuss der Stadt Berlin angefochten werden.
Der Vorstand. 268/12
 Emil Boeste, Vorsitzender. Otto Kube, Schriftführer.

Genossenschaft Berliner Bandagisten
 80. 16, Köpenicker Str. 98b
 (zwischen Neander- und Neue Jakobstraße)
 Geogr. am 1. Juli 1907 102/119
 von organisierten Bandagisten-Gehilfen.
Bruchbandagen, Leibbinden, Artikel zur Krankenpflege u. dergl.
 Lieferant der Krankenkassen Berlins u. Vororte, des Verbandes der Hausarzt-Vereine und der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.
Eigene Werkstatt. Fachgemäße Bedienung.
Für Damen weibliche Bedienung.

Berliner Landpacht-Genossenschaft.
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Bilanz per 30. Juni 1913.

Aktiva.	Passiva.
Bestand am 30. Juni 1912 738,50	Einsteile der Genossen . . . 1020,-
Rechnungen 855,-	Reservefonds 568,-
Debitoren 810,-	Kap neue Rechnung 815,50
	Vorgetragen 1378,50
	2398,50

10 Mitglieder bestanden 96, eingetreten 39, ausgestiegen 2, Gesamtsumme der Mitglieder 2040. — Das Geschäftsjahr der Genossen erstreckte sich vom 1. 1. 1913 bis zum 31. 12. 1913, die Gesamtsumme derselben um 890, —. —
Der Vorstand. Paul Zwanzig, Wilhelm Both.
 Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reutlin. Für den

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
 Telefon: Amt Morben 1987, 1299, 9714, 185.
 Dienstag, den 10. Februar 1914, abends 6 Uhr:
Große Versammlung
 der Metallarbeiter und Polierer Berlins und Umgegend
 im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.
 Tagesordnung:
 Fortsetzung der am 5. Februar vertagten Versammlung.
 Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir das Erscheinen jedes Einzelnen.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 112/9 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Engelauer 14-15. Bezirk Groß-Berlin. Tel.: Rpl. 2382 u. 4747.
 Mitglieder d. Deutschen Transportarbeiter-Verbandes aus sämtl. Branerereien u. Niederlagen Berlins u. Umgegend!
 Dienstag, den 10. Februar 1914, abends 7 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.
 Tagesordnung:
 1. Die Transportarbeiter im Kampfe mit den wirtschaftlichen und politischen Mächten.
 Referent: Reichstagsabgeordneter Ferd. Bender.
 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenleitung. 4. Verbandsangelegenheiten.
 Kollegen, erscheint in Massen, kein Mann darf fehlen. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe keinen Zutritt.
 62/6 Die Branchenleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin.
 Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal:
Versammlung
 aller im
 Holzarbeiterverband organisierten Mitglieder der Innungs-Krankenkasse der Tischler Berlins.
 Tagesordnung:
 1. Die Innungs-Krankenkasse unter der Reichsversicherungsordnung.
 2. Aufstellung der Kandidatenliste für die Ausschuhwähl.
 Montag, den 2. März, abends 8 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4.
 Mitgliedsbuch des Verbandes legitimiert.
 88/1 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschl.
 Zahlstelle Berlin.
 Bureau: Engelauer 14-15, part. — Telefon: Amt Moritzplatz No. 3490.
 Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Englischer Hof“, Alexanderstr. 27c:
Oeffentl. Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag: „Warum ist die Arbeiterschaft gezwungen, wirtschaftliche Kämpfe zu führen?“ Referent: Genosse J. Kluh.
 2. Diskussion.
 3. Unsere Lohnbewegung zum Frühjahr.
 4. Verschiedenes.
 Dienstag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Innungshause, Fischerstr. 25:
Wahl des Gesellenausschusses und der Innungsschiedsgerichts-Mitglieder.
 Bescheinigung vom Arbeitgeber oder Krankenkassenbuch legitimiert.
 Montag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Englischer Hof“, Alexanderstr. 27c:
Große öffentl. Versammlung
 von allen
 Mitgliedern der Schuhmacher-Innungs-Krankenkasse.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag: „Die Hemmung des sozialen Fortschritts in der Krankenkasse durch die Innung.“ Referent: Kollege Dama cher.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Gute Beteiligung an allen Veranstaltungen erwünscht.
 160/2 Die Ortsverwaltung.

Gardinen
 Die uralte Gardinen-Spezialfirma
Gardinenhaus Bernhard Schwarz
 (früher Wallstr. 29)
 jetzt Spindlerhof (Wallstr. 13)
 gegenüber dem Hintergrundausgang Granitstr. (ehemal. Spittelmatt)
 — altes in die Verantw. —
 bietet der Kundenschaft zwar schon an u. für sich in jeder Beziehung die besten
größten Vorteile.
 Dazu kommt aber noch, daß fast alle Artikelungen über hundert Tage
 Belegzeit bis 50% unter Preis enthalten.
 Die Firma unterhält jetzt auch ein großes Lager von
NB. Teppichen. — Die Preiswürdigkeit derselben ist überraschend.
 Herabr.: Reut. 1296 Zlg.-N.: Gardinenbau

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Innungs-Krankenkasse d. Schuhmacher-Innung
 (Zwangs-Innung) zu Berlin.
 Bekanntmachung.
 Auf Grund der unterm 11. Januar 1914 ausgegebenen Wahlvorschl. sind von den Arbeitgebern sowie von den Verfassern je zwei Wahlvorschl. eingereicht worden, welche der Vorstand als gültig anerkannt hat. Der erste Wahlvorschl. von Seiten der Arbeitgeber, eingereicht durch die Herren B. Bierbach, H. Fesche, beginnend mit dem Namen B. Bierbach, endigend mit dem Namen H. Fesche, erhielt die Bezeichnung **Liste I.**
 Der zweite Wahlvorschl., eingereicht durch die Herren J. Ege und H. Schulz, beginnend mit dem Namen J. Ege, endigend mit dem Namen J. Ege, erhielt die Bezeichnung **Liste II.**
 Von Seiten der Verfassern ist der erste Wahlvorschl. eingereicht vom Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands durch die Herren C. Dally, F. Hammer, beginnend mit dem Namen A. Sier, endigend mit dem Namen W. Kollhammer, erhielt die Bezeichnung **Liste I.**
 Der zweite Wahlvorschl., eingereicht durch die Herren S. Sier und H. Sier, beginnend mit dem Namen S. Sier, endigend mit dem Namen J. Sier, erhielt die Bezeichnung **Liste II.**
 Die Wahlumschläge können täglich im Kassensaal, Friedrichstr. 17, in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 1 Uhr eingesehen werden. Etwaige Einprüche sind beim Vorstand schriftlich einzureichen.
 Die Wahl findet, wie bereits bekannt gemacht, am Montag, den 23. Februar d. J., im Innungshaus, Fischerstr. 25, statt. Nur die Wahlumschläge sind eine neue Festlegung erfahren und zwar für die Arbeitgeber von 5 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends, für die Verfassern von 5 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends.
 Der Stimmzettel braucht nur die Aufschrift des Wortes „Liste“ und eine der oben genannten Nummern zu tragen. Derselbe muß von weicher Farbe sein und eine Größe von 12 x 9 Zentimeter haben. Der Stimmzettel, in welchen der Stimmzettel zu legen ist, wird jedem Wähler im Wahllokal überreicht.
 Berlin, den 8. Februar 1914.
Der Vorstand.
 Jakob Ege, Vorsitzender. 268/18
 Reinhold Schent, Schriftführer.
Kranken- und Sterbekasse d. f. Ortsvereins der Maler, Stukkateure und Bildhauer
 a. G. zu Charlottenburg.
 Montag, den 9. März 1914, abends 8 Uhr, im Restaurant Wende, Wilmersstr. 38:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 Protokollverlesung, Jahresbericht und Verschiedenes.
 Der Vorstand. 268/13
 Wilib. Seeger, Vorsitzender.
Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Wilmersdorf.
Einladung
 zur
Ausschuhmitgliederversammlung
 zum Mittwoch, 18. Februar 1914, abends 8 Uhr, im „Landhaus“, Kaiserallee, Ecke Berliner Straße.
 Tagesordnung:
 1. Wahl des Ausschuhvorsitzenden und dessen Stellvertreter sowie eines 1. und 2. Schriftführers.
 2. Wahl eines Rechnungs-Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 1913. 268/11
 3. Wahl einer Kommission zur Beratung des Voranschlages für das Jahr 1914.
 4. Beschlußfassung über die im Jahre 1914 zu belohnende Beitragszahl im Gewerkschafts-Groß-Beiten und Bemittlung der Mittel hierzu.
 Berlin-Wilmersdorf, 7. Februar 1914.
Der Vorstand.
 J. G.: Engelhardt, Wessler, Vorsitzender. Schriftführer.

Möbelfabrik Hoffnung.
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Berlin, Kronenstr. 52.
 Am 22. Februar, vom 9 Uhr, in unv. Geschäftslokalen Kronenstr. 52:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
 2. Beschlußfassung über Bilanzverhältnisse.
 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 102/17
Der Vorstand.

Möbelfabrik Berolina
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Montag, den 23. Februar, abends 5 Uhr, im Geschäftslokal:
General-Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Bilanz. 2. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 3. Geschäftsbericht. 112/18
 Die Bilanz liegt im Geschäftslokal zur Einsicht aus.
Der Vorstand.
 P. Krebs, Karl Müller.

Möbelfabrik „Zukunft“
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
General-Versammlung
 Montag, den 23. Februar 1914, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Geschäftslokal, Frankfurter Allee 180.
 Tagesordnung:
 1. Bilanz. 2. Geschäftsbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.
 Ernst Andreas, Theodor Koffe.

Ein neuer Mensch

wird man wieder durch eine Kur mit Reichel's Bismarck-Extrakt Marie Radice. Ein wahres, unerschöpfliches Naturheilmittel u. allerschweres, durchaus reines, jederzeit unerschöpfliches Hausmittel von kräftig blutreinigender, lösender u. ableitender, zugleich mogenfördernder, speziell harntreibender u. innerreinigender ausgleichender Wirkung. Es löst die Natur unterstützend, nach vielen Nüchternungen hin auf die inneren Organe nur modifizierend, erleichternden Einfluss aus. Garantiert rein und frisch nur in Originalpackungen à 1,50, 2,50 und für längeren Gebrauch große Packungen (sehr vorteilhaft) zu 6,00, in den meisten Drogerien usw. erhältlich, aber echt nur mit Marke „Radice“, wo nicht vorrätig, wende man sich an den alleinigen Hersteller Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Amt Rpl. 4751-4753.

MÖBEL
Stube und Küche
 M. 250, 275, 300, 650
2 Stuben u. Küche
 M. 350, 385, 425, 800
Schlafzimmer
 von M. 250 an
 in hübscher mod. Ausführung
Küchen
 in allen Farben
 von M. 58 an
Kassa-Skonto 5 Proz.
Möbel-Ehrlich
 Alte Schönhauser Str. 32

Spezialitäten: Landbesitzer
 Jeden Mittwoch: Die berühmten Gräuwürstchen. Jeden Sonnabend: Frische Blut- und Leberwürstchen.
Wurstmeyer, Brunnenstr. 6.
St. Jakobs-Balsam
 Hausmittel I. Ranges von Apotheker C. Traumann, Basel. Eingetrag. Schutzmarke. — Bew. Heilsalbe für Wunden u. Verletzungen jeder Art, off. Heine, Krampfadern, Brandwunden, Ausschlag, Hämorrhoiden, Flechten. In den Apotheken à M. 1.40 Gen.-Depot: St. Jakobs-Apothek, Basel. Depots Berlin: König Salomosp., Charlottenstraße, Falkenap., Reichenberger Straße, Viktoriap., Friedrichstraße, Reichsdorfer - Apotheke, Gr. Frankfurter Str. 134. 477b

Hautleiden
 entstehen durch unreines Blut, können deshalb auch nur durch innere Behandlung gründlich u. dauernd geheilt werden.
Hauptpillen das beste hierfür.
 Jetzt bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre munterwillig heilende Wirkung, die mich vollständig von dem schmerzhaften Hautleiden befreit hat, voll und ganz zu sagen. Gustav Ziegling, München (Bez. Halle).
 Die patentamtlich **Hauptpillen** in Berlin gelehrt in allen Apotheken zu haben. Vorort in allen Apotheken zu haben. Versand nach außenwärts durch Bismarck-Apothek, Berlin, Wrangelstraße 47. Postkarte genügt.
Ordentl. General-Versammlung
 Freitag, den 13. Februar 1914, abends 8 1/2 Uhr, im alten Saale der Berliner Sod-Brauerei, Alt. H. Chausseestr. 64.
 Tagesordnung:
 1. Kassenericht und Bericht der Revisoren.
 2. Wahl der auscheidenden Vorstandmitglieder.
 3. Wahl der Revisoren.
 4. Wahl der Ersatzpersonen.
 5. Tagesberichtigungen.
 6. Anträge und Verschiedenes.
 262/14
Der Vorstand.
 Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigen des Kassendbuches gestattet.

